



Bundesministerium
für Wirtschaft
und Energie



Schlaglichter der Wirtschaftspolitik

Monatsbericht August 2014

Impressum

Herausgeber

Bundesministerium für Wirtschaft
und Energie (BMWi)
Öffentlichkeitsarbeit
11019 Berlin
www.bmwi.de

Redaktion

Bundesministerium für Wirtschaft
und Energie (BMWi)
Redaktionsteam „Schlaglichter der
Wirtschaftspolitik“

Gestaltung und Produktion

PRpetuum GmbH, München

Redaktionsschluss:

29. Juli 2014

Druck

Bonifatius GmbH, Paderborn

Bildnachweis

Kick Images – Jupiter Images (Titel), Bundesregierung/
Bergmann (S. 2), Fair PR – IBZ (S. 9), REnerSta (S. 11),
Vaillant (S. 12), wellphoto – Fotolia (S. 13), danielschweinert –
iStockphoto (S. 14), bonninturina – Fotolia (S. 17),
Sergey Nivens – iStockphoto (S. 18), Marc-Steffen Unger (S. 20),
momius – Fotolia (S. 25 oben), weissdesign – Fotolia (S. 25 unten),
davis – Fotolia (S. 27), Ingo Bartussek – Fotolia (S. 28)

Diese Broschüre ist Teil der Öffentlichkeitsarbeit des
Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie.
Sie wird kostenlos abgegeben und ist nicht zum
Verkauf bestimmt. Nicht zulässig ist die Verteilung
auf Wahlveranstaltungen und an Informationsständen
der Parteien sowie das Einlegen, Aufdrucken oder
Aufkleben von Informationen oder Werbemitteln.



Das Bundesministerium für Wirtschaft und
Energie ist mit dem audit berufundfamilie® für
seine familienfreundliche Personalpolitik
ausgezeichnet worden. Das Zertifikat wird von
der berufundfamilie gGmbH, einer Initiative der
Gemeinnützigen Hertie-Stiftung, verliehen.



Diese und weitere Broschüren erhalten Sie bei:
Bundesministerium für Wirtschaft und Energie
Referat Öffentlichkeitsarbeit
E-Mail: publikationen@bundesregierung.de
www.bmwi.de

Zentraler Bestellservice:
Telefon: 030 182722721
Bestellfax: 030 18102722721

Inhalt

Editorial	2
I. Wirtschaftspolitische Themen und Analysen	4
Auf einen Blick	5
Überblick über die wirtschaftliche Lage	7
Wasserstoff auf die Mühlen der Energiewende	9
Neue Technologien gehen uns alle an	14
Fördercontrolling – Planung und Steuerung von Fördermaßnahmen vor dem Hintergrund internationaler Entwicklungen	20
Start des EEG-Anlagenregisters	27
II. Wirtschaftliche Lage	29
Internationale Wirtschaftsentwicklung	30
Wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland	32
III. Übersichten und Grafiken	43
1. Gesamtwirtschaft	44
2. Produzierendes Gewerbe	52
3. Privater Konsum	60
4. Außenwirtschaft	62
5. Arbeitsmarkt	64
6. Preise	66
7. Monetäre Entwicklung	70
Erläuterungen zur Konjunkturanalyse	72
Verzeichnis der Fachartikel der letzten 12 Ausgaben	74

Editorial



Liebe Leserinnen und Leser!

Mit dem am 21. Juli 2014 veröffentlichten Bericht des Internationalen Währungsfonds (IWF) fanden die diesjährigen Artikel-IV-Konsultationen Deutschlands mit dem IWF ihren Abschluss.

Der Bericht verdeutlicht einmal mehr die gute Verfassung der deutschen Volkswirtschaft. Der IWF hat in seinem Bericht seine Wachstumsprognose aus dem Frühjahr nun auf +1,9 Prozent für 2014 und +1,7 Prozent für 2015 angehoben. Dieses Wachstum ist aus IWF-Sicht vor allem binnenwirtschaftlich getrieben. Damit stützt der IWF die Einschätzung der Bundesregierung aus der Frühjahrsprojektion, die ich im April vorgestellt habe.

Die gute wirtschaftliche Lage darf aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass Deutschland einen Nachholbedarf bei Investitionen hat. Darauf wird auch im IWF-Bericht hingewiesen. Die Autoren erkennen einen erheblichen Modernisierungs- und Erhaltungsbedarf insbesondere bei unseren Infrastrukturen. Der Bericht zeigt sehr deutlich, dass hieraus deutlich positive Wachstumsimpulse sowohl für Deutschland als auch für unsere europäischen Partner hervorgehen könnten.

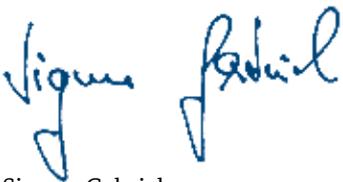
Ich begrüße sehr, dass der IWF damit die von der Bundesregierung angestrebte Steigerung der Investitionen unterstützt. Ein Aufgabenschwerpunkt der Bundesregierung ist es, sowohl mehr Investitionen der öffentlichen Hand zu ermöglichen als auch die Rahmenbedingungen für private Investitionen zu verbessern. Dabei beabsichtigen wir, eine Gesamtinvestitionsquote oberhalb des Durchschnitts der OECD zu erreichen.

Damit Haushaltsdisziplin und Wachstumsförderung Hand in Hand gehen können, ist ein effizienter Einsatz staatlicher Gelder unerlässlich. Dem Monitoring von Wirtschaftlichkeit und Erfolg von Fördermaßnahmen kommt deshalb ein immer stärkeres Gewicht zu. Die EU-Kommission macht diesbezüglich für einige Programme zunehmend verbindliche Vorgaben. Ebenso enthält die Bundeshaushaltsordnung Regelungen zur Wirtschaftlichkeits- und Erfolgskontrolle finanzwirksamer Maßnahmen.

Die von mir angekündigte Initiative, die wirtschaftspolitischen Förderprogramme des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie auf der Basis von Evaluationsergebnissen klar und effektiv auszugestalten, trifft auf breite politische Zustimmung. In einem Artikel in diesem Heft wird dargestellt, in welchem europäischen bzw. internationalen Kontext und auf Basis welcher nationaler rechtlicher Regelungen ein Controlling von Fördermaßnahmen im Bundesministerium für Wirtschaft und Energie umgesetzt wird.

Die August-Ausgabe der „Schlaglichter“ informiert Sie darüber hinaus über die Förderung der Brennstoffzellentechnologie und das BMWi-Projekt zur Technologieaufgeschlossenheit.

Ich wünsche Ihnen viel Freude beim Lesen!



Sigmar Gabriel
Bundesminister für Wirtschaft und Energie

I. Wirtschaftspolitische Themen und Analysen

Auf einen Blick

Wirtschaftspolitische Termine des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie

August 2014	
07.08.	EZB-Leitzinsentscheid
11.08.	Pressemeldung zur wirtschaftlichen Lage
13.08.	Industrieproduktion (EU) Juni 2014
14.08.	BIP 2. Quartal (Schnellmeldung)
14.08.	BIP (Euroraum und EU) 2. Quartal (Schnellschätzung)
18.08.	Internationaler Warenverkehr (EU) Juni 2014
19.08.	Leistungsbilanz (EU) Juni 2014
Ende August	Schlaglichter (Newsletter und Veröffentlichung auf Website)
September 2014	
01.09.	BIP 2. Quartal (tiefer gegl. Ergebnisse)
03.09.	BIP (EU) 2. Quartal (2. Schätzung)
09.09.	Pressemeldung zur wirtschaftlichen Lage
12.09.	Industrieproduktion (EU) Juli 2014
12./13.09.	Eurogruppe und informeller ECOFIN in Mailand
15.09.	Internationaler Warenverkehr (EU) Juli 2014
19.09.	Leistungsbilanz (EU) Juli 2014
Ende September	Schlaglichter (Newsletter und Veröffentlichung auf Website)
Oktober 2014	
01.10.	BIP (Euroraum und EU) 2. Quartal (3. Schätzung)
09.10.	Pressemeldung des BMWi zur wirtschaftlichen Lage
13./14.10.	Eurogruppe und ECOFIN in Luxemburg
14.10.	Industrieproduktion (EU) August 2014
16.10.	Internationaler Warenverkehr (EU) August 2014
20.10.	Leistungsbilanz (EU) August 2014
23./24.10.	Europäischer Rat in Brüssel
Ende Oktober	Schlaglichter (Newsletter und Veröffentlichung auf Website)

In eigener Sache: die „Schlaglichter“ als E-Mail-Abonnement

Der Monatsbericht des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie ist nicht nur als Druckexemplar, sondern auch im Online-Abo als elektronischer Newsletter verfügbar. Sie können ihn unter der nachstehenden Internet-Adresse bestellen:

<https://www.bmwi.de/DE/Service/abo-service.html>



Darüber hinaus können auf der Homepage des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie auch einzelne Ausgaben des Monatsberichts sowie Beiträge aus älteren Ausgaben online gelesen werden:

<http://www.bmwi.de/DE/Mediathek/monatsbericht.html>

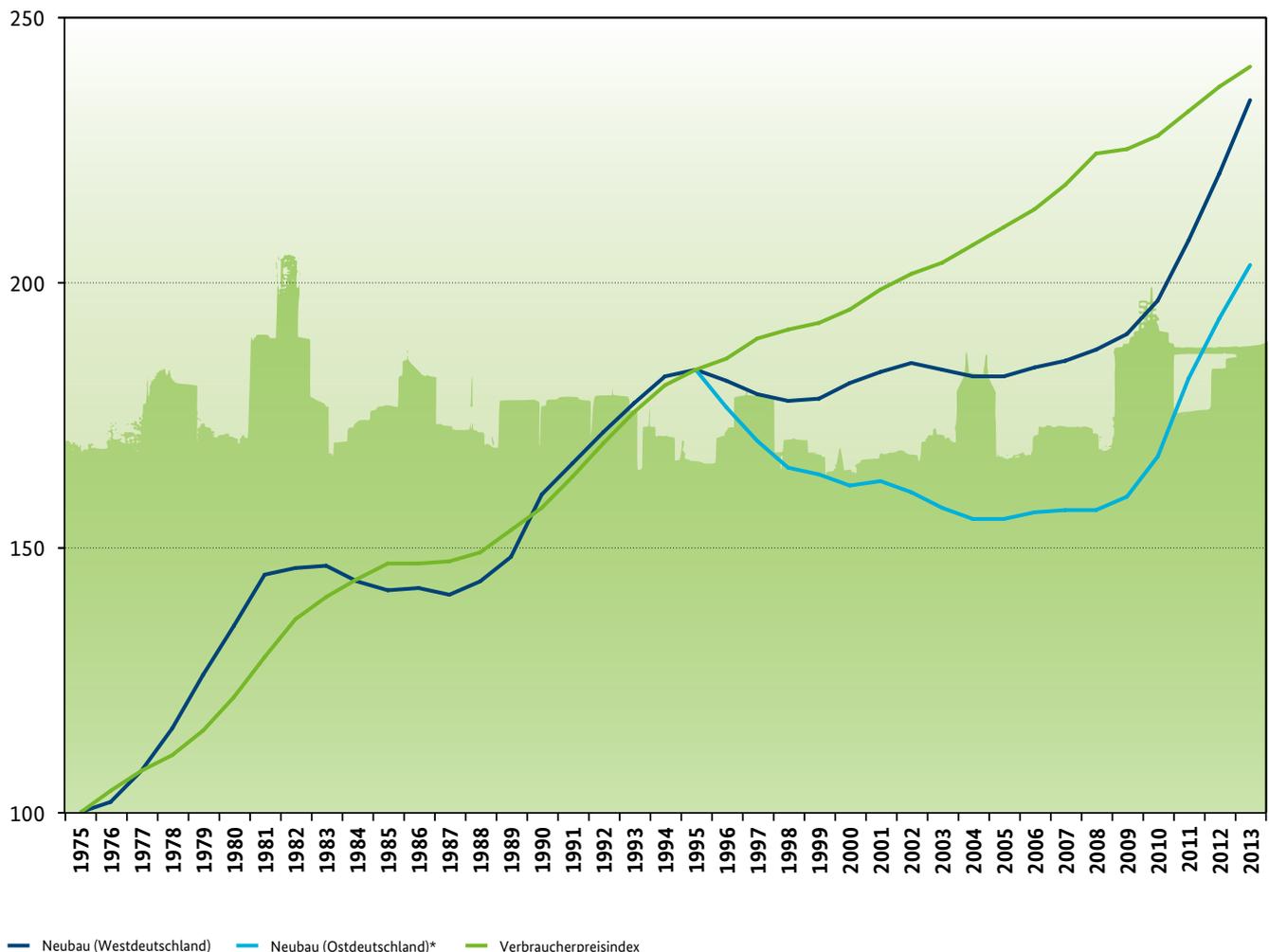


Grafik des Monats

Die Immobilienpreise in Deutschland ...

... sind nach einer – über einen längeren Zeitraum – sehr moderaten Entwicklung in den vergangenen Jahren merklich gestiegen. Zwar dürfte aufgrund der sehr niedrigen Zinsen die Nachfrage nach Wohnimmobilien weiter hoch bleiben, aus gesamtwirtschaftlicher Sicht kann bislang jedoch nicht von einer Immobilienpreisblase in Deutschland gesprochen werden, auch wenn das Preisniveau auf einigen regionalen Teilmärkten sehr kräftig gestiegen ist. Auf Basis eines von der Deutschen Bundesbank veröffentlichten Preisindex für neugebaute Wohnimmobilien in ca. 125 deutschen Städten zeigt sich, dass zwischen 1975 und 1995 die Preise für Neubauten in Westdeutschland mit der Inflation Schritt gehalten haben. Bis zum Jahr 2010 haben sich die Preise in Westdeutschland dann seitwärts und in Ostdeutschland sogar rückläufig entwickelt. Seit dem Jahr 2010 sind sie kräftig gestiegen, haben aber den Rückstand zum Verbraucherpreisindex noch nicht wieder aufgeholt.

Vergleich der Immobilienpreise (Neubauten) mit dem Verbraucherpreisindex



*Daten für Ostdeutschland liegen erst seit 1995 vor. Zur Vergleichbarkeit wird daher im Jahr 1995 der Indexwert der Immobilienpreise in Ostdeutschland dem westdeutschen Indexwert gleichgesetzt.

Quelle: Berechnungen der Deutschen Bundesbank nach Angaben der BulwienGesa AG

Überblick über die wirtschaftliche Lage

- ▶ Die schwache Frühjahrsbelebung und geopolitische Unwägbarkeiten dämpfen die Wirtschaftsentwicklung im zweiten Quartal.
- ▶ Die Erzeugung im Produzierenden Gewerbe hat sich vorübergehend abgeschwächt. Die Stimmungsindikatoren deuten jedoch keine Trendwende an.
- ▶ Wenn die aktuellen Sondereffekte auslaufen, dürfte sich der Aufschwung fortsetzen und auch die Entwicklung des Arbeitsmarkts wieder an Schwung gewinnen.

Nach einem wachstumsstarken Jahresbeginn verläuft die Entwicklung der deutschen Wirtschaft im zweiten Quartal nur gedämpft.¹ Eine schwache Frühjahrsbelebung war als Gegenreaktion auf den milden Winter bereits erwartet worden. Hinzu kamen aber neue geopolitische Unwägbarkeiten. So hat der Ukraine-Konflikt zu einer gewissen Verunsicherung und damit Zurückhaltung bei unternehmerischen Entscheidungen beigetragen. Nach dem ifo Konjunkturtest berichteten einige Unternehmen von tatsächlichen und noch zu erwartenden Beeinträchtigungen ihrer Geschäftsbeziehungen zu Russland. Der Rückgang der Exporte in die Länder der GUS im laufenden Jahr (Stand April) um 2,5 Mrd. Euro bzw. 16% belegt dies deutlich. Nicht zuletzt deshalb dürften sich auch die einschlägigen Stimmungsindikatoren etwas eingetrübt haben. Sie befinden sich aber weiterhin auf überdurchschnittlichem Niveau und deuten nicht auf eine konjunkturelle Trendwende hin. Dies spricht dafür, dass die vor allem aus der schwächeren Frühjahrsbelebung resultierenden Brems-effekte voraussichtlich auslaufen und sich der Aufschwung nach einem schwächeren zweiten Quartal mit der erwarteten Dynamik fortsetzen dürfte.

Die Weltwirtschaft wächst weiterhin mit gemäßigttem Tempo. Im ersten Quartal hatte sich ihr Wachstum nicht zuletzt wegen des witterungsbedingten Einbruchs der US-Wirtschaft verlangsamt. Diese Produktionsausfälle dürften aber nachgeholt werden. Den Indikatoren zufolge ist daher in

den kommenden Monaten mit einer moderaten Beschleunigung der weltwirtschaftlichen Aktivität zu rechnen. Die maßgeblichen Impulse kommen auch weiterhin aus den Industriestaaten, allen voran den Vereinigten Staaten. Die Erholung im Euroraum kommt allerdings nur zögerlich voran und ist nach wie vor durch stark heterogene Entwicklungen in den einzelnen Ländern gekennzeichnet. Das Wachstum der japanischen Wirtschaft dürfte sich nach der Dämpfung durch die Erhöhung der Verbrauchsteuer wieder etwas beschleunigen. Die großen Schwellenländer stehen weiterhin vor der Bewältigung struktureller Herausforderungen. Darüber hinaus zeichnet sich dort eine weitere Verschlechterung der Finanzierungsbedingungen ab. Insgesamt rechnen die internationalen Organisationen IWF, OECD und Weltbank für das laufende Jahr mit einem Anstieg des Welt-BIP zwischen 3,4% und 3,6%. Die Abwärtsrisiken bleiben dabei beachtlich.

Vor dem Hintergrund der durchwachsenen Entwicklung der deutschen Absatzmärkte schwächten sich die Ausfuhren im Warenhandel² im Mai nominal um 0,8% ab³, nach einem Plus im April von 2,6%. Stellt man in Rechnung, dass die Ausfuhrpreise weiter rückläufig sind, dürften die Ausfuhren preisbereinigt derzeit allenfalls eine seitwärtsgerichtete Tendenz aufweisen. Die Einfuhren gingen in jeweiligen Preisen im Mai deutlicher um 2,9% zurück. Dabei zeigen sich die Einfuhrpreise gegenwärtig deutlich rückläufig. Ausschlaggebend ist hier der starke Preisrückgang für eingeführte Rohstoffe und Halbwaren. In realer Rechnung dürften die Einfuhren daher derzeit eine allenfalls leicht aufwärtsgerichtete Tendenz aufweisen. Vom Außenhandel sind gegenwärtig kaum Impulse für das Wachstum in Deutschland zu erwarten.

Die Produktion im Produzierenden Gewerbe ist im Mai überraschend kräftig gesunken (-1,8%). Neben den Nachwirkungen des milden Winters im Baubereich trugen hierzu allerdings Brückentagseffekte maßgeblich bei. Unter anderem fiel der 1. Mai auf einen Donnerstag. Die Industrieproduktion verringerte sich um 1,6%, die Bauproduktion um 4,9%. Beim Bau ergab sich im Zuge der schwachen Frühjahrsbelebung der dritte Produktionsrückgang in Folge. Im Trend drehte damit die Erzeugung sowohl in der Indus-

1 In diesem Bericht werden Daten verwendet, die bis zum 18. Juli 2014 vorlagen.

2 Die dargestellten Angaben zur Leistungsbilanz und ihrer Teilkomponenten folgen ab Mai 2014 der Systematik des „Handbuchs zur Zahlungsbilanz und zum Auslandsvermögensstatus“ des Internationalen Währungsfonds (IWF) in seiner neuen, sechsten Auflage (Sixth Edition of the IMF's Balance of Payments and International Investment Position Manual, kurz: BPM 6). Weitere Informationen dazu finden Sie unter: <http://www.bundesbank.de/Redaktion/DE/Dossier/Statistik/zahlungsbilanz.html>.

3 Soweit nicht anders vermerkt, handelt es sich um Veränderungsdaten gegenüber der jeweiligen Vorperiode auf Basis preisbereinigter sowie nach dem Verfahren Census X-12-ARIMA kalender- und saisonbereinigter Angaben.

trie als auch im Baugewerbe ins Minus (Dreimonatsvergleich⁴: -0,5% bzw. -4,7%). Zur derzeit schwachen Entwicklung im Produzierenden Gewerbe dürften auch die erhöhten geopolitischen Unwägbarkeiten ihren Beitrag geleistet haben. So gingen die Bestellungen in der Industrie im Mai trotz überdurchschnittlicher Großaufträge spürbar um 1,7% zurück. Dabei schwächte sich vor allem die Nachfrage aus Ländern außerhalb des Euroraums ab (-5,2%). Im Ergebnis ergab sich bei den Bestellungen in der Industrie auch in der Tendenz ein leichter Rückgang (Dreimonatsvergleich: -0,5%). Dies dürfte aber eine vorübergehende Erscheinung bleiben. Das Geschäftsklima in der Industrie ist trotz leichter Abschwächung nach wie vor aufgehellt und verspricht eine Fortsetzung des industriellen Aufschwungs in der zweiten Hälfte des Jahres.

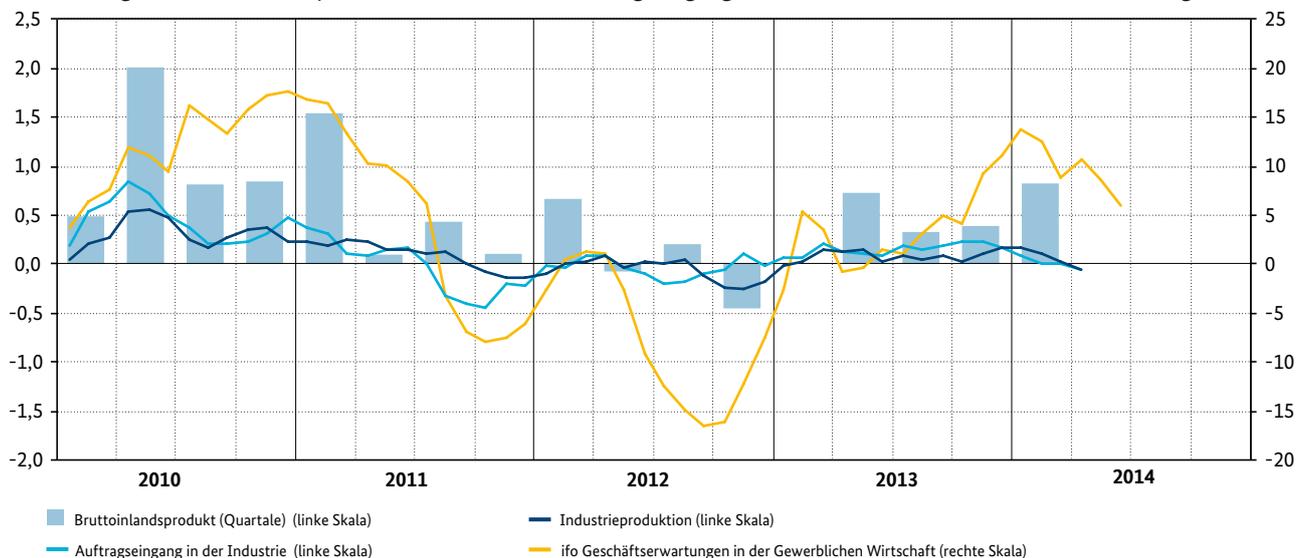
Der private Konsum bleibt ein wichtiges Standbein des aktuellen Aufschwungs. Im ersten Quartal des Jahres stiegen die privaten Konsumausgaben preisbereinigt um 0,7%. Zu Beginn des zweiten Quartals haben sich die Umsätze im Einzelhandel (ohne Kfz-Handel) allerdings merklich abge-

schwächt. Die ifo Geschäftserwartungen der Einzelhändler erholten sich im Juni allerdings wieder etwas, nachdem sie sich im Mai eingetrübt hatten. Die aktuelle Geschäftslage wurde im Juni so gut wie zuletzt vor zwei Jahren bewertet. Die positive Einkommens- und Beschäftigungsentwicklung sowie stabile Verbraucherpreise sorgen weiterhin für gute Stimmung unter den Konsumenten.

Die schwache Frühjahrsbelegung macht sich auch auf dem Arbeitsmarkt bemerkbar. Die Zahl der Arbeitslosen sank im Juni jahreszeitlich bedingt zwar auf 2,833 Mio. Personen. Saisonbereinigt erhöhte sich die Arbeitslosigkeit aber um 9.000 Personen, der zweite Anstieg in Folge. Die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten stieg dagegen im April saisonbereinigt weiter um 35.000 und die Zahl der Erwerbstätigen im Mai um 21.000 Personen. Nach den Ursprungszahlen waren damit im Mai 42,18 Mio. Personen im Inland erwerbstätig, 389.000 mehr als vor einem Jahr. Mit dem Auslaufen der witterungsbedingten Sondereffekte dürften die konjunkturellen Auftriebskräfte auch auf dem Arbeitsmarkt wieder stärker zum Tragen kommen.

Konjunktur auf einen Blick*

Entwicklung von Bruttoinlandsprodukt, Produktion und Auftragseingang in der Industrie sowie ifo Geschäftserwartungen



* zentrierte gleitende 3-Monatsdurchschnitte bzw. Quartale, saisonbereinigt, Veränderungen gegenüber Vorperiode in v. H. bzw. Salden bei ifo

Quellen: StBA, BBk, ifo Institut

Wasserstoff auf die Mühlen der Energiewende

Förderung der Brennstoffzellentechnologie als effiziente Methode der Energiewandlung

Brennstoffzellen gelten als innovative und zukunftsfähige Technologie zur Gewinnung von Strom und Wärme und damit als ein wichtiges Teilstück im Rahmen des Umbaus des deutschen Energiesystems. Kennzeichnend ist, dass die Technik effizient und klimaschonend arbeitet und damit mehrere energiepolitische Kernziele auf sich vereint. Um die Forschung und Entwicklung in diesem Sektor voranzutreiben und die Brennstoffzelle zu einer Leittechnologie „Made in Germany“ zu machen, setzt die Bundesregierung gemeinsam mit Industrie und Wissenschaft bereits seit 2006 erfolgreich auf die Förderung im Rahmen des Nationalen Innovationsprogramms Wasserstoff- und Brennstoffzellentechnologie (NIP).



Anlässlich der Hannover Messe informierte sich Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel auf dem Stand der Initiative Brennstoffzelle über innovative Brennstoffzellengeräte.

Im Nationalen Innovationsprogramm Wasserstoff und Brennstoffzellentechnologie (NIP) haben Bundesregierung und Wirtschaft für einen Zehnjahreszeitraum bis 2016 gemeinsam 1,4 Milliarden Euro zur Weiterentwicklung dieses innovativen Technologiefelds zugesagt. Das NIP umfasst als strategisches und industriepolitisches Programm der Bundesregierung dabei sowohl die Grundlagen- und anwendungsorientierte Forschung als auch Demonstrationsprojekte und Feldtests. Die Aufgabe der beiden letztgenannten ist, zu zeigen, dass eine entwickelte Technologie sich im praktischen Einsatz bewährt. Ziel des NIP ist es, mittelfristig einen großen Teil der Wertschöpfungskette – vom Komponentenzulieferer über den Aufbau der Brennstoffzellen-

stapel bis hin zur Integration in marktfähige Systeme – in Deutschland zu etablieren. Nicht zuletzt durch Verbesserungen bei Funktionalität und Zuverlässigkeit sowie Weiterentwicklungen von Produktionsverfahren konnte die Evolution von Lösungen beschleunigt und durch fortgesetzte Beiträge zu Kostensenkungen auch die Grundlage für einen späteren wirtschaftlichen Einsatz der Brennstoffzellentechnologie geschaffen werden. Auf Seiten der Bundesregierung übernimmt das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWi) die Förderung von Forschung und Entwicklung, während das Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur (BMVI) Demonstrationsprojekte und Feldtests unterstützt.

Das BMWi hat seine Förderung der Wasserstoff- und Brennstoffzellentechnologie als einen Schwerpunkt des Energieforschungsprogramms formuliert. Mit dem 6. Energieforschungsprogramm „Forschung für eine umweltschonende, zuverlässige und bezahlbare Energieversorgung“ verfolgt die Energieforschungspolitik drei Ziele: Das Forschungsprogramm soll einen technologischen Beitrag zu den übergeordneten Zielen der Energiewende leisten, die führende Position deutscher Unternehmen und Forschungseinrichtungen auf dem Gebiet moderner Energietechnologien weiter stärken und langfristige Optionen für das Energiesystem der Zukunft sichern.

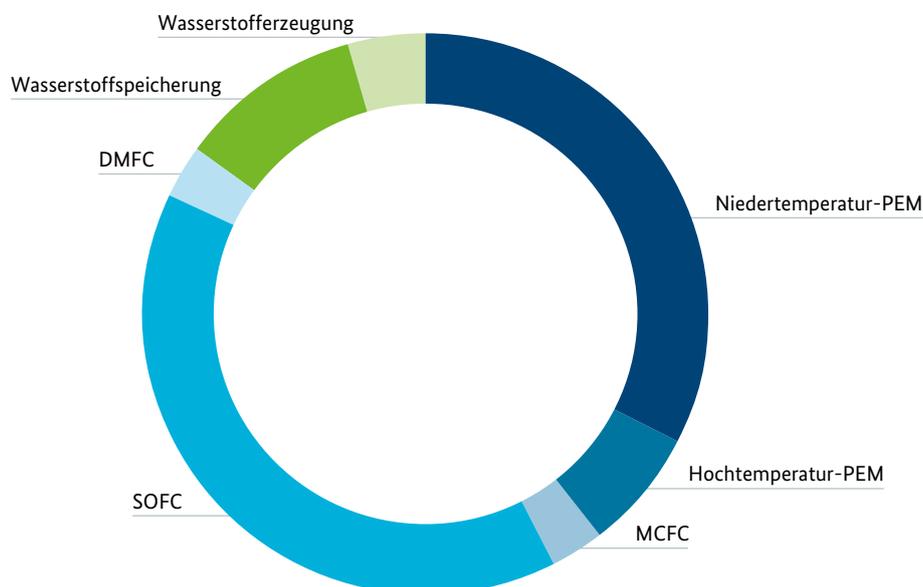
Technologieförderung im Kontext des Nationalen Innovationsprogramms Wasserstoff- und Brennstoffzellentechnologie

Das NIP gliedert sich primär in die Programmbereiche Verkehr, Wasserstoffinfrastruktur, Hausenergieversorgung sowie stationäre Energieversorgung im industriellen Bereich und bildet damit die vielfältigen Einsatzfelder der Brennstoffzelle ab. In einem weiteren Programmbereich „Spezielle Märkte“ werden Entwicklungen auf solchen Gebieten vorangetrieben, wo die technologischen Vorteile der Brennstoffzelle ausschlaggebend sind und durch erste Markterfahrungen positive Effekte für einen späteren breiten Einsatz erwartet werden können.

Die Forschungsförderung des BMWi zum Themenfeld Brennstoffzelle erstreckt sich auch auf grundlegende Forschungsbeiträge, Komponentenentwicklung und verbesserte Fertigungsverfahren. Die untersuchten Fragestellungen sind in vielen Fällen weniger spezifisch auf eine spätere Anwendung ausgerichtet, sondern hängen stark von den zugrundeliegenden Technologievarianten ab. Die Förderung erfolgt dabei technologieneutral, was sich in einer entsprechend breit gegliederten Darstellung der Zahlen manifestiert. Im Jahr 2013 hat das BMWi 18,77 Millionen Euro an Fördermitteln in diesem Bereich ausgereicht. Abbildung 1 gibt die aktuelle Verteilung auf einzelne Technologielinien wieder.

Die Bedeutung von Wasserstoff als Energiespeicher wird im Energieforschungsprogramm auch in einem größeren Zusammenhang aufgegriffen. Im Jahr 2011 haben die beteiligten Ressorts eine gemeinsame Forschungsinitiative „Energiespeicher“ gestartet und dafür 200 Millionen Euro bereitgestellt. Im Rahmen dieser Initiative werden Technologien zur Strom- und Wärmespeicherung entwickelt, die langfristig für die Umstellung des Energieversorgungssystems auf erneuerbare Energien notwendig sind. Im thematischen Leuchtturm „Wind-Wasserstoff-Kopplung“ wurden mittlerweile 39 Projekte mit Fördermitteln in Höhe von 48 Millionen Euro bewilligt. Anfang nächsten Jahres werden erste Ergebnisse auf einer gemeinsamen Vernetzungskonferenz diskutiert werden.

Abbildung 1: Verteilung der Fördermittel des BMWi im Jahr 2013 auf unterschiedliche Technologielinien im Schwerpunkt „Wasserstoff, Brennstoffzelle“



Quelle: BMWi

Stand der Entwicklung

Die Entwicklung der Brennstoffzellentechnologie in Deutschland wurde nicht zuletzt aufgrund einer breit aufgestellten Forschungsförderung entlang der gesamten Wertschöpfungskette maßgeblich vorangebracht. Trotz beachtlicher Erfolge und auch erster verfügbarer Produkte bestehen jedoch hinsichtlich der Zuverlässigkeit, Lebensdauer und der Herstellungskosten noch technische und ökonomische Hemmnisse für eine breite Marktdurchdringung.

Im Vordergrund der Förderung durch das BMWi stehen zwei Technologielinien: die PEM-Brennstoffzelle (PEM: proton exchange membrane) und die Festoxid-Brennstoffzelle (SOFC: solid oxide fuel cell).

PEM-Brennstoffzellen arbeiten im Temperaturbereich zwischen 80 und 160 Grad Celsius, wobei zwischen zwei Technologielinien (Niedertemperatur-PEM und Hochtemperatur-PEM) unterschieden wird. Der Einsatzbereich liegt hierbei vor allem im Transportsektor, aber auch zur Energieversorgung im stationären Bereich bei Wohnhäusern oder gewerblich genutzten Gebäuden werden PEM-Brennstoffzellen eingesetzt. Stellvertretend für 73 vom BMWi in dieser Technologie unterstützte Projekte sei das Vorhaben REnerSta genannt, in welchem eine weitere Anwendungsperspektive erschlossen werden soll: Hier arbeitet ein deutsch-französisches Konsortium an der Entwicklung einer autarken unterbrechungsfreien CO₂-neutralen Stromversorgung für die netzferne Energieversorgung.

Im Vorhaben REnerSta (Renewable Energy Telecom Station) arbeitet ein Konsortium aus fünf deutschen und vier französischen Unternehmen und Forschungseinrichtungen an der Entwicklung einer zuverlässigen autarken unterbrechungsfreien Stromversorgung für die netzferne Energieversorgung. Basis der Energieversorgung sind Photovoltaik- und Windkraftmodule. Der erzeugte Strom wird kurzfristig in Batterien zwischengespeichert oder in einem Elektrolyseur zu Wasserstoff gewandelt, um längerfristig gespeichert und anschließend in der Brennstoffzelle wieder zu Strom gewandelt zu werden.



Mögliche Einsatzgebiete dieser CO₂-neutralen Stromversorgung sind die Telekommunikationsinfrastruktur, die Schifffahrt, Signal- und Kommunikationsanlagen im Straßenverkehr oder eine Notstromversorgung in Katastrophengebieten. Berücksichtigt werden sowohl extreme Randbedingungen bei einem weltweiten Einsatz wie auch eine lange Einsatzdauer über mindestens 24 Stunden für den Fall eines Netzausfalls. Das Gesamtkonzept sieht eine CO₂-neutrale Stromerzeugung, einen modularen Aufbau für Leistungen zwischen einem und fünf kW, eine hohe Mobilität für einen leichten Transport an weltweite Einsatzorte, eine unkomplizierte Installation mit niedrigem Aufwand vor Ort sowie eine komplette Autarkie (auch für Wasser) vor. Die innovativen Entwicklungen konzentrieren sich auf das Energiemanagementsystem, die standortunabhängige Systemauslegung, die Sicherheitstechnik, die Elektronik und die Brennstoffzelle. Die Arbeiten der deutschen Partner werden vom BMWi mit 1,44 Millionen Euro unterstützt.

Im Projekt SOFC-BZHG werden Entwicklungsschritte eines Brennstoffzellen-Heizgeräts unterstützt, welches auf Basis einer SOFC-Brennstoffzelle für die Versorgung von Ein- und Zweifamilienhäusern mit Strom und Wärme geeignet ist. Die Geräte werden an einem haushaltsüblichen Gasanschluss betrieben. Mit dem Ziel, den Energiebedarf bei Strom- und Wärmeerzeugung um 25 Prozent zu reduzieren und die CO₂-Emissionen zu halbieren, wird so eine nachhaltige Energieversorgung durch Kraft-Wärme-Kopplung direkt im Haus des Anwenders ermöglicht. Erste Prototypen werden derzeit in Feldtests auf ihr Langzeitverhalten überprüft.



Bei Festoxid-Brennstoffzellen (SOFC) handelt es sich um Hochtemperaturzellen (etwa 800 Grad Celsius), deren Vorteile in ihrer großen Leistungsfähigkeit und den hohen elektrischen Wirkungsgraden von bis zu 60 Prozent liegen. Allerdings ist diese Technologie noch nicht so ausgereift wie die PEM-Brennstoffzelle. Im Zeitraum von Anfang 2006 bis Ende 2013 bewilligte das BMWi insgesamt 42 Vorhaben.

In der BMWi-Förderung werden noch weitere Technologielinien verfolgt. Dazu zählen insbesondere die Technologie der Schmelzkarbonat-Brennstoffzelle (MCFC), die für einen Einsatz bei hohen Leistungsklassen von 100 kW bis 1 MW besonders geeignet ist, sowie die Direkt-Methanol-Brennstoffzelle (DMFC) mit Anwendungen im kleinen Leistungsbereich, etwa bei mobilen Geräten oder der Stromerzeugung in Wohnmobilen.

Im Bereich der Wasserstofftechnik werden u. a. Forschungsvorhaben zur Speicherung in Drucktanks gefördert, die auch den Anforderungen für den Einsatz im Automobil genügen. Diese Entwicklungen sind eine Voraussetzung für die Etablierung von regenerativ erzeugtem Wasserstoff als Sekundärenergieträger im Kraftstoffsektor.

Quo vadis?

Die Brennstoffzelle bietet eine effiziente und umweltschonende Form der Energiewandlung. Im Einklang mit den gesamtgesellschaftlichen Zielen der Energiewende kann sie daher einen Beitrag zum Energiesystem der Zukunft leisten. Um das Potenzial dieser Technologie vollständig heben zu können, besteht weiter Bedarf nach Unterstützung von Entwicklungsvorhaben. Die heutige Förderung zielt dabei nicht mehr auf den Nachweis, dass sich Brennstoffzellen für eine Reihe von Anwendungsfeldern eignen. Dieser ist, auch dank der Rückkoppelung aus den bisherigen geförderten Feldtests, in vielen Fällen bereits erbracht. Aktuell beschäftigen sich zahlreiche FuE-Projekte bereits mit Fragestellungen, die der Entwicklung fortgeschrittener Gerätegenerationen dienen. Dies schafft die Voraussetzungen, Kostenziele durch Skaleneffekte zu erreichen.

Ziel der Projektunterstützung ist die spätere Verwertung in Form von Lösungen und Komponenten, die sowohl technologisch führend als auch kommerziell nutzbar sind. Dazu soll auch eine in Deutschland verankerte Wertschöpfungskette entstehen, welche alle Systembestandteile abdecken kann. Wesentlich hierfür ist eine Verbreiterung der Forschungsansätze, um zwei Aspekte sicherzustellen: Zum einen kann der Wettbewerb fördernd auf das Ziel der Kostensenkung einwirken, zum anderen dient in der Gesamtschau eine breite Forschungsbasis der Minimierung der Forschungsrisiken, was Teil jeder verantwortungsvollen Innovationspolitik ist.



Zudem gilt es, den Anschluss an den internationalen Wettbewerb nicht zu verlieren. Weltweit schreitet die Weiterentwicklung der Brennstoffzellentechnologie und der Anwendungsszenarien intensiv voran, und neben dem Automobilsektor stehen auch in den Segmenten Heizkessel und unterbrechungsfreie Stromversorgungsanlagen einige Hersteller kurz vor dem Markteintritt.

Somit plant die Bundesregierung auch über das Auslaufen des NIP im Jahr 2016 hinaus eine zielgerichtete und effektive Forschungsförderung auf dem Gebiet Wasserstoff- und Brennstoffzellentechnologie, um die gerade in diesem Technologiebereich notwendige Kontinuität zu gewährleisten und aufgebautes Know-how bestmöglich für die Weiterentwicklung der Technologie zu nutzen. Deutschland hat sich nicht zuletzt dank umfangreicher Fördermaßnahmen auf vielen Gebieten neuer Energiewandlungs- und Energieerzeugungssysteme eine besondere Rolle im Hinblick auf die Verbindung von ökonomischem Wachstum mit nachhaltigem Handeln erarbeitet. Nun gilt es, diesen Wissensvorsprung in eine gesteigerte Wettbewerbsfähigkeit und lokale Wertschöpfung umzuwandeln.



Bundesminister Sigmar Gabriel im Interview mit HZwei zu Wasserstoff- und Brennstoffzellen
<http://bit.ly/1sqBjd4>

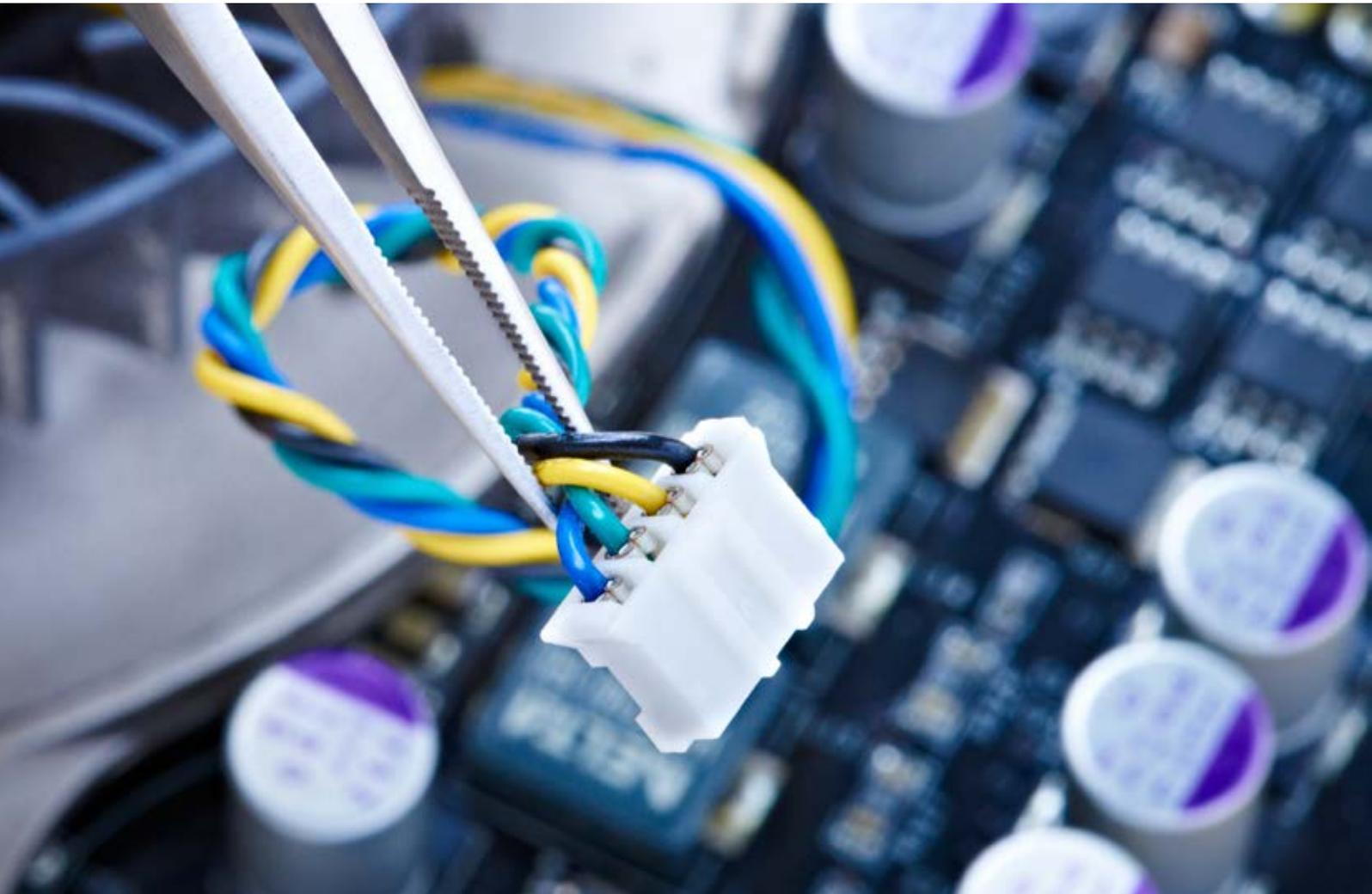


Wöchentlich erscheint der Newsletter „Energiewende direkt“ und informiert über die Energiewende. Hier können Sie sich für ein Abo anmelden:
<http://bit.ly/1kiM1ms>

Kontakt: Dr. Hans-Christoph Wirth
Referat: Energieforschung Projektförderung

Neue Technologien gehen uns alle an

Forschung und Entwicklung (F&E) und Innovationen sind wesentlicher Treiber für die Wettbewerbsfähigkeit und das Wachstum der Wirtschaft in Deutschland. Gibt es allerdings Vorbehalte in der Gesellschaft gegen bestimmte Technologien, wird es schwer, diese weiterzuentwickeln und auf den Märkten einzuführen, selbst wenn die Innovationen einen Mehrwert bieten und die Lebensqualität für die Menschen verbessern. Dies war Anlass für das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie, das Thema Technologieaufgeschlossenheit in einem Projekt näher zu beleuchten. Die Ergebnisse liegen jetzt vor.

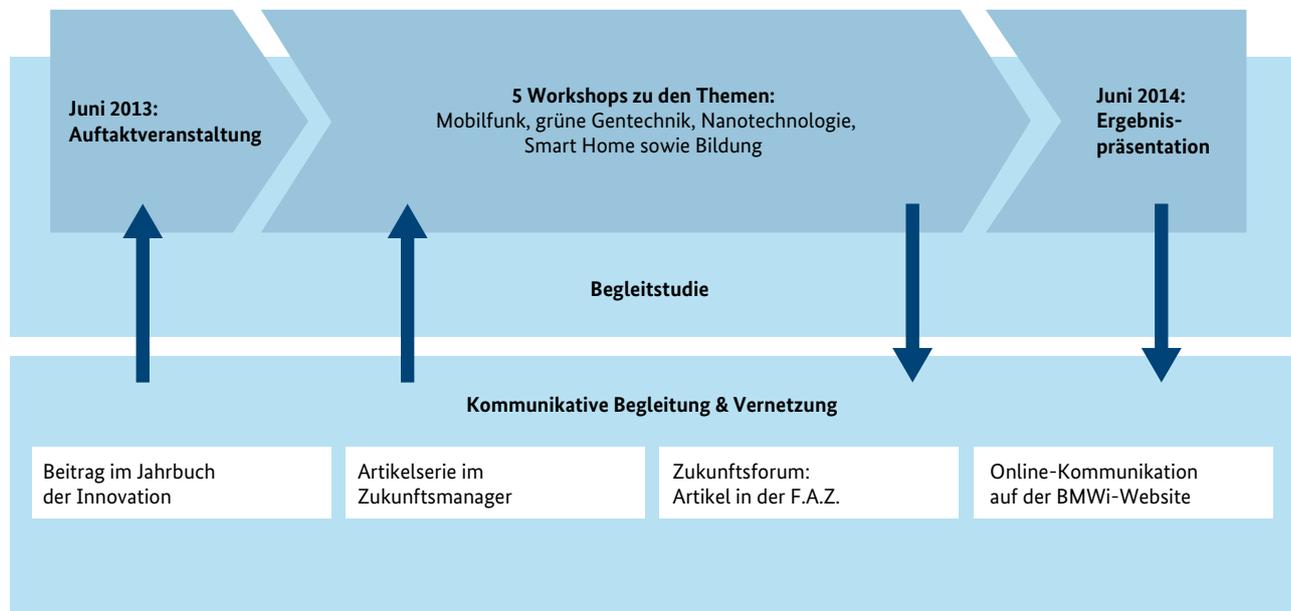


Ohne wissenschaftliche Durchbrüche und Innovationen lassen sich die großen gesellschaftlichen Herausforderungen unserer Zeit – wie beispielsweise die Energiewende – nicht meistern. Zwar hat sich Deutschlands Innovationskraft in den letzten Jahren deutlich erhöht: Dank der gemeinsamen Anstrengungen von Staat und Wirtschaft ist es gelungen, das Ziel zu erreichen, den Anteil der Ausgaben für Forschung und Entwicklung (FuE) am Bruttoinlandsprodukt (BIP) auf drei Prozent zu steigern. Deutschland liegt damit weit über dem EU-Durchschnitt von zwei Prozent. Auch bei internationalen Rankings schneidet Deutschland gut ab (beispielsweise Platz 3 im aktuellen Innovation Union Scoreboard der EU-Kommission). Der Wettbewerb zwischen den Innovationsstandorten wird

aber immer intensiver. Daher bedarf es auch in Zukunft großer Anstrengungen, um diese technologisch gute Position zu halten und auszubauen.

Dabei stellt gerade für eine forschungsintensive Volkswirtschaft wie die deutsche die Aufgeschlossenheit gegenüber neuen Technologien ein nicht zu unterschätzendes Vermögen dar. Vor diesem Hintergrund hat das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWi) die Technopolis Group Deutschland und das F.A.Z.-Institut mit der Durchführung einer Veranstaltungsreihe und der Erstellung einer Begleitstudie zum Stand der Technologieaufgeschlossenheit in Deutschland und deren Wirkungen auf die Innovationstätigkeit beauftragt.

Abbildung 1: Projekt „Technologieaufgeschlossenheit und Innovationsfreundlichkeit der Gesellschaft in Deutschland“



Quelle: Technopolis Group Deutschland, F.A.Z.-Institut Innovationsprojekte

Kasten 1: BMWi-Projekt zur Technologieaufgeschlossenheit

Mit dem Projekt „Technologieaufgeschlossenheit und Innovationsfreundlichkeit in Deutschland“ hat das BMWi ein Jahr lang verschiedene Ausprägungen von Technologieaufgeschlossenheit und deren Ursachen sowie Wirkungen auf den Innovationsstandort Deutschland untersuchen lassen.

Hierzu wurden in fünf verschiedenen Workshops zu den Themenfeldern „Mobilfunk“, „grüne Gentechnik“, „Nanotechnologie“, „Smart Home“ sowie übergreifend zu „Technologieaufgeschlossenheit und Bildung“ gemeinsam mit Experten aus den Bereichen Politik und Verwaltung, Wirtschaft, Wissenschaft, Bildung und Medien Handlungsempfehlungen entwickelt. Die Ergebnisse fließen in eine begleitende Studie, die im August 2014 veröffentlicht wird.

Mit der Durchführung des Projekts wurden die Technopolis Group Deutschland und das F.A.Z.-Institut beauftragt.

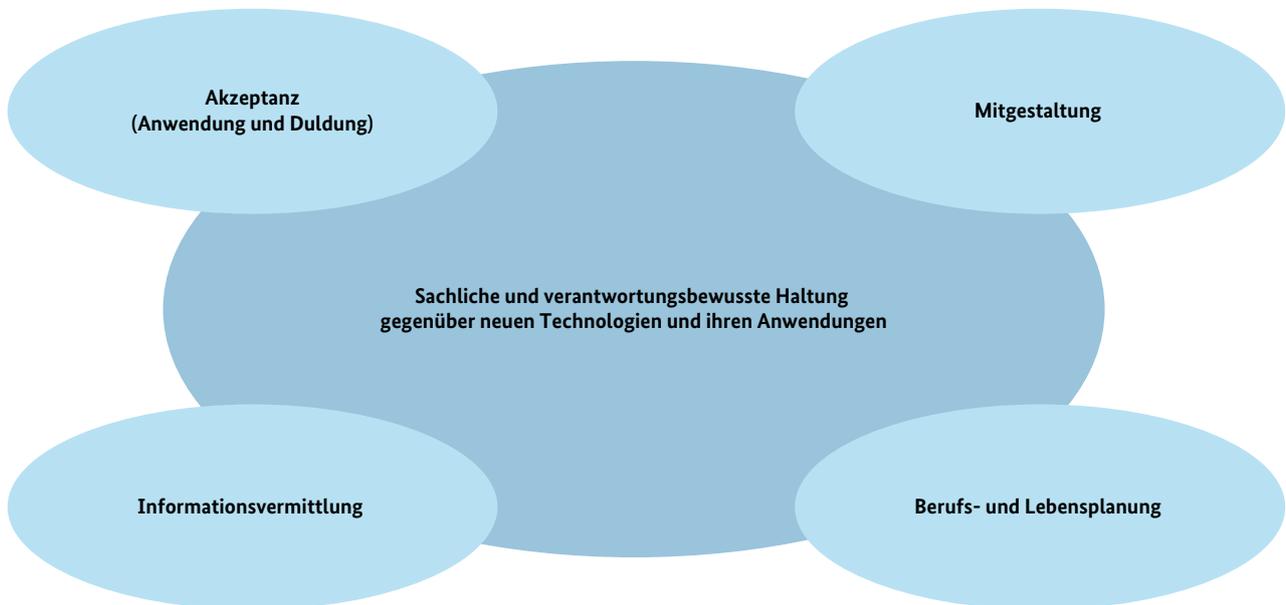
Was verbirgt sich hinter dem Begriff Technologieaufgeschlossenheit?

Im Rahmen des Projekts wurde bewusst ein breit angelegtes Verständnis von Technologieaufgeschlossenheit verwendet. Es geht nicht nur um Technologieakzeptanz, also die Duldung bestimmter Technologien, sondern generell um das Interesse an neuen Technologien. Dies kann auch dazu führen, dass eine Technologie nach sachlicher und umfangreicher Prüfung für nicht nützlich gehalten wird.

In diesem Kontext spielt die Art und Weise der Informationsvermittlung über neue Technologien eine wichtige Rolle. Welchen Stellenwert messen die Medien der Berichterstattung über technologische Entwicklungen bei? Erfolgt eine Fokussierung auf Reizthemen oder wird ausgewogen berichtet? Zu welchem Zeitpunkt wird über neue Entwicklungen durch die Wissenschaft informiert? Wie verständlich und neutral ist diese Information?

Nicht zuletzt äußert sich die Technologieaufgeschlossenheit einer Gesellschaft auch in der individuellen Berufs- und Lebensplanung. Wie offen sind junge Menschen dafür, einen naturwissenschaftlich-technischen Beruf zu ergreifen? Welchen Stellenwert haben Ingenieure und Techniker in unserer Gesellschaft? Welche Bedeutung haben die MINT-Fächer (Mathematik, Ingenieurwissenschaften,

Abbildung 2: Technologieaufgeschlossenheit ist mehr als Technologieakzeptanz



Quelle: Technopolis Group Deutschland, F.A.Z.-Institut Innovationsprojekte

Naturwissenschaften, Technik) in unserem Bildungssystem über die gesamte Bildungskette vom Kindergarten über die berufliche Ausbildung bis zu den Hochschulen? Diese Fragen erlangen nicht zuletzt vor dem Hintergrund des demografischen Wandels und des Fachkräftemangels weiter an Bedeutung.

Fokus auf vier ausgewählte Technologiefelder und ein Querschnittsthema

Es wurden fünf verschiedene Workshops zu den Themenfeldern Mobilfunk, Biotechnologie, Nanotechnologie, Smart Home sowie übergreifend zu Technologieaufgeschlossenheit und Bildung mit Experten aus Politik, Verwaltung, Wirtschaft, Wissenschaft und Medien durchgeführt.

1. Mobilfunk

Für den ersten Workshop wurde der Bereich Mobilfunk ausgewählt und damit eine Technologie, die weit verbreitet ist und als akzeptiert angesehen werden kann. Von Interesse war dabei insbesondere die zeitliche Entwicklung in der Einstellung der Bevölkerung gegenüber dieser Techno-

logie. So gab es vor allem zu Beginn der Nutzung dieser Technologie eine skeptische Haltung gegenüber der Mobilfunkinfrastruktur. Die Zweifel sind allerdings durch den hohen Nutzen der neuen Technologie sowie eine Reihe von Begleitmaßnahmen seitens Wirtschaft, Forschung und Politik zurückgegangen. Die Diskussion ergab u. a., dass ein frühzeitiges, kontinuierliches und auf Partizipation angelegtes Einbinden der Öffentlichkeit von zentraler Bedeutung ist. So konnten wichtige Erfahrungen, die im Mobilfunkbereich gemacht wurden, systematisch reflektiert und ihre Übertragbarkeit auf andere Technologiefelder im Laufe des Projekts geprüft werden.

2. Grüne Gentechnik

Für den zweiten Workshop wurde mit der grünen Gentechnik bewusst eine aktuell stark umstrittene Technologie adressiert. Im Ergebnis wurde dabei auch die Bedeutung des Verbrauchernutzens – z. B. im Hinblick auf die Welternährung – im Zusammenhang mit der Einführung einer neuen Technologie deutlich. In diesem Kontext wurde deutlich, dass sich Kommunikationskampagnen, die sachlich nicht hinreichend fundiert sind, schnell als Bumerang erweisen können.

3. Nanotechnologie

Als nächstes Beispiel wurde im dritten Workshop die Nanotechnologie betrachtet, die als relativ junge Querschnitts- und gleichermaßen Schlüsseltechnologie häufig einen hohen Stellenwert für den Innovationsstandort Deutschland hat. Die Diskussion um die Nanotechnologie verläuft bislang – anders als etwa im vorangegangenen Beispiel der grünen Gentechnik – vergleichsweise offen und sachlich, wenngleich auch hier Kontroversen bezüglich der Risiken der Anwendung dieser Technologie geführt werden. Aufgrund der Erfahrungen mit der Einführung der Nanotechnologie konnten in dem Workshop wichtige allgemeine Voraussetzungen für eine aufgeschlossene Haltung der Gesellschaft gegenüber neuen Technologien identifiziert werden. So sollte beispielsweise die Bedeutung einer fundierten naturwissenschaftlich-technischen Ausbildung nicht unterschätzt werden. Nur eine technologieoffene Gesellschaft ist in der Lage, eine informierte und adäquate Entscheidung für oder gegen die Anwendung einer bestimmten Technologie zu treffen. In diesem Zusammenhang spielt auch der transparente und ehrliche Umgang mit den Ergebnissen einer wissenschaftlichen Begleitforschung eine wichtige Rolle.

4. Smart Home

Unter dem Begriff „Smart Home“ (intelligentes Haus) werden verschiedene informations- und kommunikationstechnische Verfahren und Anwendungen sowie deren Vernetzung in privaten Wohnhäusern zusammengefasst. So können beispielsweise bestimmte Elemente der Haustechnik (insbesondere Beleuchtung, Heizung), aber auch Haushaltsgeräte oder Unterhaltungselektronik miteinander verbunden und automatisch gesteuert werden. Interessant ist die Tatsache, dass diese Anwendungsmöglichkeit der IuK-Technologie grundsätzlich bereits seit Jahren ausgereift ist. Dennoch setzte sie sich auf dem Markt bislang noch nicht durch, obwohl die Vorteile angesichts gesellschaftlicher Herausforderungen wie Klimawandel oder demografische Entwicklung klar erkennbar scheinen. Offensichtlich wird der Nutzen als eher gering eingeschätzt. Zudem gibt es meist keine integrierten Lösungen, so dass der Verbraucher sich die Mühe machen muss, mit mehreren Anbietern zu verhandeln und deren Systeme in Kompatibilität zu bringen.



5. Technologieaufgeschlossenheit und Bildung

Da in allen vorangegangenen Veranstaltungen immer wieder die Bedeutung der Bildung hervorgehoben wurde, befasste sich der fünfte und letzte Expertenworkshop ausschließlich mit dieser Frage. Die Relevanz der Bildung zeigt sich dabei auf unterschiedliche Weise: So ist unter anderem die naturwissenschaftlich-technische Bildung für das Verständnis von neuen Technologien wichtig. Außerdem kann die Technologieaufgeschlossenheit einer Gesellschaft die Berufs- und Lebensplanung insbesondere von jungen Menschen beeinflussen. Deren Karriereentscheidungen wirken sich langfristig wiederum auf die Technologieaufgeschlossenheit der Gesellschaft aus.

Dabei haben die Schulen und Kindergärten eine zentrale Rolle bei der technischen Bildung. Entscheidend ist dabei, das Wissen über die modernen Technologien mit deren Rolle in der Gesellschaft und konkreten Anwendungsmöglichkeiten zu verbinden. Neben den Möglichkeiten, Lehrkräfte zu einer gelingenden Technikvermittlung im Unterricht zu motivieren und dabei zu unterstützen, wurde auch die Bedeutung der Einbindung anderer Akteure, beispielsweise über Unternehmenskooperationen, hervorgehoben und die Frage diskutiert, wie die Effektivität der zahlreichen MINT-Initiativen in Deutschland beurteilt und verbessert werden könnte.

Zentrale Ergebnisse und Handlungsempfehlungen

Nach Auswertung der Workshops sowie verschiedener Experteninterviews und der Beurteilung nationaler wie internationaler Studien wurden die daraus resultierenden Ergebnisse und Handlungsempfehlungen auf der Veranstaltung „Neue Technologien gehen uns alle an“ am 11.06.2014 im BMWi präsentiert.

Die Untersuchung kommt zu folgenden zentralen Ergebnissen:

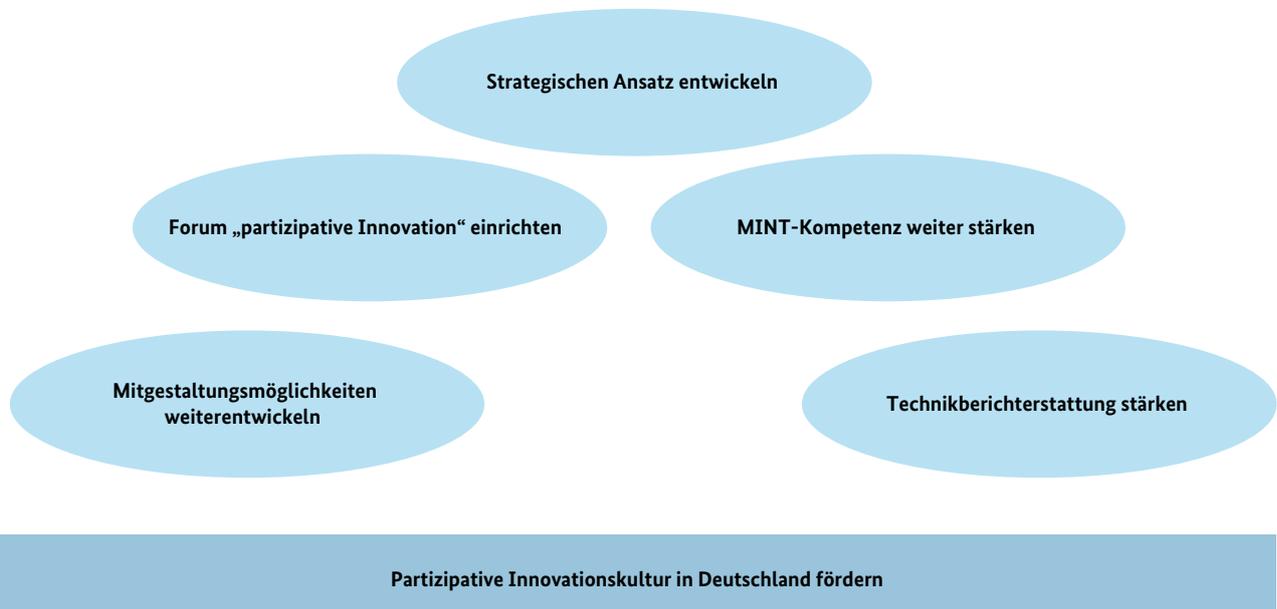
1. Die Einstellung der in Deutschland lebenden Menschen gegenüber neuen Technologien ist weder generell technikfeindlich noch pauschal verschlossen. Grundsätzlich sind die Menschen sachlichen Argumenten gegenüber aufgeschlossen, sofern sie einen substanziellen Nutzen durch eine neue Technologie wahrnehmen können.
2. Die Haltung der Menschen gegenüber einzelnen Technologien variiert teilweise beträchtlich. Dies zeigte beispielsweise die unterschiedliche Haltung der Menschen gegenüber dem Mobilfunk und der Gentechnik.
3. Auch wenn Technologieaufgeschlossenheit bei einer Mehrheit der Menschen grundsätzlich vorausgesetzt werden kann, so muss sie doch bei jeder aktuellen Technologie erneuert werden.
4. Die Workshop-Reihe zeigte, wie wichtig es ist, die Menschen „mitzunehmen“ und ihnen die Möglichkeit zu geben, die Anwendungsfelder der neuen Technologien mitzubestimmen und auch Forschungsthemen mitzugestalten. Nur so können Fragen, Vorschläge und Bedenken aufgenommen und in innovative Lösungen umgewandelt werden.

Basierend auf diesen Ergebnissen haben die Auftragnehmer eine Reihe spezifischer und konkreter Handlungsempfehlungen erarbeitet, welche sich an unterschiedliche Akteure richten. Diese lassen sich zu fünf zentralen Handlungsfeldern zusammenfassen:

1. Es sollte ein übergreifender strategischer Ansatz für die Förderung der Technologieaufgeschlossenheit in Deutschland entwickelt und sukzessive umgesetzt werden. Hierfür sollte zunächst ein Konzept für die Etablierung einer partizipativen Innovationskultur erarbeitet werden. Darunter ist zu verstehen, dass Bürger an den Forschungs- und Innovationsprozessen stärker beteiligt werden.
2. Für die organisatorische Umsetzung dieser Strategie wird die Einrichtung eines Forums „partizipative Innovation“ empfohlen. Dieses Forum soll das Thema vorantreiben, als deutlich sichtbarer Ansprechpartner dienen und einen einheitlichen Ansatz der Bundesregierung sichern.



Abbildung 3: Fünf Handlungsempfehlungen zur Förderung einer partizipativen Innovationskultur in Deutschland



Quelle: Technopolis Group Deutschland, F.A.Z.-Institut Innovationsprojekte

- Die Partizipationsmöglichkeiten interessierter Kreise am Forschungs- und Innovationsprozess sollten gefördert werden. Hier gilt es, erste Arbeiten über neue Formate der Mitgestaltung weiterzutreiben, zu testen und erfolgreiche Modelle in die Breite der Wirtschaft und Forschung zu tragen.
- Bestehende MINT-Initiativen sollten systematisch weiterentwickelt und um den Aspekt der Technologieaufgeschlossenheit ergänzt sowie die Zusammenarbeit zwischen Schulen und Unternehmen unterstützt werden.
- Die Qualität der Technikberichterstattung sollte verbessert und die Kapazitäten im Wissenschaftsjournalismus gestärkt werden. Dazu sollte nach Einschätzung der Experten auch die Gründung eines Science Media Centers durch die Bundesregierung flankiert werden.

Ausblick

Mit dem Projekt des BMWi konnte der Handlungsbedarf bei maßgeblichen Bestimmungsfaktoren der Technologieaufgeschlossenheit identifiziert und adressiert werden. Dabei stand im Fokus, wie es gelingen kann, diese Ergebnisse in konkrete Aktivitäten umzusetzen. Deutlich wurde, dass es dabei entscheidend auf das Zusammenspiel und den Austausch zwischen verschiedenen Akteuren ankommt (Unternehmen und deren Verbände, Wissenschaftseinrichtungen, Medien und Bildungseinrichtungen entlang der gesamten Bildungskette sowie Politik und Verwaltung). Mit dem Zusammentreffen verschiedener Akteure in den Workshops wurde hierzu ein erster Anfang gemacht.

Die komplette Begleitstudie zum Projekt wird im Laufe des Monats August veröffentlicht.



Mehr Informationen finden Sie hier:
<http://bit.ly/1ApmDK7>

Kontakt: Wolfgang Crasemann
 Referat: Grundsatzfragen der nationalen und internationalen Technologie- und Innovationspolitik

Fördercontrolling – Planung und Steuerung von Fördermaßnahmen vor dem Hintergrund internationaler Entwicklungen

Die Frage, ob Mittel für Fördermaßnahmen zielgerichtet, effektiv und effizient eingesetzt werden, gewinnt immer mehr an Aktualität und politischer Bedeutung. Sie wird im Deutschen Bundestag regelmäßig thematisiert. Die EU-Kommission macht zunehmend verbindliche Vorgaben zur Evaluation von Fördermaßnahmen. Die Bundeshaushaltsordnung enthält konkrete Regelungen zur Untersuchung der Wirtschaftlichkeit und des Erfolgs von finanzwirksamen Maßnahmen.



Vor diesem Hintergrund wird hier dargestellt, in welchem europäischen bzw. internationalen Kontext und auf Basis welcher nationaler rechtlicher Regelungen ein Controlling von Fördermaßnahmen im Bundesministerium für Wirtschaft und Energie umgesetzt wird.

1. Zum Kontext nationaler Förderpolitik

Angesichts knapper werdender öffentlicher Kassen und der Diskussion um die Verwendung oder auch Verschwendung von Fördergeldern kommt der Untersuchung von Wirtschaftlichkeit und Erfolg von Fördermaßnahmen – für die vielfach auch der Begriff der Evaluation verwendet wird –

ein immer stärkeres Gewicht sowohl im nationalen wie auch internationalen Rahmen zu:

Die „Schuldenregel“ gibt seit 2011 für den Bund einen verbindlichen Abbaupfad für das Haushaltsdefizit vor. Ab 2016 wird dadurch die strukturelle (also die nicht durch konjunkturelle Einflüsse und finanzielle Transaktionen bedingte) jährliche Nettokreditaufnahme des Bundes auf höchstens 0,35 Prozent des Bruttoinlandsprodukts begrenzt. Die Finanzierung staatlicher Maßnahmen über neue Schulden wird dadurch erschwert. Eine höhere Zielgenauigkeit und Wirtschaftlichkeit bestehender, aber insbesondere auch neuer Förderprogramme ist also gefordert.

Schuldenbremse Bund Defizitgrenze ab 2016

0,35 % des BIP

Im Deutschen Bundestag besteht ein breiter Konsens über Fraktionsgrenzen hinweg, dass kontinuierlich geprüft werden soll, ob mit staatlichen Fördermaßnahmen auch die angestrebten Ziele erreicht werden. Die von Bundesminister Sigmar Gabriel angekündigte Initiative, die wirtschaftspolitischen Förderprogramme des Ministeriums auf der Basis von Evaluationsergebnissen klar und effektiv auszugestalten, trifft auf breite politische Zustimmung.

Auf europäischer und internationaler Ebene gewinnt die Frage nach der Zielerreichung einer Maßnahme ebenso zunehmend an Bedeutung.



- Für Maßnahmen, die mit Mitteln des Europäischen Sozialfonds (ESF) gefördert werden, werden mit der neuen Förderperiode 2014–2020 neben den bisherigen Output-Indikatoren auch Ergebnisindikatoren mit Zielwerten eingeführt. Bei Zielverfehlungen kann es künftig sogar zur Einbehaltung von Finanzmitteln sowie Rückzahlungen kommen. Die aktive Programmsteuerung gewinnt daher erheblich an Bedeutung.

- Auch der beihilferechtliche Rahmen hat sich verändert. Aktuell werden erstmalig Regelungen zur Evaluation für die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ (GRW) mit der Europäischen Kommission verhandelt. Da es sich um eine Fördermaßnahme mit einem Volumen von über 150 Millionen Euro jährlich handelt, verlangt die Europäische Kommission auf Basis der im Juli 2014 in Kraft getretenen Allgemeinen Gruppenfreistellungsverordnung (AGVO) einen verbindlichen Evaluationsplan, der von ihr genehmigt werden muss.

- Im Bereich der Förderung von Forschung und Entwicklung durch die EU-Kommission wird derzeit erörtert, dass Evaluationen verpflichtend für Maßnahmen vorgeschrieben werden, „die ein größeres Budget umfassen und neuartige Merkmale beinhalten, oder für Fälle, in denen signifikante marktbezogene, technische oder rechtliche Veränderungen erwartet werden“. Evaluationen sollen der Kommission rechtzeitig vor der geplanten Verlängerung zugehen und der Nachweis ihrer Wirksamkeit soll durch strenge Auswertungen vergleichbarer früherer Beihilfemaßnahmen erbracht werden.

- Folgt man dem neuesten Berichtsentwurf des Komitees für Forschungs- und Technologiepolitik bei der OECD (Juni 2013) zu „Science, Technology and Industry“, so gelten Monitoring und Evaluation über Ländergrenzen hinweg als Schlüsselemente moderner staatlicher Technologie und Innovationsförderung. Evaluationen haben in den vergangenen Jahren in vielen Mitgliedsstaaten zunehmend an Bedeutung für die Ausgestaltung von FuE-Förderung gewonnen. Dabei hat die Bildung von Kontrollgruppen vor allem in Großbritannien und den Niederlanden an Relevanz gewonnen. Im angelsächsischen Raum ist zudem die Tendenz zu beobachten, bei Evaluationen verstärkt auf staatliche Daten und Datenbanken zurückzugreifen – auch um die Kosten von Evaluierungsstudien zu begrenzen.



WEITERE INFORMATIONEN:

→ http://bit.ly/BMWi_SAM

→ http://bit.ly/SAM_Evaluation

Die Wissenschaft betont die Notwendigkeit von unabhängigen Evaluationen als Grundlage für eine evidenzbasierte Wirtschaftspolitik

International betrachtet haben sich die empirisch-kausal-analytischen Forschungsmethoden in den letzten Jahrzehnten weiterentwickelt und die Verfügbarkeit von Mikrodaten hat sich verbessert. Allerdings werden in Deutschland die Möglichkeiten der modernen Wirkungsforschung in der Evaluation wirtschaftspolitischer Fördermaßnahmen derzeit noch nicht ausreichend ausgeschöpft.

- ▶ Vor diesem Hintergrund hat der Wissenschaftliche Beirat des BMWi im September 2013 das Gutachten „Evaluierung wirtschaftspolitischer Fördermaßnahmen als Element einer evidenzbasierten Wirtschaftspolitik“ veröffentlicht. Im Zentrum des Gutachtens stehen die Fragen nach Effektivität und Effizienz wirtschaftspolitischer Maßnahmen, d.h. erreicht eine Maßnahme ihr Ziel? Und welche Maßnahme erreicht ein Ziel zu geringstmöglichen Kosten? Was wäre passiert, wenn die Maßnahme nicht gefördert worden wäre? Im Gutachten vertritt der Beirat die These, dass Aussagen über die ursächliche Wirkung der Förderung für die Ausgestaltung staatlicher Fördermaßnahmen unabdingbar sind und ein notwendiges Element der Ordnungspolitik darstellen.
- ▶ Auch im neuesten Gutachten (2014) der Expertenkommission für Forschung und Innovation bei der Bundesregierung wird deutlich, welcher zunehmende Stellenwert einer unabhängigen, evidenzbasierten Evaluation beigemessen wird. Wissenschaftlich valide Wirkungsanalysen innovationspolitischer Maßnahmen gelten als eine wichtige Grundlage für fundierte wirtschaftspolitische Entscheidungen. Sie helfen insbesondere, eine Maßnahme so zu gestalten, um die gewünschte Wirkung mit einem günstigen Mitteleinsatz zu erzielen. Für Deutschland wird in diesem Bereich noch Entwicklungsbedarf gesehen.

„Die entscheidende Herausforderung der Evaluierung besteht darin zu bestimmen, was geschehen wäre, wenn die zu evaluierende Maßnahme nicht durchgeführt worden wäre.“

Wissenschaftlicher Beirat des BMWi, Gutachten „Evaluierung wirtschaftspolitischer Fördermaßnahmen als Element einer evidenzbasierten Wirtschaftspolitik“, Sept. 2013, S. 14

2. Wirtschaftlichkeitsuntersuchung und Erfolgskontrolle nach § 7 Abs. 2 BHO – der Ansatz der Bundeshaushaltsordnung

In Deutschland hat der Gesetzgeber in der Bundeshaushaltsordnung die Erfolgskontrolle politikfeldübergreifend und für alle finanzwirksamen Maßnahmen definiert. Die Bundeshaushaltsordnung orientiert sich grundsätzlich an zwei Prinzipien:

- ▶ Minimalprinzip: mit möglichst wenig Mitteln ein bestimmtes Ziel zu erreichen
- ▶ Maximalprinzip: mit einem gegebenen Mittelvolumen möglichst viel zu erreichen

Nach § 7 Abs. 2 Bundeshaushaltsordnung i.V.m. Nr. 2 der dazugehörigen Verwaltungsvorschrift sollen angemessene Wirtschaftlichkeitsuntersuchungen für alle finanzwirksamen Maßnahmen durchgeführt werden. Dabei werden grundsätzlich zwei Phasen unterschieden: Planung und Erfolgskontrolle.

Planung

In der Planungsphase einer Maßnahme werden die Grundlagen der späteren Erfolgskontrolle gelegt. Die Bundeshaushaltsordnung gibt der Verwaltung genaue Hilfestellungen, welche Fragen in diesem Zusammenhang zu analysieren sind. Zunächst dürfen nur Maßnahmen gefördert werden, für die ein erhebliches Bundesinteresse besteht. Wird dies bejaht, so muss eine Wirtschaftlichkeitsuntersuchung erstellt werden, die in der Planungsphase mindestens Aussagen zu folgenden Teilaspekten enthält:

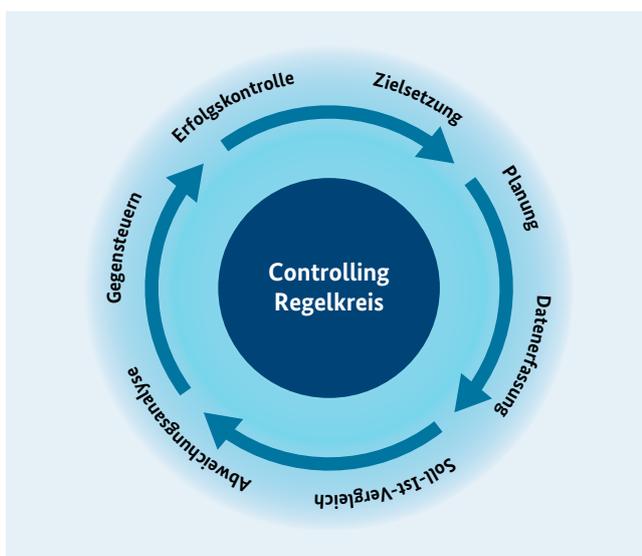
- ▶ Analyse der Ausgangslage und des Handlungsbedarfs,
- ▶ Ziele, Prioritätsvorstellungen und mögliche Zielkonflikte,
- ▶ relevante Lösungsmöglichkeiten und methodenabhängig die damit verbundenen Einnahmen und Ausgaben bzw. deren Nutzen und Kosten (einschließlich Folgekosten), auch soweit sie nicht in Geldeinheiten auszudrücken sind,

- ▶ finanzielle Auswirkungen auf den Haushalt,
- ▶ Eignung der einzelnen Lösungsmöglichkeiten zur Erreichung der Ziele unter Einbeziehung der rechtlichen, organisatorischen und personellen Rahmenbedingungen unter Berücksichtigung der Risiken und der Risikoverteilung,
- ▶ Zeitplan für die Durchführung der Maßnahme,
- ▶ Kriterien und Verfahren für Erfolgskontrollen.

§ 7 Abs. 2 Satz 1 und 2 BHO – „Für alle finanzwirksamen Maßnahmen sind angemessene Wirtschaftlichkeitsuntersuchungen durchzuführen. Dabei ist auch die mit den Maßnahmen verbundene Risikoverteilung zu berücksichtigen.“

Erfolgskontrolle

Die Erfolgskontrolle ist ein systematisches Prüfverfahren, das ebenfalls durch die Bundeshaushaltsordnung vorgegeben ist. Sie dient dazu, zu geeigneten Zeitpunkten während der Durchführung sowie nach Abschluss der Maßnahme festzustellen,



- ▶ ob und in welchem Maße die angestrebten Ziele erreicht wurden (Zielerreichungskontrolle). Durch einen Vergleich der geplanten Ziele mit der tatsächlich erreichten Zielerreichung (Soll-Ist-Vergleich) wird festgestellt, welcher Zielerreichungsgrad zum Zeitpunkt der Erfolgskontrolle gegeben ist. Die Ergebnisse sind auch Ausgangspunkt von Überlegungen, ob die vorgegebenen Ziele nach wie vor Bestand haben sollen.
- ▶ ob die Maßnahme ursächlich für die Zielerreichung war (Wirkungskontrolle). Es wird untersucht, ob die Maßnahme für die Zielerreichung geeignet und ursächlich war. Hierbei sollen alle beabsichtigten und unbeabsichtigten Auswirkungen der durchgeführten Maßnahme ermittelt werden.
- ▶ ob die Maßnahme wirtschaftlich war (Wirtschaftlichkeitskontrolle). Es wird untersucht, ob der Vollzug der Maßnahme im Hinblick auf den Ressourcenverbrauch (Vollzugswirtschaftlichkeit) und auf übergeordnete Zielsetzungen insgesamt wirtschaftlich war (Maßnahmenwirtschaftlichkeit).

Abschließende Erfolgskontrollen sind für alle Maßnahmen – unabhängig von deren Laufzeit – durchzuführen. Bei allen Maßnahmen, die sich über mehr als zwei Jahre erstrecken, müssen auch begleitende Erfolgskontrollen durchgeführt werden. Sie sollen vor dem Hintergrund ökonomischer, gesellschaftlicher und technischer Veränderungen die notwendigen Informationen liefern, um zu entscheiden, ob und wie eine Maßnahme weitergeführt werden soll. Die konkreten Zeitpunkte werden individuell festgelegt, je nachdem zu welchen Zeitpunkten abgrenzbare (Teil-)Ergebnisse zu erwarten sind.

Die gesetzlichen Vorgaben für Wirtschaftlichkeitsuntersuchungen sind sehr konkret. Planung und Erfolgskontrolle folgen einer strengen Systematik.

Mit der Erfolgskontrolle soll während und nach einer Maßnahme festgestellt werden können,

- ▶ ob und in welchem Maße die angestrebten Ziele erreicht wurden (Zielerreichungskontrolle),
- ▶ ob die Maßnahme ursächlich für die Zielerreichung war (Wirkungskontrolle) und
- ▶ ob die Maßnahme wirtschaftlich war (Wirtschaftlichkeitskontrolle).

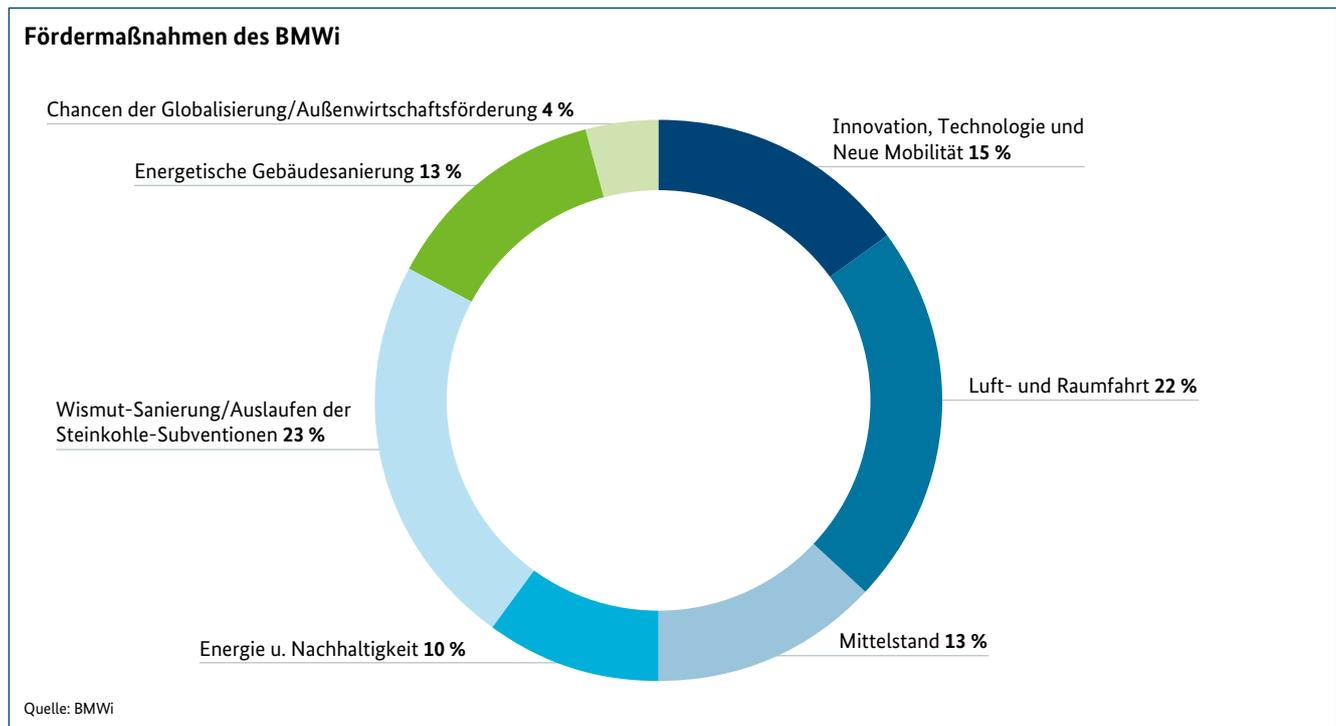
3. Fördercontrolling im Bundesministerium für Wirtschaft und Energie – ein Instrument für Politikgestaltung

Wirtschaftlichkeitsuntersuchungen, wie sie in der Bundeshaushaltsordnung verankert sind, sind kein Selbstzweck und keine Pflichtübung. Vielmehr sind sie ein Instrument für Politikgestaltung. Und sie sollen so genutzt werden, dass

1. Planung, Steuerung und Erfolgskontrolle von Fördermaßnahmen mit einheitlich gutem Standard durchgeführt werden und

2. Regierung und Parlament über die notwendigen Informationen verfügen, um Entscheidungen hinsichtlich der Weiterführung oder Umsteuerung von Maßnahmen zu treffen.

Im BMWi werden 2014 rund 6,7 Milliarden Euro an Fördermitteln ausgereicht. Das Ministerium verfügt über ein außerordentlich breites und vielfältiges Spektrum von Fördermaßnahmen. Sie reichen von klassischen Zuschüssen und institutionellen Zuwendungen über Darlehen und Bürgschaften bis hin zu Aufträgen. Fördermaßnahmen werden regelmäßig evaluiert. Sie verteilen sich auf die verschiedenen Politikfelder wie folgt:





Vor diesem Hintergrund ist die Untersuchung von Erfolg und Wirtschaftlichkeit von Fördermaßnahmen für das BMWi von besonders hoher Bedeutung. Das Fördercontrolling wird hierfür einen einheitlichen Rahmen schaffen.



Politikgestaltung durch Planung und Steuerung von Fördermaßnahmen

Im BMWi sollen Wirtschaftlichkeitsuntersuchung und Erfolgskontrolle im Rahmen des so genannten Fördercontrollings umgesetzt werden. Mit dem Begriff „Fördercontrolling“ soll die Dynamik des Planungs- und Steuerungsprozesses in den Mittelpunkt gestellt werden. Gleichzeitig orientiert sich das Fördercontrolling sehr eng an den Vorgaben der Bundeshaushaltsordnung. Planung, Information und Steuerung im Zusammenhang mit Fördermaßnahmen sollen transparent und nach einheitlich hohen Standards umgesetzt werden und so wichtige Voraussetzungen für politische Entscheidungen schaffen.

In einem ersten Schritt wird im BMWi seit 2012 das Controlling von Großprojekten durchgeführt. Großprojekte sind Projekte, die mehr als 20 Millionen Euro Gesamtmittel aus dem Einzelplan 09 oder Sondervermögen, die zum Geschäftsbereich des BMWi gehören, umfassen. Halbjährlich werden der Leitung des Hauses und den Abteilungen Fördercontrolling-Berichte zur Verfügung gestellt. Sie informieren über den aktuellen Stand der jeweiligen Projekte und zeigen frühzeitig Handlungsbedarfe auf. Neben den Basisdaten werden Aussagen zu Finanzierung, Laufzeit, Projektfortschritt und Risiken getroffen. Seit Juni 2014 unterliegen alle finanzwirksamen Maßnahmen dem Fördercontrolling. Alle gesetzlichen Anforderungen der Bundeshaushaltsordnung werden darin abgebildet.

Auf dieser Basis können relevante Informationen für die strategische Steuerung der Fördermaßnahmen in verschiedenen Politikfeldern ausgewertet und als Entscheidungsgrundlage für die Gestaltung von wirtschafts- und energiepolitischen Maßnahmen genutzt werden.

Der Bundesrechnungshof hat 2013 die Praxis der Erfolgskontrolle im Bundesministerium geprüft

2013 hat der Bundesrechnungshof anhand von 20 ausgewählten Förderprogrammen geprüft, wie die nach der Bundeshaushaltsordnung vorgeschriebene Erfolgskontrolle in der Praxis des BMWi durchgeführt wird. Im Rahmen seiner Prüfung sprach er Empfehlungen für eine weitere Verbesserung und Weiterentwicklung der Erfolgskontrolle aus. Insbesondere regte er an, Ziele und Vorgaben zur Zielerreichung präziser als bisher im Rahmen von Fördermaßnahmen vorzugeben.

Die Förderlandschaft des BMWi ist aus fachlichen Überlegungen heraus, aber auch wegen mehrerer organisatorischer Umstrukturierungen (ehemalige Programme aus den Bundesministerien für Arbeit und Soziales, für Bildung und Forschung sowie für Umwelt) in der Praxis nicht einheitlich, nicht nur bezüglich der Definition und Messung der Förderziele, sondern auch hinsichtlich der praktizierten Verfahren und Methoden, einschließlich der Erfolgskontrolle. Eine einheitlichere Handhabung der Erfolgskontrolle und die Orientierung der Fördermaßnahmen an realistischen und nachvollziehbaren Zielen ist daher ein Ziel weiterer Reformen der Fördermaßnahmen des BMWi.

Ausblick

Mit dem Fördercontrolling wird nun ein einheitlicher Rahmen geschaffen, um die (gesetzlichen) Anforderungen an eine Kontrolle von Wirtschaftlichkeit und Erfolg von Fördermaßnahmen erfüllen zu können. Im Kern geht es dabei immer um die Frage, ob Mittel zielgerichtet, effektiv und effizient eingesetzt werden und ob dieser Einsatz von Mitteln systematisch geprüft wird.

Systematisierte Analysen über Zielerreichung, Wirkung und Wirtschaftlichkeit können eine wichtige Grundlage für fundierte wirtschaftspolitische Entscheidungen auf fachlicher und auf politischer Ebene sein. Fragen nach der Effizienz und Effektivität von Fördermaßnahmen ebenso wie nach Überschneidungen oder Lücken in der Förderlandschaft können besser beantwortet werden. Zielgruppen sowie strategische Kooperationen und Partnerschaften können besser anvisiert werden. Die Struktur der Wirtschaftsförderung kann insgesamt besser gesteuert und in das wirtschaftspolitische Gesamtkonzept der Regierung integriert werden.

Kontakt: Dr. Ute Hörrmann
Referat: Haushalt, Fördercontrolling, Evaluation

Start des EEG-Anlagenregisters



Bundestag und Bundesrat haben die Reform des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) beschlossen. Das EEG 2014 wird damit am 1. August 2014 in Kraft treten. Unmittelbar im Anschluss wird das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie die Anlagenregisterverordnung erlassen und die Bundesnetzagentur den Betrieb des Anlagenregisters aufnehmen. Das Anlagenregister ist ein wichtiger Baustein für die Umsetzung des novellierten EEG. Mit ihm wird es zukünftig an zentraler Stelle aktuelle und valide Informationen über sämtliche Erneuerbare-Energien-Anlagen in Deutschland geben.

Ein wesentliches Ziel des Anlagenregisters ist es, das EEG und mit ihm die Transformation des Energiesystems für die Öffentlichkeit transparenter zu machen.

Gesicherte Erkenntnisse über den tatsächlichen Zubau und anlagenscharfe Daten wie den genauen Standort, die eingesetzten Energieträger und technische Parameter der

Anlagen bringen Vorteile auf allen Ebenen des Energieversorgungssystems. Die neuen Ausbaukorridore für Windenergie an Land und Biomasse hinterlegt das Anlagenregister mit der notwendigen Datengrundlage, indem es Inbetriebnahmen, Erweiterungen und Stilllegungen der Anlagen erfasst. So werden die Fördersätze bei diesen Energieträgern künftig danach bestimmt, wie hoch der Zubau innerhalb eines Jahres war. Dank der anlagenscharfen Daten wird der Ausbau der erneuerbaren Energien für alle Akteure planbarer. Die lokalen Netzbetreiber erhalten aus dem Anlagenregister wichtige Informationen für den stabilen Betrieb ihrer Netze. Die vorgelagerten Übertragungsnetzbetreiber können schneller und in besserer Qualität als bislang auf Daten zugreifen, die sie für den Stromtransport und die Vermarktung der Mengen der erneuerbaren Energien benötigen. Das Monitoring der Energiewende und die Evaluierung des EEG profitieren ebenfalls von den zentral erfassten und qualitätsgeprüften Daten.

Mit der wachsenden Bedeutung der erneuerbaren Energien für die Energieversorgung steigt auch das Informationsbedürfnis der Bürgerinnen und Bürger. Um dem gerecht zu werden, wird die Bundesnetzagentur die registrierten Daten in anonymisierter Form im Internet veröffentlichen und mindestens monatlich aktualisieren. Bürgerinnen und Bürger können so die Entwicklung der erneuerbaren Energien an zentraler Stelle verfolgen und ohne großen Aufwand erfahren, wie die Energiewende z. B. bei ihnen vor Ort umgesetzt wird. Dabei wird die Bundesnetzagentur sämtliche Standortangaben georeferenzieren, so dass eine Vernetzung mit einer Vielzahl anderer raumbezogener Daten möglich ist.

Dem Anlagenbetreiber kommt vom Start des EEG-Anlagenregisters an eine Schlüsselrolle zu. Er muss die Informationen melden, damit sie den Marktakteuren und der Öffentlichkeit zur Verfügung gestellt werden können. Wer ab 1. August 2014 eine Anlage neu in Betrieb nimmt, muss sie daher im Anlagenregister registrieren lassen. Die Registrierung ist zugleich Voraussetzung, um eine Förderung der Anlage nach dem EEG zu erhalten. Für die Betreiber bereits existierender Anlagen besteht grundsätzlich keine Registrierungspflicht. Die Bundesnetzagentur wird nach Aufnahme des Registerbetriebs diese Anlagen aus existierenden Datensätzen ergänzen, um ein möglichst vollständiges Bild der erneuerbaren Energien in Deutschland zu zeichnen. Ergänzend zur amtlichen Erfassung der Bundesnetzagentur sind Betreiber von Bestandsanlagen ausnahmsweise meldepflichtig, wenn sie wesentliche Änderungen an der Anlage wie z. B. eine Stilllegung der Anlage oder deren Erweiterung vornehmen. Im Ergebnis wird nicht nur die Verfügbarkeit der Datensätze, sondern auch die Qualität der Informationen über den Anlagenbestand erhöht.



Das EEG-Anlagenregister stellt einen ersten Schritt auf dem Weg zu einem umfassenden Register dar, das neben Erneuerbare-Energien-Anlagen auch die Stammdaten von konventionellen Erzeugungsanlagen, Stromspeichern sowie steuerbaren Verbrauchseinrichtungen erfassen und damit zu einer zentralen „Datendrehscheibe“ der Energiewende werden soll. Ein wesentliches Ziel eines solchen Gesamtanlagenregisters ist dabei, die Vielzahl bereits existierender Meldepflichten zu konsolidieren und so den Bürokratieaufwand für Erzeuger, Netzbetreiber und Versorgungsunternehmen zu reduzieren. Eine entsprechende Verordnungsermächtigung im Energiewirtschaftsgesetz wurde ebenfalls mit der EEG-Novelle 2014 eingeführt.



Mehr Informationen zum EEG
finden Sie hier:

<http://bit.ly/1thqywL>

Kontakt: Jens Lukas
Referat: Übergreifendes Energierecht,
Erneuerbare-Energien-Gesetz

II. Wirtschaftliche Lage

Internationale Wirtschaftsentwicklung

Weltwirtschaft: Moderates Wachstum im Jahresverlauf.

Die Weltkonjunktur entwickelt sich aktuell mit einer insgesamt moderaten Grunddynamik.¹ Im ersten Quartal dieses Jahres hatte sich das Wachstum der Weltwirtschaft spürbar verlangsamt. Dies war vor allem auf die Abschwächung der US-Wirtschaft im Verlauf des außergewöhnlich kalten Winters zurückzuführen, aber auch auf die insgesamt gedämpftere Entwicklung in den Schwellenländern. Der Anstieg des CPB-Produktionsindex für die Weltindustrieproduktion im April um 0,2% deutet aber darauf hin, dass sich die Aufwärtstendenz der Weltkonjunktur vorerst in recht moderatem Tempo fortsetzt. Die maßgeblichen konjunkturellen Impulse kommen dabei weiterhin aus den Industriestaaten, allen voran den USA. Das Expansions-tempo dieser Länder dürfte sich allerdings zunächst kaum nennenswert beschleunigen. Dies signalisiert der Composite Leading Indicator für die OECD-Länder, der sich seit November 2013 auf hohem Niveau bis zuletzt im Mai in etwa seitwärts bewegt. Die Wachstumsdynamik in den Schwellenländern bleibt voraussichtlich angesichts weiterhin bestehender struktureller Probleme und zunehmend verschlechterter Finanzierungsbedingungen vergleichsweise gedämpft. Vor diesem Hintergrund rechnen OECD, IWF und Weltbank für das Jahr 2014 mit einem Anstieg

des Welt-BIP zwischen 3,4% und 3,6%. Hierin ist allerdings der Rückgang des US-BIP im ersten Quartal noch nicht berücksichtigt. Für das Jahr 2015 wird eine Verstärkung des Wachstums auf 3,9% bis 4,0% erwartet. Große Abwärtsrisiken bleiben allerdings bestehen.

USA: Beschleunigung der Wirtschaftsaktivität nach schwachem ersten Quartal.

Die US-Wirtschaft wächst mit einer soliden Grunddynamik. Der Rückgang des BIP im ersten Quartal um 0,7% war vornehmlich auf witterungsbedingte Produktionsbehinderungen zurückzuführen. Nachholeffekte sorgen aber bereits wieder für eine Beschleunigung der wirtschaftlichen Aktivität. So erhöhte sich die Industrieproduktion im zweiten Quartal bereits wieder um 1,3%. Anhaltend günstige Finanzierungsbedingungen stimulieren die Investitionen. Positive Signale kommen auch vom Arbeitsmarkt, wo sich die Zahl der neu geschaffenen Stellen außerhalb der Landwirtschaft im Juni um 288.000 erhöhte. Gleichzeitig sank die saisonbereinigte Arbeitslosenquote auf 6,1%. Die Auftragseingänge in der Industrie gingen im Mai zwar etwas zurück, im Trend ist die Bestelltätigkeit aber deutlich aufwärtsgerichtet. Das ISM-Geschäftsklima in der Industrie schwächte sich nach spürbarer Verbesserung seit Beginn dieses Jahres im Juni allerdings erstmals wieder leicht ab. Der Anstieg der Verbraucherpreise beschleunigte sich im Mai weiter leicht auf eine Jahresrate von 2,1%. Der IWF hat in seiner jüngsten Prognose von Mitte Juli das BIP-Wachstum für 2014 auf +1,7% gesenkt. Die Prognose für das Jahr 2015 beließ er unverändert bei +3,0%.

Japan: Signale für Erholung nach gedämpftem zweiten Quartal.

Das japanische BIP hatte sich im ersten Quartal, begünstigt durch Vorzieheffekte wegen der Verbrauchsteueranhebung im April, stark beschleunigt um 1,6% erhöht. Die Steuererhöhungen dürften das Wachstum im zweiten Quartal allerdings spürbar dämpfen, was auch im Rückgang des Business Condition Index im TANKAN-Bericht der Bank von Japan zum Ausdruck kommt. Allerdings gibt es auch Anzeichen dafür, dass diese Dämpfung überwunden wird: Die Industrieproduktion legte im Mai wieder leicht zu (+0,7%). Die

Industrieproduktion International
(Volumenindex 2010 = 100, saisonbereinigt)



Quellen: Eurostat, Fed, Japanese MITI, eigene Berechnung

¹ In diesem Bericht werden Daten verwendet, die bis zum 18. Juli 2014 vorlagen.

Internationale Wirtschaftsentwicklung

Bruttoinlandsprodukt

Veränderung gegen Vorzeitraum (preis- und saisonbereinigt)

	2013 Q1	2013 Q2	2013 Q3	2013 Q4	2014 Q1
Euroraum	-0,2	0,3	0,1	0,3	0,2
USA	0,3	0,6	1,0	0,7	-0,7
Japan	1,3	0,7	0,3	0,1	1,6

Arbeitslosenquote

Abgrenzung nach ILO (saisonbereinigt)

	Feb.	März	April	Mai	Juni
Euroraum	11,7	11,7	11,6	11,6	-
USA	6,7	6,7	6,3	6,3	6,1
Japan	3,6	3,6	3,6	3,5	-

Verbraucherpreise

Veränderung gegen Vorjahreszeitraum (Ursprungswerte)

	Feb.	März	April	Mai	Juni
Euroraum	0,7	0,5	0,7	0,5	0,5
USA	1,1	1,5	2,0	2,1	-
Japan	1,5	1,6	3,4	3,7	-

Quellen: Eurostat, OECD, Macrobond

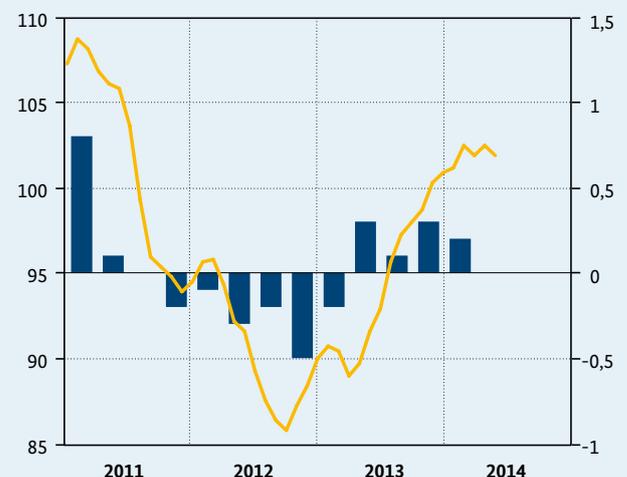
Bestelltätigkeit hat sich in den ersten Monaten des zweiten Quartals deutlich belebt. Bei kräftigen Schwankungen in den Einzelmonaten lagen die Auftragseingänge in der Industrie im April/Mai deutlich über dem Monatsdurchschnitt im ersten Quartal (+15,9%). Andererseits schwächte sich der ESRI Composite Leading Indicator im Mai den vierten Monat in Folge ab. Fiskalpolitische Impulse wie die geplante Senkung der Gewerbesteuer sollen für eine anhaltende Belebung der Investitionen sorgen. Das Konsumentenvertrauen konnte sich im zweiten Quartal wieder spürbar erholen. Die Jahresrate der Verbraucherpreise erhöhte sich aufgrund der Steuererhöhung weiter auf 3,7%. Die Aussichten für eine Fortsetzung der konjunkturellen Erholung bleiben damit insgesamt günstig. Die OECD rechnet für die Jahre 2014 und 2015 mit einem BIP-Wachstum von jeweils 1,2%.

Euroraum: Zögerliche Erholung bei weiterhin deutlichen regionalen Unterschieden.

Die Erholung im Euroraum kommt weiterhin nur zögerlich voran. Das BIP nahm im ersten Quartal 2014 weiter leicht zu (+0,2%), nach +0,3% im Jahresschlussquartal 2013. Die Konjunktur in den einzelnen Ländern entwickelt sich aber nach wie vor recht heterogen. Während Deutschland als größter Wirtschaftsraum der Eurozone im ersten Quartal einen deutlichen Wachstumsschub verbuchen konnte, stag-

nierte das BIP in anderen großen Ländern wie Frankreich und Italien. In Finnland und insbesondere in den Niederlanden ging die gesamtwirtschaftliche Leistung sogar deutlich zurück. Aus dem Kreis der südlichen Krisenländer konnte nur Spanien einen BIP-Zuwachs vermelden. Konjunkturell dämpfend wirken in den Krisenländern die Maßnahmen zur Konsolidierung der öffentlichen Haushalte, vergleichsweise hohe Realzinsen und die angespannten Kreditbedingungen. Insgesamt bleibt die konjunkturelle Erholung im Euroraum damit weiterhin recht fragil. Die Industrieproduktion im Euroraum schwächte sich im Mai wieder ab (-1,1%), nachdem sie sich im April um 0,7% erhöht hatte. Der Economic Sentiment Indicator bewegte sich im zweiten Quartal in etwa seitwärts. Die Jahresrate der Verbraucherpreise verharrte im Juni bei +0,5%. Die EU-Kommission rechnet ebenso wie die OECD in ihrer aktuellen Prognose für das Gesamtjahr 2014 mit einem BIP-Wachstum im Euroraum von +1,2%. Für das Jahr 2015 erwartet sie ein Wachstum von +1,7%.

Eurozone: BIP und Economic Sentiment (saisonbereinigt)



— Economic Sentiment Indicator, Salden (linke Skala)
 ■ BIP Eurozone, Veränderung gegen Vorquartal in % (rechte Skala)

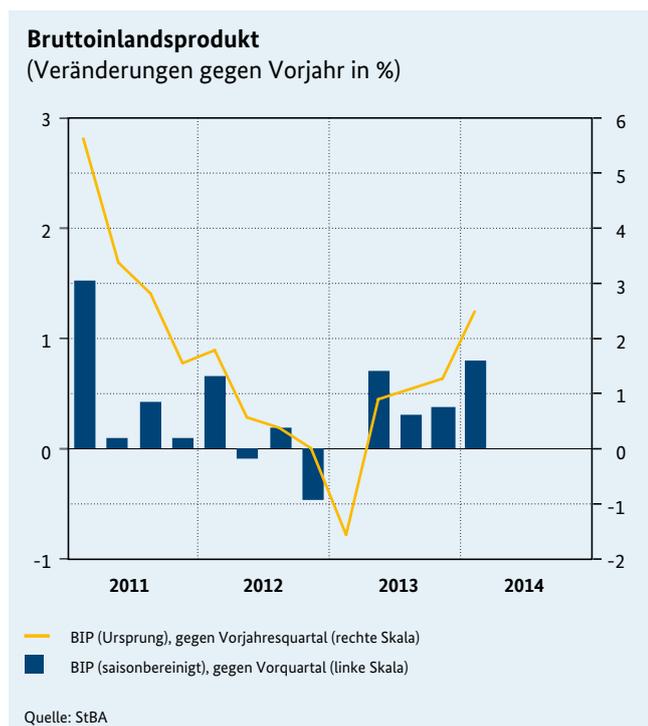
Quellen: Eurostat, Europäische Kommission

Wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland

1. Gesamtwirtschaft

Fortsetzung des Aufschwungs nach schwächerem zweiten Quartal.

Nach einem wachstumsstarken Jahresbeginn verläuft die Entwicklung der deutschen Wirtschaft im zweiten Quartal nur gedämpft.² Eine schwache Frühjahrsbelebung war als Gegenreaktion auf den milden Winter bereits erwartet worden. Hinzu kamen aber neue geopolitische Unwägbarkeiten. So hat der Ukraine-Konflikt zu einer gewissen Verunsicherung und damit Zurückhaltung bei unternehmerischen Entscheidungen beigetragen. Nach dem ifo Konjunkturtest berichteten einige Unternehmen von tatsächlichen und noch zu erwartenden Beeinträchtigungen ihrer Geschäftsbeziehungen zu Russland. Nicht zuletzt deshalb dürften sich auch die einschlägigen Stimmungsindikatoren etwas eingetrübt haben. Sie befinden sich aber weiterhin auf überdurchschnittlichem Niveau und deuten nicht auf eine konjunkturelle Trendwende hin. Dies spricht dafür, dass die vor allem aus der schwächeren Frühjahrsbelebung resultierenden Bremseffekte voraussichtlich auslaufen und sich der Aufschwung nach einem schwächeren zweiten Quartal mit der erwarteten Dynamik fortsetzen dürfte.

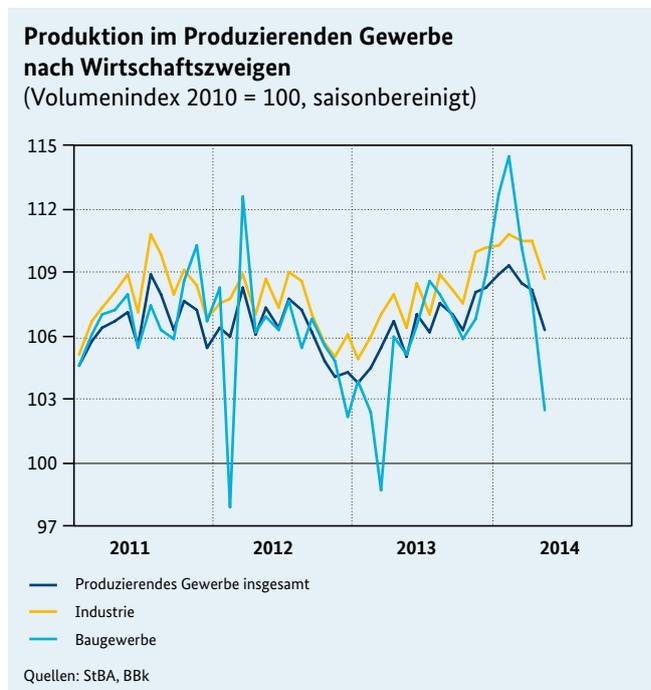


2. Produzierendes Gewerbe

Schwache Frühjahrsbelebung nach mildem Winter dämpft Entwicklung im zweiten Quartal insbesondere im Bausektor.

Trotz spürbaren Rückgangs der Bestellungen in der Industrie bleibt die Auftragslage gut. Eine moderate Beschleunigung der Wachstumsdynamik ist daher zu erwarten.

Die Auswirkungen der nach dem milden Winter schwachen Frühjahrsbelebung zeigen sich vor allem im Produzierenden Gewerbe. Die Erzeugung im Mai sank deutlich um 1,8% und damit bereits den dritten Monat in Folge. Als Gegenreaktion auf die teilweise kräftigen Produktionszunahmen im Winter verringerte sich vor allem die Erzeugung im Baugewerbe kräftig. Aber auch die industrielle Erzeugung wurde zuletzt spürbar zurückgefahren. Zu der schwachen Entwicklung trugen auch Brückentageeffekte bei – unter anderem fiel der 1. Mai auf einen Donnerstag. Für das gesamte zweite Quartal ist im Produzierenden Gewerbe nunmehr mit einem Minus zu rechnen.

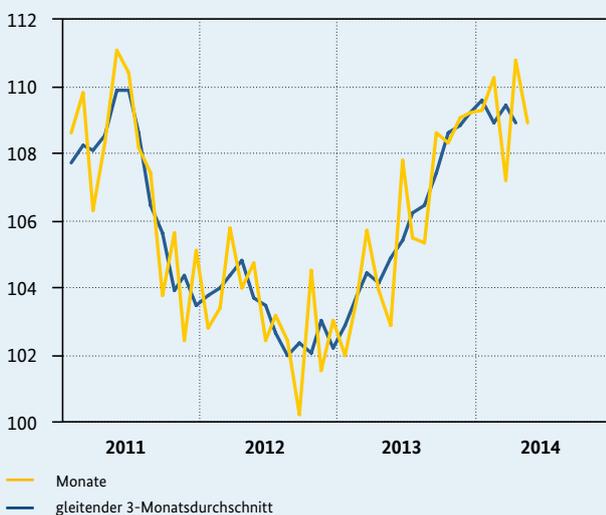


² In diesem Bericht werden Daten verwendet, die bis zum 18. Juli 2014 vorlagen.

Die Industrieproduktion schwächte sich im Mai um 1,6% ab, nachdem sie im Monat zuvor leicht abwärts revidiert stagnierte. Die industrielle Erzeugung ist damit in einen leichten Abwärtstrend eingeschwenkt (Dreimonatsvergleich: -0,5%), der sich in allen industriellen Hauptgruppen zeigt. Besonders ausgeprägt ist er allerdings bei den Vorleistungsgütern (Dreimonatsvergleich: -1,1%), während die Herstellung von Investitions- und Konsumgütern nur leicht eingeschränkt wurde (-0,2% bzw. -0,1%). Im schwächeren Auslandsgeschäft der deutschen Industrie dürften sich auch Auswirkungen des Konflikts in der Ukraine bemerkbar machen. Hierauf deutet auch die seit Monaten sehr schwache Entwicklung der Ausfuhren in die Länder der GUS hin. Im laufenden Jahr (Stand April) sind diese um 2,5 Mrd. Euro bzw. 16% zurückgegangen.

Auch die Bestelltätigkeit in der Industrie zeigt sich derzeit recht schwach. Trotz umfangreicher Großaufträge nahmen die Auftragseingänge im Mai spürbar ab (-1,7%), nachdem sie im Monat zuvor kräftig angestiegen waren (+3,4%). Der Rückgang ergab sich in allen drei Hauptgruppen, er fiel bei Vorleistungsgütern aber besonders deutlich aus (-3,4%). Während die Bestellungen aus dem Euroraum, unterstützt durch Großaufträge, kräftig zulegten, schwächten sich die Bestellungen aus dem Inland und vor allem die Nachfrage aus Ländern außerhalb des Euroraums ab. Insgesamt lag das Auftragsvolumen in den Monaten April/Mai aber über dem Monatsdurchschnitt im ersten Quartal (+0,9%). Angesichts des guten Starts erscheint im gesamten zweiten Quartal ein Auftragsplus wahrscheinlich.

Auftragseingang in der Industrie
(Volumenindex 2010 = 100, saisonbereinigt)



Quellen: StBA, BBk

Industrie

Veränderung gegen Vorzeitraum in %
(Volumen, saisonbereinigt)

	Q4	Q1	März	April	Mai
Produktion					
Insgesamt	1,1	1,1	-0,3	0,0	-1,6
Vorleistungsgüter	1,8	1,3	-0,6	-0,3	-3,0
Investitionsgüter	0,4	1,1	-0,2	-0,3	0,3
Konsumgüter	1,2	0,8	0,6	1,1	-3,5
Umsätze					
Insgesamt	1,7	1,5	-0,7	0,6	-1,8
Inland	0,4	1,7	-0,3	0,9	-3,1
Ausland	3,1	1,3	-1,2	0,4	-0,5
Auftragseingänge					
Insgesamt	2,3	0,0	-2,8	3,4	-1,7
Inland	0,1	1,9	-0,6	1,1	-2,5
Ausland	3,8	-1,3	-4,5	5,0	-1,2
Vorleistungsgüter	2,9	0,3	-1,4	1,0	-3,4
Investitionsgüter	1,9	-0,2	-3,3	4,4	-0,7
Konsumgüter	2,3	0,4	-5,2	6,7	-1,2

Quellen: StBA, BBk

Stimmungsindikatoren wie das vom ifo Institut ermittelte Geschäftsklima im Verarbeitenden Gewerbe, der Markit/BME-Einkaufsmanager-Index und die ZEW-Konjunkturerwartungen haben sich seit einigen Monaten teilweise spürbar eingetrübt. Auch hierin dürften vor allem die Verunsicherungen aufgrund der geopolitischen Krisenherde in der Ukraine und im Nahen Osten zum Ausdruck kommen. Die Indikatoren notieren aber nach wie vor über ihren langfristigen Durchschnitt. Der überwiegende Teil der Befragten zeigt sich demnach weiterhin optimistisch über den Fortgang der Konjunktur in Deutschland. Die Umfrageergebnisse bestätigen damit die allgemeine Einschätzung, dass sich der Aufschwung in der deutschen Industrie fortsetzt. Das Wachstum wird sich vorerst allerdings nicht spürbar beschleunigen.

Im Baugewerbe ging die Erzeugung im Mai kräftig um 4,9% zurück. Dies war der dritte Rückgang in Folge. Er betraf sowohl Hochbau als auch Tiefbau und besonders ausgeprägt auch das Ausbaugewerbe. Die Bauproduktion insgesamt befindet sich in saisonbereinigter Rechnung damit in den ersten Monaten des zweiten Quartals (April/Mai) in etwa wieder auf dem Niveau des entsprechenden Vorjahreszeitraums und deutlich unter den durch die milde Witterung begünstigten, produktionsstarken Monaten des ersten Quartals dieses Jahres. Trotz einer insgesamt guten

Auftragslage im Bau wird daher das Produktionsergebnis im gesamten zweiten Quartal saisonbereinigt merklich unter dem des ersten Quartals liegen.

Baugewerbe

Veränderung gegen Vorzeitraum in %
(Volumen, saisonbereinigt)

Produktion

	Q4	Q1	März	April	Mai
Insgesamt	-0,6	4,9	-3,8	-2,2	-4,9
Bauhauptgewerbe	-0,4	5,1	-4,1	-3,6	-3,6
Ausbaugewerbe	-0,6	4,7	-3,5	-0,5	-6,4

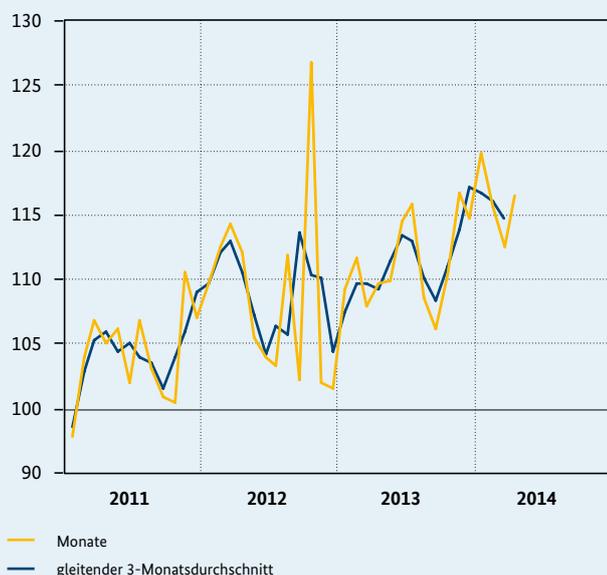
Auftragseingänge im Bauhauptgewerbe

	Q3	Q4	Feb.	März	April
Insgesamt	-1,1	3,4	-3,6	-2,6	3,5
Hochbau	-4,1	4,7	-5,0	-3,5	-1,7
Wohnungsbau*	-0,8	0,2	3,0	-8,5	5,6
Gewerblicher*	-5,4	10,1	-5,7	-2,9	-8,4
Öffentlicher*	-8,4	-3,5	-24,1	12,3	4,3
Tiefbau	2,6	2,0	-2,1	-1,5	9,5
Straßenbau*	-4,0	6,0	41,9	-19,9	0,6
Gewerblicher*	0,9	2,4	-23,9	6,7	12,7
Öffentlicher*	14,3	-3,5	-21,7	27,4	17,9
Öffentlicher Bau insg.	1,1	0,8	5,9	-2,9	7,1

Quellen: StBA, BBk

* Angaben in jeweiligen Preisen

Auftragseingang im Bauhauptgewerbe (Volumenindex 2010 = 100, saisonbereinigt)



Quellen: StBA, BBk

Die weiteren Perspektiven für den Bau bleiben indes günstig. Die Bestellungen sind im April kräftig angestiegen und tendieren aufwärts. Die Baugenehmigungen im Wohn- und Nichtwohnbau haben sich in den ersten fünf Monaten des Jahres spürbar erhöht. Die Finanzierungsbedingungen für private Haushalte und Investoren bleiben angesichts anhaltend niedriger Zinsen weiterhin gut. Das ifo Geschäftsklima im Bauhauptgewerbe hat sich auf dem derzeit recht guten Niveau zuletzt im Juni leicht verbessert. Im weiteren Jahresverlauf ist daher mit einer wieder beschleunigten Wachstumsdynamik im Bau zu rechnen.

3. Privater Konsum

Privater Konsum bleibt trotz Abschwächung im zweiten Quartal wichtige Konjunkturstütze.

Der Konsum bleibt wichtiges Standbein für die deutsche Konjunktur. Im Vergleich zum Vorquartal haben die privaten Konsumausgaben im ersten Quartal preis- und kalenderbereinigt um 0,7% zugelegt. Mit einem Beitrag von 0,4%-Punkten haben sie damit erheblich zum kräftigen Quartalswachstum beigetragen.

Zu Beginn des zweiten Quartals waren allerdings eine Reihe von Indikatoren für den privaten Konsum rückläufig. Unter anderem sind die Umsätze im Einzelhandel (ohne Kfz-Handel) im Mai saisonbereinigt um 0,6% zurückgegangen. Bereits im Vormonat hatte es ein Minus von 1,5% gegeben. Im Trend haben sich die Einzelhandelsumsätze merklich abgeschwächt, bleiben aber leicht aufwärtsgerichtet (Dreimonatsvergleich +0,3%).

Auch das ifo Geschäftsklima für den Einzelhandel, das sich im Trend seit fast zwei Jahren positiv entwickelt, hatte im April und Mai einen vorübergehenden Dämpfer erhalten. Die jüngste Einschätzung im Juni fiel jedoch wieder positiver aus. Vor allem die derzeitige Lage wird von den Einzelhändlern so gut bewertet wie seit April 2012 nicht mehr. Auch die Geschäftserwartungen, die sich seit Jahresbeginn etwas eingetrübt hatten, haben sich im Juni verbessert. Zunehmender Optimismus war zuletzt auch wieder unter den Konsumenten zu verzeichnen. So konnte das GfK-Konsumklima, das zuletzt auf hohem Niveau eher stagnierte, im Juni (Prognose für Juli) erneut zulegen und erreichte ein neues Rekordhoch. Vor allem die Konjunkturerwartungen und die Anschaffungsneigung der befragten Haushalte stiegen zum Ende des zweiten Quartals kräftig an. Die aktuelle Entwicklung der

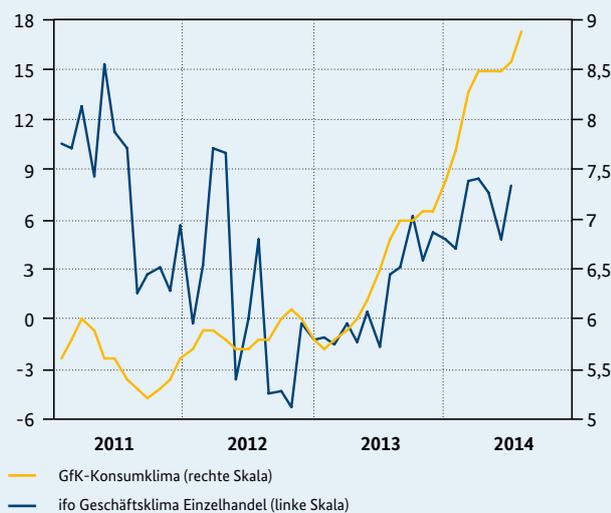
Einzelhandelsumsatz (ohne Handel mit Kfz)
(Volumenindex 2010 = 100, saisonbereinigt)



Quellen: StBA, BBk

Stimmungsindikatoren bestätigt damit die Einschätzung, dass sich der private Konsum nach einer etwas moderateren Entwicklung im zweiten Quartal wieder beleben wird.

Klimaindikatoren für den privaten Konsum
(Salden)



Quellen: ifo Institut, GfK

Dies ist auch durch die anhaltend günstigen Rahmenbedingungen für den privaten Konsum unterlegt, wie die weiterhin positive Entwicklung am Arbeitsmarkt, die stabilen Verbraucherpreise und das niedrige Zinsniveau. Der private Konsum bleibt damit eine Stütze der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung. In ihrer Frühjahrsprojektion rechnet die Bundesregierung im Jahr 2014 mit einem Anstieg der privaten Konsumausgaben um 1,5 %.

4. Außenwirtschaft

Wachstumsimpulse aus dem deutschen Außenhandel sind derzeit nicht zu erwarten.

Die nach wie vor zögerliche Erholung im Euroraum, strukturelle Probleme in den Schwellenländern und geopolitische Einflüsse wie der Ukraine-Konflikt sorgen für ein insgesamt schwächeres Wachstum wichtiger deutscher Exportmärkte.

Die deutschen Ausfuhren im Warenhandel³ (nominal) sind im Mai um 0,8 % zum Vormonat zurückgegangen, ihre Tendenz ist derzeit leicht abwärtsgerichtet. Berücksichtigt man allerdings, dass die Ausfuhrpreise weiter rückläufig sind, dürften die Ausfuhren in realer Rechnung eine eher seitwärtsgerichtete Tendenz aufweisen. Zur schwachen Entwicklung trägt bei, dass die Exporte in die Länder der GUS (Stand April) kumuliert seit Jahresbeginn um 2,5 Mrd. Euro oder 16 % gesunken sind⁴.

Die nominalen Wareneinfuhren schwächten sich im Mai kräftig ab (-2,9%). Nach Zuwächsen im Verlauf dieses Jahres sind sie damit erstmals in einen Abwärtstrend eingeschwenkt (Dreimonatsvergleich: -1,9%). Hierin spiegelt sich allerdings auch die rückläufige Entwicklung der Importpreise wider, zu der maßgeblich der starke Rückgang der Rohstoff- und Halbwarenpreise beigetragen hat. Dem Volumen nach dürften die Einfuhren derzeit – wie die Ausfuhren – eher seitwärts tendieren.

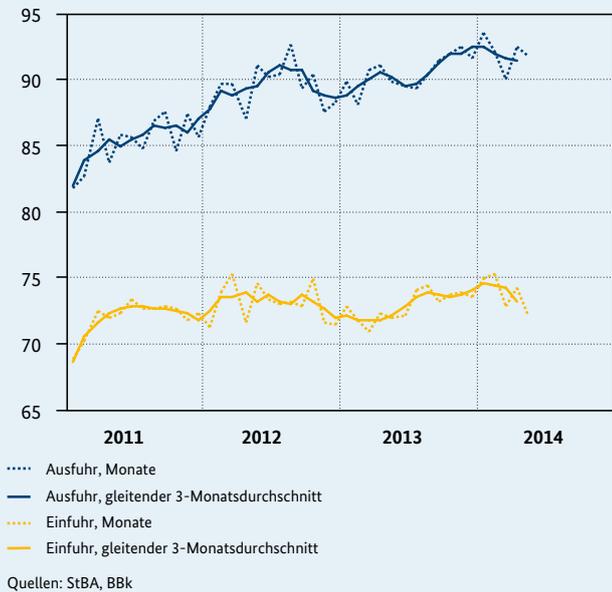
3 Die dargestellten Angaben zur Leistungsbilanz und ihrer Teilkomponenten folgen ab Mai 2014 der Systematik des „Handbuchs zur Zahlungsbilanz und zum Auslandsvermögensstatus“ des Internationalen Währungsfonds (IWF) in seiner neuen, sechsten Auflage (Sixth Edition of the IMF's Balance of Payments and International Investment Position Manual (BPM 6)).

Weitere Informationen dazu finden Sie unter: <http://www.bundesbank.de/Redaktion/DE/Dossier/Statistik/zahlungsbilanz.html>.

4 Abgrenzung der Ein- und Ausfuhren nach Ländern entsprechend der amtlichen Außenhandelsstatistik des Statistischen Bundesamtes.

Warenhandel

(in Mrd. Euro, kalender- und saisonbereinigt)



Im Saldo aus dem Warenhandel ergab sich im Mai ein Überschuss von 19,7 Mrd. Euro. Der Überschuss war um 8,1% höher als im Vormonat. Der Leistungsbilanzsaldo betrug 18,6 Mrd. Euro und damit knapp 7,1% mehr als im April.

Warenhandel und Außenhandel nach Ländern*

	Q4	Q1	März	April	Mai
Warenhandel, Veränderung gegen Vorperiode in % (saisonbereinigt)					
Ausfuhr	1,8	-0,1	-2,2	2,6	-0,8
Einfuhr	-0,3	0,9	-3,1	1,9	-2,9
Außenhandel nach Ländern, Veränderung gegen Vorjahr in % (Ursprungswerte)					
Ausfuhr	1,9	3,1	1,9	-0,3	4,3
Eurozone	1,8	2,3	0,1	2,5	4,2
EU Nicht-Eurozone	6,1	10,6	10,3	6,9	9,4
Drittländer	0,2	0,3	-0,4	-5,7	2,1
Einfuhr	0,0	4,4	5,3	0,7	-0,4
Eurozone	4,1	5,6	4,0	2,5	-3,2
EU Nicht-Eurozone	7,4	7,7	9,2	6,8	7,0
Drittländer	-6,4	1,9	4,9	-3,6	-0,8

Quellen: StBA, BBk

* in jeweiligen Preisen, zur methodischen Abgrenzung der Begriffe siehe Fußnoten 3 und 4 auf S. 37

Die nationalen Konjunkturindikatoren zur Einschätzung des deutschen Auslandsgeschäfts zeigen derzeit ein eher gemischtes Bild. Die Umsätze der deutschen Industrieunternehmen entwickelten sich im April/Mai im Durchschnitt schwächer als im umsatzstarken ersten Quartal. Die Auslandsnachfrage nach industriellen Erzeugnissen zeigt einen uneinheitlichen Trend. Die ifo Exporterwartungen gaben im Juni spürbar nach, gleichwohl zeigt sich der überwiegende Teil der befragten Unternehmen weiterhin optimistisch hinsichtlich der Exportperspektiven.

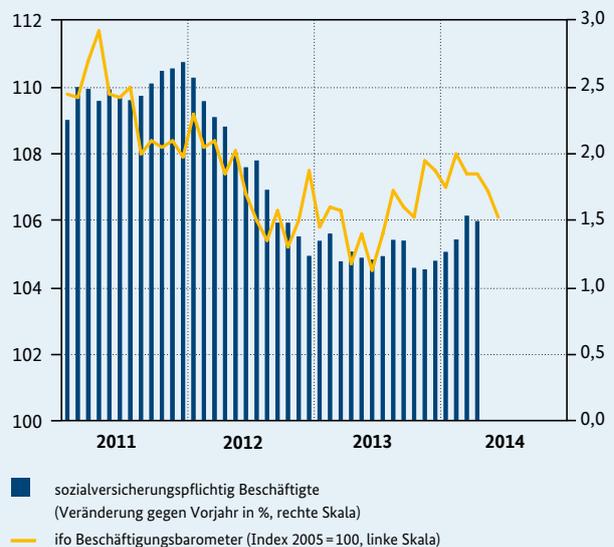
5. Arbeitsmarkt

Arbeitslosigkeit steigt saisonbereinigt im Mai und Juni gegen den Trend leicht an.

Beschäftigung nimmt in ruhigerem Tempo weiter zu.

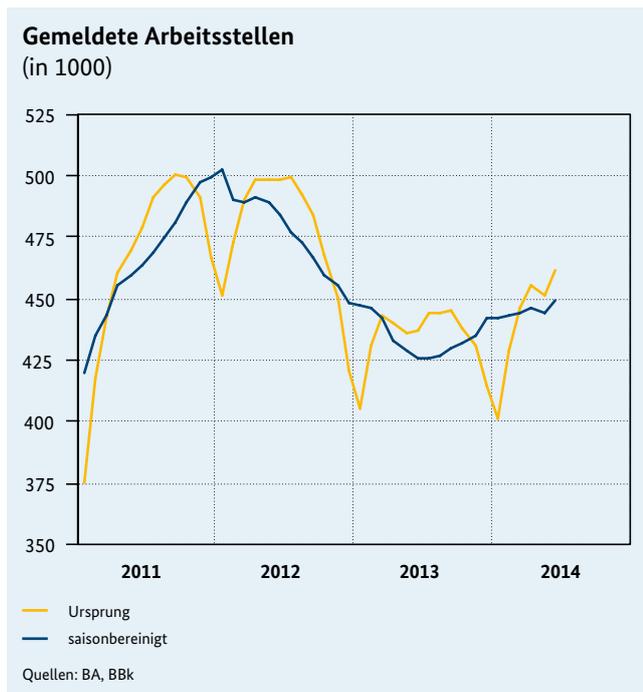
Die positiven Grundtendenzen am Arbeitsmarkt setzen sich fort. Allerdings prägt nach dem milden Winter die schwächere Frühjahrsbelebung die aktuellen Entwicklungen. Daher nahm die Arbeitslosigkeit gegen ihren Trend im Mai und Juni saisonbereinigt leicht zu. Der Beschäftigungsaufbau setzte sich dagegen fort, allerdings mit geringerer Dynamik als zu Jahresbeginn. Die witterungsbedingten

ifo Beschäftigungsbarometer und sozialversicherungspflichtig Beschäftigte



Sondereffekte laufen aber aus. Dies zeigt sich z. B. an der Nachfrage nach Arbeitskräften, die sich im Juni bereits wieder etwas belebt hat. Mit der sich abzeichnenden moderateren Fortsetzung des konjunkturellen Aufschwungs in Deutschland bleiben die Perspektiven für den Arbeitsmarkt freundlich. Der Abbau der Arbeitslosigkeit und die Zunahme der Beschäftigung werden aber langsamer voranschreiten.

Dies kommt auch in der Entwicklung der einschlägigen Frühindikatoren für den Arbeitsmarkt zum Ausdruck. So stieg der BA-X Stellenindex nach dem Rückgang im Mai im Juni bereits wieder um drei Punkte auf 153 Punkte. Das ifo Beschäftigungsbarometer ging auf überdurchschnittlichem Niveau leicht zurück.

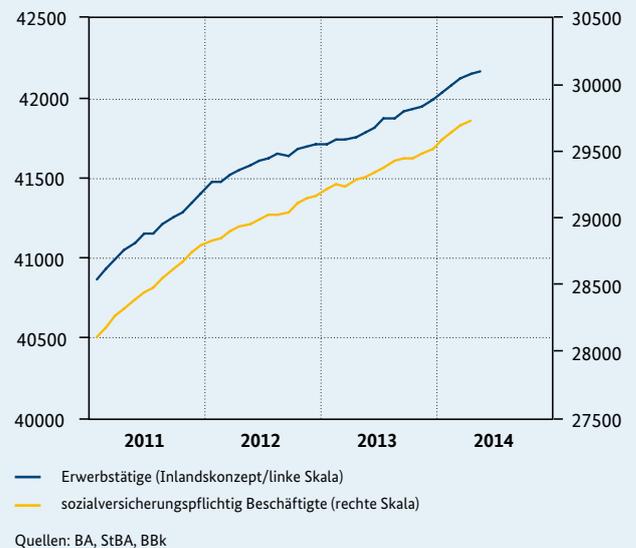


Die Nachfrage nach Arbeitskräften entwickelt sich in der Tendenz leicht positiv. Der Bestand an gemeldeten Arbeitsstellen erhöhte sich im Juni saisonbereinigt um 6.000 Stellen. Nicht saisonbereinigt ergab sich binnen Jahresfrist ein Plus von 25.000 Stellen. Die Stellenzugänge, die die Einstellungsbereitschaft der Betriebe direkter abbilden, erhöhten sich im Juni nach einem Rückgang im Vormonat saisonbereinigt um 3.000 Stellen.

Die Erwerbstätigkeit nimmt im Zuge des konjunkturellen Aufschwungs weiter zu. Ihre Zuwächse fallen allerdings geringer aus als zu Jahresbeginn. Im Mai stieg die Zahl der

Erwerbstätigen im Inland saisonbereinigt um 21.000 Personen. Nicht saisonbereinigt erhöhte sie sich im Mai auf insgesamt 42,18 Mio. Personen. Der Vorjahresstand wurde um 389.000 Personen überschritten.

Erwerbstätigkeit und sozialversicherungspflichtige Beschäftigung
(in 1000, saisonbereinigt)



Ausschlaggebend für den Beschäftigungszuwachs bleibt der Aufbau der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung. Aber auch hier fallen die Zuwächse gegenwärtig geringer aus. Saisonbereinigt stieg die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten im April um 35.000 Personen, nach durchschnittlich 59.000 im ersten Quartal. Gemäß Ursprungszahlen gab es im April insgesamt 29,64 Mio. sozialversicherungspflichtig Beschäftigte. Dies waren 436.000 Personen mehr als vor einem Jahr.

Der überwiegende Teil aller Branchen hatte im Vorjahresvergleich Zuwächse an sozialversicherungspflichtig Beschäftigten zu verzeichnen. Den stärksten Anstieg verbuchten die wirtschaftlichen Dienstleistungen (ohne Arbeitnehmerüberlassung) mit 110.000 Personen sowie das Gesundheits- und Sozialwesen mit 97.000 Personen. Die Beschäftigungszunahmen im Verarbeitenden Gewerbe und im Bereich Verkehr und Lagerei waren mit +48.000 Personen und +41.000 Personen ebenfalls nennenswert. Leichte Beschäftigungsrückgänge gab es bei Finanz- und Versicherungsdienstleistern (-7.000) und im Bereich Bergbau/Energie/Wasserversorgung (-4.000).

Arbeitsmarkt

Arbeitslose (SGB III)

	Q4	Q1	April	Mai	Juni
in Mio. (Ursprungszahlen)	3,131	2,941	2,943	2,882	2,833
gg. Vorjahr in 1.000	-21	-55	-77	-55	-32
gg. Vorperiode in 1.000*	-44	-16	-25	25	9
Arbeitslosenquote	7,2	6,6	6,8	6,6	6,5

Erwerbstätige (Inland)

	Q4	Q1	März	April	Mai
in Mio.	42,2	41,7	41,8	42,0	42,2
gg. Vorjahr in 1.000	253	345	372	398	389
gg. Vorperiode in 1.000*	66	128	34	32	21

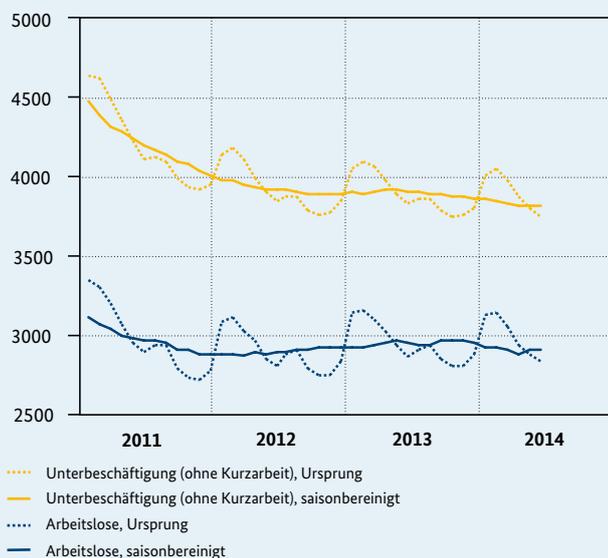
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte

	Q3	Q4	Feb.	März	April
in Mio.	29,5	29,7	29,4	29,5	29,6
gg. Vorjahr in 1.000	382	340	393	446	436
gg. Vorperiode in 1.000*	105	62	61	50	35

Quellen: BA, StBA, BBk

* kalender- und saisonbereinigte Angaben

Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung (in 1000)



Quellen: BA, IAB, BBk

Die Arbeitslosigkeit sank im Zuge der auslaufenden Frühjahrsbelebung von Mai auf Juni um 49.000 Personen. Nach dem milden Winter und als Folge der schwächeren Frühjahrsbelebung fiel der Rückgang allerdings schwächer aus als jahreszeitlich üblich. Unter Ausschaltung saisonaler Einflüsse ergibt sich daher ein leichter Anstieg der Arbeitslosigkeit um 9.000 Personen nach einem Plus von 26.000 im Mai.

Insgesamt waren im Juni 2,833 Mio. Personen (Ursprungszahlen) als arbeitslos registriert. Der Vorjahresstand wurde damit um 32.000 Personen unterschritten. Dies entsprach einer Arbeitslosenquote von 6,5 % (Vorjahr: 6,6 %).

Die nach dem Konzept der ILO berechnete saisonbereinigte Erwerbslosenquote betrug im Mai wie im Monat zuvor 5,1%. Im internationalen Vergleich hat Deutschland damit nach wie vor eine der niedrigsten Erwerbslosenquoten der Industrieländer.

Internationale Arbeitslosenquoten

(ILO-Konzept, saisonbereinigt, in %, Stand: Mai 2014)



Quelle: Eurostat

Die Unterbeschäftigung (ohne Kurzarbeit) stieg im Juni saisonbereinigt mit +3.000 Personen etwas weniger stark an als die Zahl der Arbeitslosen. Nach den Ursprungszahlen belief sich die Unterbeschäftigung auf 3,80 Mio. Personen (ohne Kurzarbeit). Die im Vergleich zur Entwicklung der Arbeitslosigkeit etwas günstigere Entwicklung der Unterbeschäftigung ist auf den vorübergehend geringeren Einsatz an aktiven arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen zurückzuführen. Dies wirkt sich auf die Zahl der Arbeitslosen, aber definitionsgemäß nicht auf die Zahl der Unterbeschäftigten aus.

Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung entwickeln sich insgesamt weniger günstig als die Beschäftigung. Der Anstieg der Erwerbsbeteiligung von Frauen und Älteren sowie die höhere Zuwanderung überkompensieren die Auswirkungen der Alterung der Bevölkerung und erhöhen das Erwerbspersonenpotenzial. Das IAB schätzt, dass das

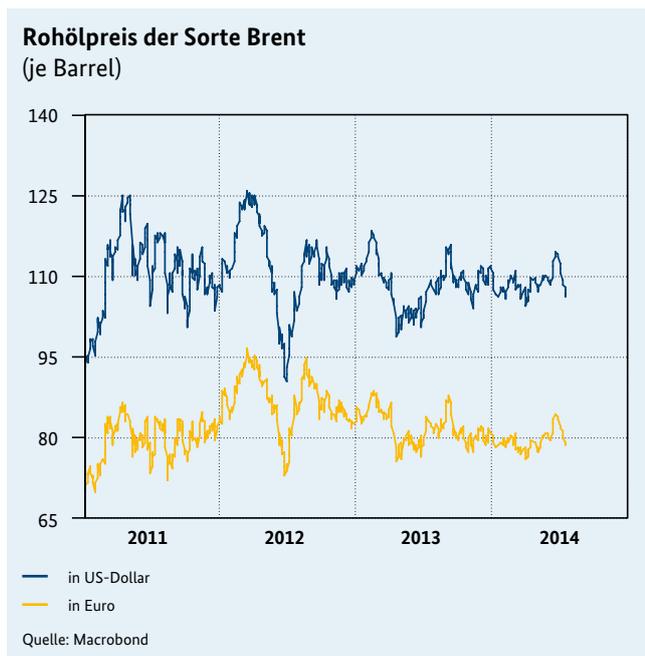
Erwerbspersonenpotenzial im Jahr 2014 um 120.000 auf über 45,5 Mio. Personen anwächst. Dies dämpft den mit der konjunkturellen Besserung einhergehenden Abbau der Arbeitslosigkeit.

6. Preise

Preisentwicklung im ersten Halbjahr 2014 sehr gemäßigt; Jahresrate der Verbraucherpreise im Juni bei 1,0%.

Einfuhr- und Erzeugerpreise bremsen gesamtwirtschaftlichen Preisanstieg.

Die Preisentwicklung in Deutschland verlief im ersten Halbjahr 2014 in sehr ruhigen Bahnen. Insbesondere die vom internationalen Handel beeinflussten Preise setzten ihren Abwärtstrend fort. Die binnenwirtschaftlichen Preise, z.B. für Dienstleistungen und Wohnungsmieten, zogen dagegen überdurchschnittlich an. Zuletzt lag der Anstieg der Verbraucherpreise in Deutschland im Juni mit +1,0% auf sehr moderatem Niveau und damit deutlich unter der Marke von 2%, bei der die EZB Preisniveaustabilität als gewahrt ansieht.

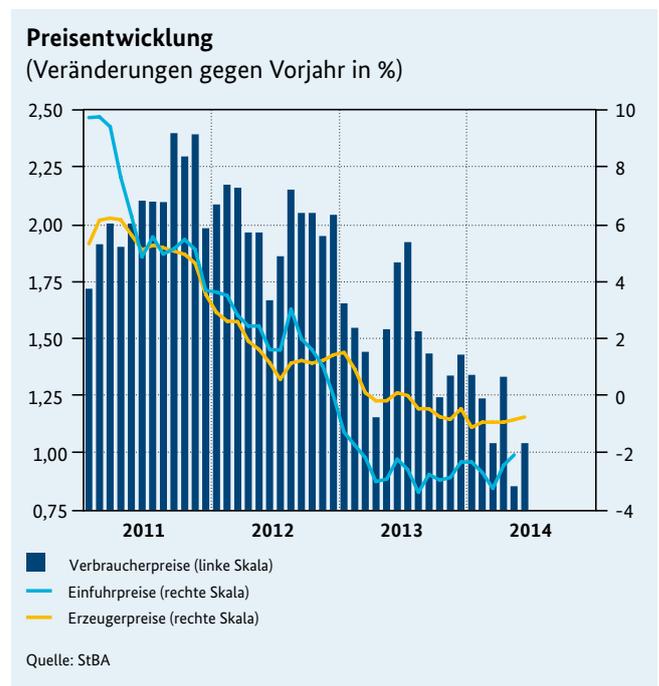


Der Rohölpreis der Sorte Brent in US-Dollar ging zur Jahresmitte wieder deutlich zurück, nachdem sich die Lage im

Irak etwas beruhigt hatte. Mitte Juli lag der Barrelpreis mit knapp 107 US-Dollar ca. 5% unter Vormonatsniveau und damit in etwa auf Vorjahresniveau.

Die Einfuhrpreise blieben von April auf Mai unverändert. Dabei wurden Preiserhöhungen bei Vorleistungsgütern durch Preissenkungen im Energiebereich ausgeglichen. Insbesondere die Preise für Erdgas und Erdöl gingen weiter zurück und setzten damit ihren seit dem Frühjahr 2012 bestehenden Abwärtstrend fort. Das Preisniveau für Importwaren lag im Mai weiterhin spürbar niedriger als vor einem Jahr (-2,1%). Stärkere Preisrückgänge gab es in erster Linie bei eingeführten Rohstoffen, Halbwaren und Fertigwaren, wobei die deutschen Importeure auch von der Aufwertung des Euro profitierten. Gegenüber dem US-Dollar hatte der Euro von Mai 2013 bis Mai 2014 ca. 6% an Wert gewonnen.

Die Ausführpreise stagnierten im Mai im Vergleich zum Vormonat ebenfalls. Auch hier standen sich fallende Energiepreise und steigende Preise für Vorleistungsgüter (z. B. Metalle) gegenüber. Im Vergleich zum Vorjahr gingen die Preise für Exportgüter um 0,6% zurück. Die Jahresrate ist damit bereits seit 14 Monaten rückläufig. Verantwortlich für den Preisrückgang im Vorjahresvergleich waren vor allem Preissenkungen im Energiebereich (-5,2%) sowie bei Rohstoffen und Halbwaren (-4,4%). Konsumgüter verteuerten sich dagegen leicht (+0,6%). Die Terms of Trade lagen im Mai um 1,5% über ihrem Vorjahresniveau, da die Einfuhrpreise stärker fielen als die Ausführpreise.



Im Inlandsabsatz gingen die Preise für Industrieprodukte im Mai im Vergleich zum Vormonat um 0,2 % und damit den dritten Monat in Folge zurück. Sie lagen damit um 0,8 % unter dem Niveau des Vorjahres, wobei sich der negative Vorjahresabstand leicht verringerte. Wie bei den Ein- und Ausfuhrpreisen spielten auch auf dieser Preisebene die fallenden Energiepreise (-2,6 %) eine maßgebliche Rolle. Ohne die Berücksichtigung der Energiekomponente unterschritten die Erzeugerpreise mit -0,2 % das Vorjahresniveau nur knapp.

Verbraucherpreisindex

Veränderung in %	gg. Vormonat		gg. Vorjahresmonat	
	Mai	Juni	Mai	Juni
Insgesamt	-0,1	0,3	0,9	1,0
Nahrungsmittel	-0,4	-0,1	0,5	0,0
alkoholische Getränke, Tabakwaren	0,1	-0,2	3,7	3,3
Bekleidung und Schuhe	-1,3	-2,3	0,6	-0,4
Wohnung, Betriebskosten	0,0	0,1	1,1	1,1
Möbel, Geräte für den Haushalt	-0,1	0,1	0,2	0,3
Gesundheitspflege	0,2	0,1	1,8	1,8
ambulante Gesundheitsdienstleistungen	0,1	0,0	0,9	0,9
Verkehr	0,2	0,5	0,4	0,8
Nachrichtenübermittlung	-0,2	-0,1	-1,5	-1,5
Freizeit, Unterhaltung, Kultur	-1,2	2,8	-0,3	1,4
Pauschalreisen	-5,7	11,7	-3,5	2,6
Bildungswesen	0,0	0,0	-2,7	-2,8
Beherbergungs- u. Gaststättendienstl.	0,5	0,3	2,2	2,0
Andere Waren und Dienstleistungen	0,2	0,0	1,8	2,1
Energie	0,0	0,5	-0,8	-0,3
Haushaltsenergie	-0,1	0,1	-0,1	0,1
Strom	0,1	0,0	1,8	1,8
Gas	0,0	-0,1	0,4	0,1
Heizöl	-0,5	0,4	-3,1	-1,9
Feste Brennstoffe	-0,4	0,8	-3,3	-2,0
Zentralheizung, Fernwärme	-0,1	0,0	-1,3	-1,2
Kraftstoffe	0,3	1,3	-2,3	-1,1
Insgesamt (saisonbereinigt)	-0,2	0,1	-	-

Quellen: StBA, BBk

Die Verbraucherpreise erhöhten sich von Mai auf Juni um 0,3 %. Insbesondere Pauschalreisen wurden zum Sommerbeginn wieder teurer. Darüber hinaus erhöhten sich als Folge der instabilen Lage im Irak vorübergehend die Kraftstoffpreise. Nahrungsmittel sowie Bekleidung und Schuhe wurden dagegen saisonbedingt preiswerter. Die Jahresrate stieg leicht um 0,1 Prozentpunkte auf 1,0 %. Positiv für die Verbraucher gestaltete sich neben den unverändert rück-

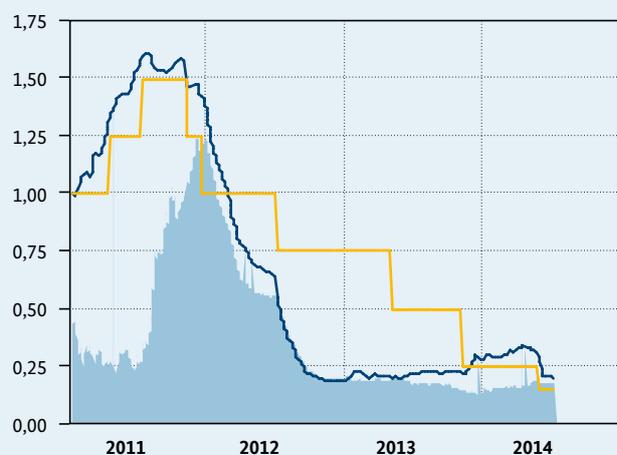
läufigen Energiepreisen (-0,3 %) auch der abgeschwächte Verlauf bei den Nahrungsmittelpreisen. Vor allem aufgrund der günstigeren Witterungsbedingungen blieben diese zuletzt in etwa auf Vorjahresniveau. In den Jahren 2012 und 2013 hatte anhaltend schlechtes Wetter die Nahrungsmittelpreise noch deutlich verteuert.

7. Monetäre Entwicklung

Geldpolitik bleibt weiter expansiv.

Die Geldpolitik der wichtigsten Zentralbanken bleibt expansiv ausgerichtet.⁵ Der Leitzins der Europäischen Zentralbank (EZB) liegt seit dem 11. Juni bei 0,15 %. Der Zins auf die Einlagenfazilität wurde auf 0,10 % gesenkt. Zu einem Rückgang der Überschussliquidität kam es dadurch bisher jedoch nicht. Im Juni wurden täglich im Durchschnitt rund 132 Mrd. Euro in der Einlagenfazilität oder als Überschussreserven gehalten. Dies ist deutlich mehr als in den Monaten zuvor. Auch das Volumen der Interbankenkredite hat zuletzt eher stagniert. Neben der Zinssenkung hat die EZB eine Reihe von unkonventionellen Maßnahmen angekündigt, die die Kreditvergabe anregen sollen. Die Inflation im Euroraum betrug zuletzt 0,5 %.

Geldmarktsätze in der Eurozone (in %)

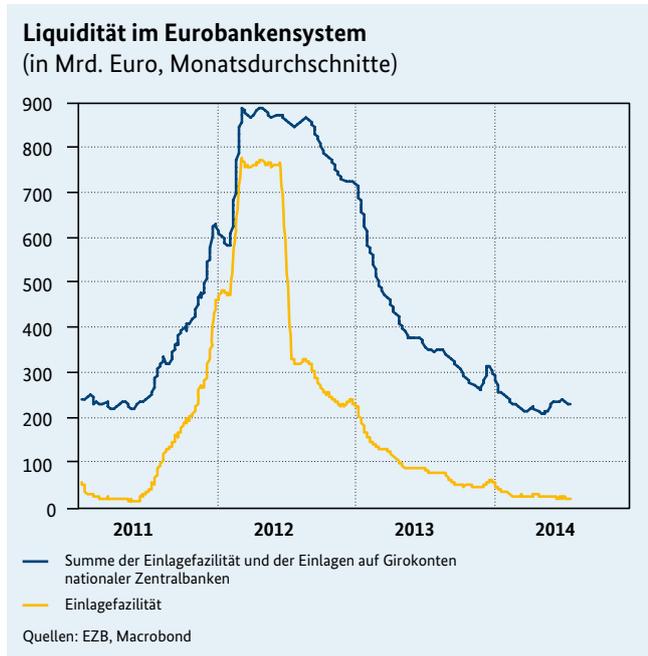


— EURIBOR, 3 Monate
 — EZB Hauptrefinanzierungssatz
 ■ Risikoprämie, Differenz aus 3-Monats-EURIBOR und 3-Monats-EUREPO

Quelle: Macrobond

Die US-Zentralbank beließ ihren Leitzins in ihrer Sitzung vom 17. und 18. Juni bei 0,0 bis 0,25 %. Sie kündigte an, ihn auch längere Zeit auf diesem Niveau zu belassen. Die meisten Mitglieder des Offenmarktausschusses (FOMC), der für die geldpolitischen Entscheidungen der Fed verantwortlich ist, halten eine Zinssteigerung in diesem Jahr für nicht angemessen. Andererseits wurden die monatlichen Anleihenkäufe weiter auf nunmehr 35 Mrd. US-Dollar gesenkt und werden vermutlich im Oktober auslaufen.

Der europäische Interbankenmarkt hat sich in den letzten Monaten, insbesondere nach den EZB-Entscheidungen im Juni, nicht merklich entspannt. Das tagesdurchschnittliche Volumen der Interbankkredite, das sich seit Ende 2012 zunehmend erholt hat, lag im Juni bei 27 Mrd. Euro und damit nur geringfügig über dem Wert vom Mai. Das Vorkrisenniveau bleibt weit entfernt. Zwischen 2000 und 2007 lag das tägliche Kreditvolumen bei durchschnittlich 40 Mrd. Euro. Auch der Risikoaufschlag für unbesicherte Kredite zwischen den Geschäftsbanken bewegte sich kaum. Unmittelbar nach der letzten Zinssenkung der EZB sind die Aufschläge um 1,5 auf 17,7 Basispunkte gefallen und haben sich in der Folge nur noch leicht verringert. Mitte Juli lag der Risikoaufschlag bei 17,2 Basispunkten. Die tägliche Überschussliquidität der Banken stieg im Juni trotz negativer Einlagenzinsen auf durchschnittlich 132 Mrd. Euro und lag in der ersten Julihälfte bei durchschnittlich 134 Mrd. Euro. Im April und Mai hatte die Überschussliquidität noch bei etwa 113 Mrd. Euro gelegen.



Die europäischen Aktienindizes haben im Berichtszeitraum mehrheitlich an Wert verloren. Der europäische Stoxx 50 verlor 2,8%. Der weiter gefasste Stoxx 600 gab 1,6% nach. Der deutsche Aktienindex (DAX 30) hat im selben Zeitraum 1,7% eingebüßt und bewegte sich zuletzt wieder unter der 10.000-Punkte-Schwelle. Auch die japanische Börse gab etwas nach, der Nikkei-Index ging um 1,3% zurück. In den USA haben sich die Kurse aufgrund guter Konjunkturdaten positiv entwickelt. Im Berichtszeitraum legte der S&P 500 um 2,4% zu.

Der Kurs des Euro lag im Juni bei durchschnittlich 1,36 US-Dollar. Im März und April hatte die Gemeinschaftswährung noch bei 1,38 US-Dollar notiert. Auch gegenüber dem Yen hat der Euro etwas an Wert verloren.

Aktienindizes

(Preisindizes in Landeswährung, 2011 = 100)



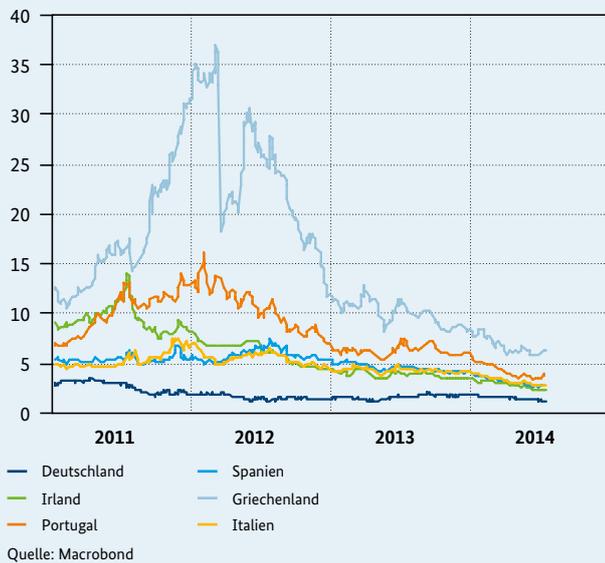
- Deutschland Dax 30
- Eurozone STOXX 50
- US Dow Jones
- Japan Nikkei 225

Quellen: Macrobond, eigene Berechnung

Die Renditen für zehnjährige Staatsanleihen sind im Euro-Raum tendenziell weiter gefallen. Die Verzinsung deutscher Staatsanleihen gab ebenfalls nach und notierte zum Ende der Berichtsperiode bei 1,15%. In einigen Ländern wie Griechenland, Spanien und Portugal sind die Zinsen hingegen wieder etwas angestiegen. Amerikanische Staatsanleihen rentierten zuletzt mit 2,48%.

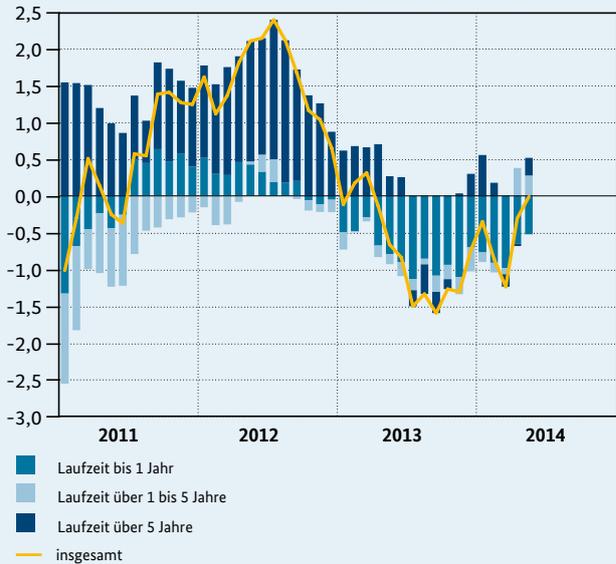
Renditen zehnjähriger Staatsanleihen

(Tageswerte in %)



Buchkredite an nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften in Deutschland

(Veränderungen gegen Vorjahr in %, Beiträge in Prozentpunkten, Ursprungszahlen)



Der Umfang der in Deutschland an nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften vergebenen Buchkredite hat sich in den letzten Monaten etwas erholt und lag im Mai auf dem Niveau des Vorjahres. Die kurzfristigen Kredite bis zu einem Jahr unterschritten ihren Vorjahreswert nur noch um 3,1%. Die Vergabe von mittel- und längerfristigen Krediten wurde im Vergleich zum Vorjahr hingegen um 2,0% bzw. 0,3% ausgeweitet. Die Kreditvergabe an private Haushalte lag im Mai 1,1% über dem Wert des Vorjahres.

Die Finanzierungsbedingungen in Deutschland bleiben der ifo Kredithürde zufolge weiterhin sehr günstig. Im Juni schätzten nur 18,3% der befragten Unternehmen die Kreditvergabe als restriktiv ein. Trotz leichten Anstiegs im Vergleich zum Mai bewegt sich der Indikator auf sehr niedrigem Niveau.

Das Wachstum der Geldmenge im Euroraum bleibt weiterhin schwach. Im Mai lag die Geldmenge M3 um 1,0% über dem Wert des Vorjahres. Darin spiegelt sich auch die geringe Kreditvergabe der Banken wider. Zwischen 2000 und 2007 hatte die jährliche M3-Zuwachsrates durchschnittlich 7,7% betragen.

III.

Übersichten und Grafiken

1. Gesamtwirtschaft

1.1 Bruttoinlandsprodukt und Verwendung¹

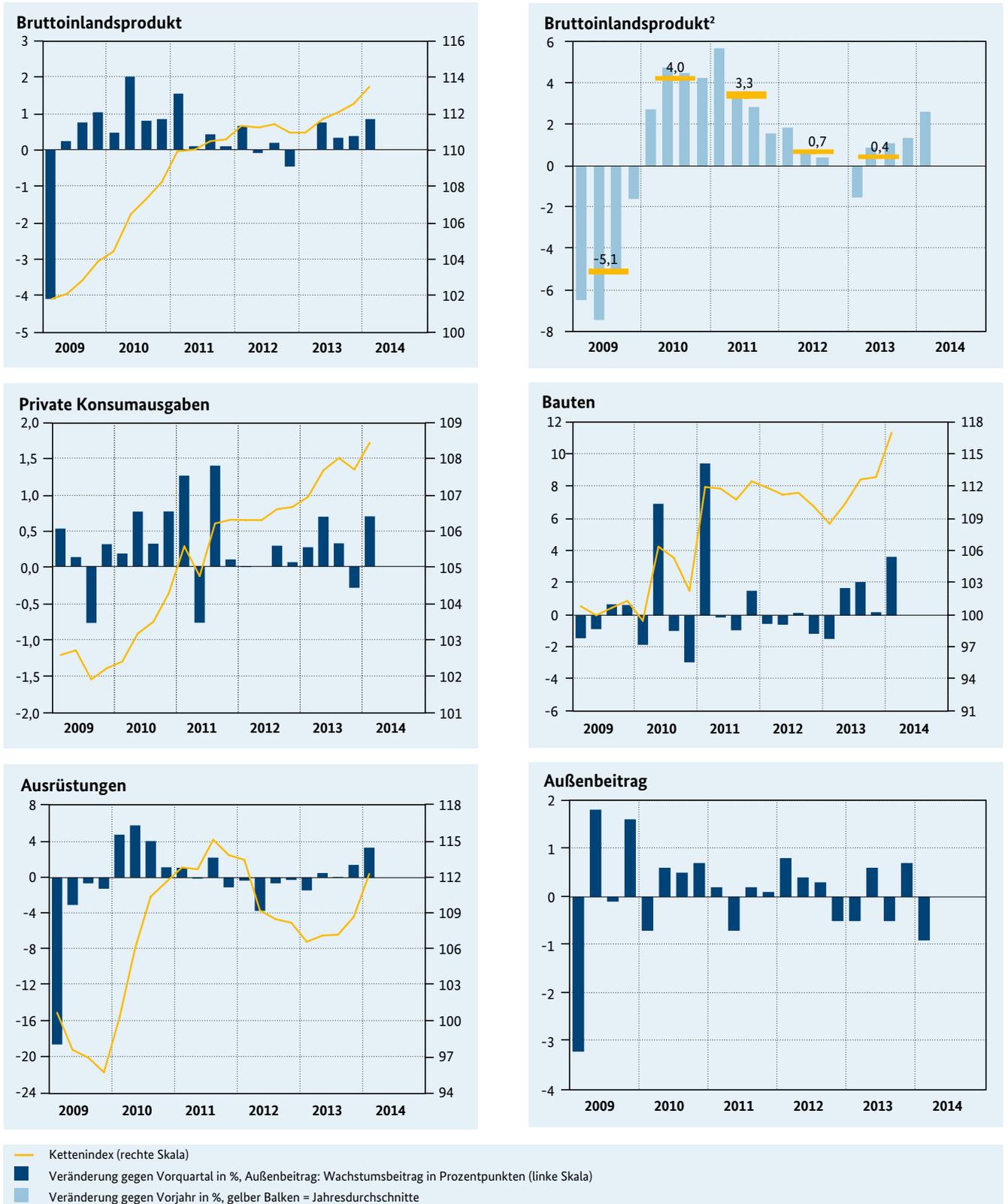
	Veränderungen gegen Vorzeitraum in % ²										
	2011		2012		2013				2014		
	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.
Bruttoinlandsprodukt und Komponenten											
Bruttoinlandsprodukt (BIP)	+ 0,4	+ 0,1	+ 0,7	- 0,1	+ 0,2	- 0,5	0,0	+ 0,7	+ 0,3	+ 0,4	+ 0,8
Inländische Verwendung	+ 0,2	0,0	- 0,1	- 0,5	0,0	0,0	+ 0,5	+ 0,1	+ 0,8	- 0,3	+ 1,9
Private Konsumausgaben ³	+ 1,4	+ 0,1	0,0	0,0	+ 0,3	+ 0,1	+ 0,3	+ 0,7	+ 0,3	- 0,3	+ 0,7
Konsumausgaben des Staates	- 0,1	+ 0,7	+ 0,2	- 0,2	+ 0,3	+ 0,3	0,0	- 0,2	+ 0,7	- 0,3	+ 0,4
Bruttoanlageinvestitionen	+ 0,4	+ 0,5	- 0,4	- 1,7	- 0,1	- 0,7	- 1,4	+ 1,2	+ 1,3	+ 0,7	+ 3,2
Ausrüstungen	+ 2,2	- 1,1	- 0,4	- 3,7	- 0,6	- 0,3	- 1,4	+ 0,5	+ 0,1	+ 1,4	+ 3,3
Bauten	- 0,9	+ 1,5	- 0,5	- 0,6	+ 0,2	- 1,1	- 1,5	+ 1,7	+ 2,1	+ 0,2	+ 3,6
Sonstige Anlagen	+ 1,2	+ 1,7	- 0,1	+ 0,7	+ 1,4	+ 1,1	- 0,9	+ 1,6	+ 1,4	+ 1,2	- 0,7
Exporte	+ 1,9	+ 0,3	+ 1,7	+ 1,4	+ 0,5	- 1,6	- 0,7	+ 2,5	- 0,1	+ 2,5	+ 0,2
Importe	+ 1,6	+ 0,2	+ 0,1	+ 0,7	+ 0,1	- 0,9	+ 0,2	+ 1,5	+ 0,8	+ 1,3	+ 2,2
Wachstumsbeiträge in Prozentpunkten⁴											
Inländische Verwendung	+ 0,2	0,0	- 0,1	- 0,5	0,0	0,0	+ 0,5	+ 0,1	+ 0,7	- 0,3	+ 1,7
Private Konsumausgaben ³	+ 0,8	+ 0,1	0,0	0,0	+ 0,2	0,0	+ 0,2	+ 0,4	+ 0,2	- 0,2	+ 0,4
Konsumausgaben des Staates	0,0	+ 0,1	0,0	0,0	+ 0,1	+ 0,1	0,0	0,0	+ 0,1	- 0,1	+ 0,1
Bruttoanlageinvestitionen	+ 0,1	+ 0,1	- 0,1	- 0,3	0,0	- 0,1	- 0,2	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,1	+ 0,6
Ausrüstungen	+ 0,2	- 0,1	0,0	- 0,3	0,0	0,0	- 0,1	0,0	0,0	+ 0,1	+ 0,2
Bauten	- 0,1	+ 0,1	- 0,1	- 0,1	0,0	- 0,1	- 0,1	+ 0,2	+ 0,2	0,0	+ 0,4
Sonstige Anlagen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Vorratsveränderung ⁵	- 0,7	- 0,3	- 0,1	- 0,2	- 0,3	0,0	+ 0,5	- 0,4	+ 0,2	- 0,2	+ 0,7
Außenbeitrag	+ 0,2	+ 0,1	+ 0,8	+ 0,4	+ 0,3	- 0,5	- 0,5	+ 0,6	- 0,5	+ 0,7	- 0,9

	Veränderungen gegen Vorjahreszeitraum in % ⁶										
							2013				2014
	2008	2009	2010	2011	2012	2013	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.
Bruttoinlandsprodukt und Komponenten											
Bruttoinlandsprodukt (BIP)	+ 1,1	- 5,1	+ 4,0	+ 3,3	+ 0,7	+ 0,4	- 1,6	+ 0,9	+ 1,1	+ 1,3	+ 2,5
Inländische Verwendung	+ 1,2	- 2,3	+ 2,4	+ 2,8	- 0,3	+ 0,7	- 0,9	+ 0,9	+ 1,7	+ 1,0	+ 2,7
Private Konsumausgaben ³	+ 0,8	+ 0,2	+ 1,0	+ 2,3	+ 0,8	+ 0,9	- 0,4	+ 1,3	+ 1,8	+ 0,9	+ 1,1
Konsumausgaben des Staates	+ 3,2	+ 3,0	+ 1,3	+ 1,0	+ 1,0	+ 0,4	+ 0,4	+ 0,3	+ 0,8	+ 0,1	+ 0,5
Bruttoanlageinvestitionen	+ 1,3	- 11,7	+ 5,7	+ 6,9	- 2,1	- 0,8	- 7,2	+ 0,2	+ 1,6	+ 1,3	+ 8,1
Ausrüstungen	+ 2,9	- 22,7	+ 10,0	+ 5,8	- 4,0	- 2,4	- 8,9	- 1,1	- 0,2	0,0	+ 6,0
Bauten	- 0,7	- 3,2	+ 3,2	+ 7,8	- 1,4	- 0,2	- 7,0	+ 0,6	+ 2,4	+ 2,0	+ 10,2
Sonstige Anlagen	+ 6,2	- 2,9	+ 2,3	+ 5,1	+ 3,4	+ 3,0	+ 2,1	+ 3,2	+ 3,3	+ 3,1	+ 3,3
Exporte	+ 2,8	- 13,0	+ 15,2	+ 8,0	+ 3,2	+ 0,9	- 2,6	+ 1,5	+ 0,9	+ 4,0	+ 5,5
Importe	+ 3,4	- 7,8	+ 12,5	+ 7,4	+ 1,4	+ 1,5	- 1,4	+ 1,5	+ 2,3	+ 3,7	+ 6,2

Quelle: Statistisches Bundesamt.

- 1 Preisbereinigt, Kettenindex 2005=100;
- 2 Kalender- und saisonbereinigt, Verfahren Census X-12-ARIMA;
- 3 Einschließlich private Organisationen ohne Erwerbszweck;
- 4 Rechnerischer Wachstumsbeitrag zum Bruttoinlandsprodukt;
- 5 Einschließlich Nettozugang an Wertsachen;
- 6 Ursprungszahlen von Kalenderunregelmäßigkeiten nicht bereinigt.

1.2 Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts und wichtiger Verwendungskomponenten¹



Quelle: Statistisches Bundesamt.

¹ Preisbereinigt, Kettenindex 2005 = 100, kalender- und saisonbereinigte Werte, Verfahren Census X-12-ARIMA;

² Ursprungszahlen von Kalenderunregelmäßigkeiten nicht bereinigt.

1.3 Bruttowertschöpfung, gesamtwirtschaftliche Kennzahlen und Prognosespektrum

	Veränderungen gegen Vorzeitraum in % ¹										
	2011		2012		2013						2014
	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.
Bruttowertschöpfung nach Wirtschaftsbereichen²											
Bruttowertschöpfung ³	+ 0,6	+ 0,1	+ 0,4	+ 0,1	+ 0,2	- 0,5	0,0	+ 0,7	+ 0,4	+ 0,7	+ 0,5
Produzierendes Gewerbe (ohne Baugewerbe)	+ 0,8	- 1,1	+ 0,9	- 0,3	+ 0,3	- 2,0	+ 0,8	+ 0,7	+ 0,4	+ 1,5	+ 0,3
Baugewerbe	- 1,3	+ 2,0	- 0,1	- 1,8	- 0,8	- 2,4	+ 1,4	- 0,7	+ 1,3	+ 0,5	+ 4,4
Handel, Verkehr und Gastgewerbe	+ 1,0	0,0	+ 0,6	+ 0,6	- 1,1	- 0,1	+ 0,3	+ 1,4	- 0,2	+ 1,0	+ 0,9
Finanzierung und Versicherungsdienstleister	+ 1,1	- 2,8	- 0,7	+ 2,9	+ 1,9	+ 2,4	- 6,8	- 0,9	+ 1,9	- 1,8	+ 1,1
Unternehmensdienstleister	+ 0,6	+ 1,2	+ 1,5	- 0,1	+ 0,7	+ 0,3	+ 0,8	+ 1,9	+ 0,8	+ 0,1	+ 0,7
Öffentliche Dienstleister, Erziehung, Gesundheit	+ 0,4	+ 0,6	- 0,1	+ 0,4	+ 0,3	0,0	- 0,6	+ 0,5	0,0	+ 0,7	0,0

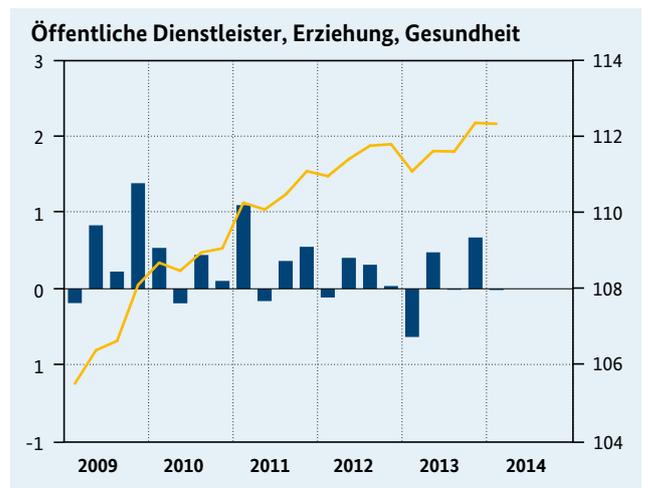
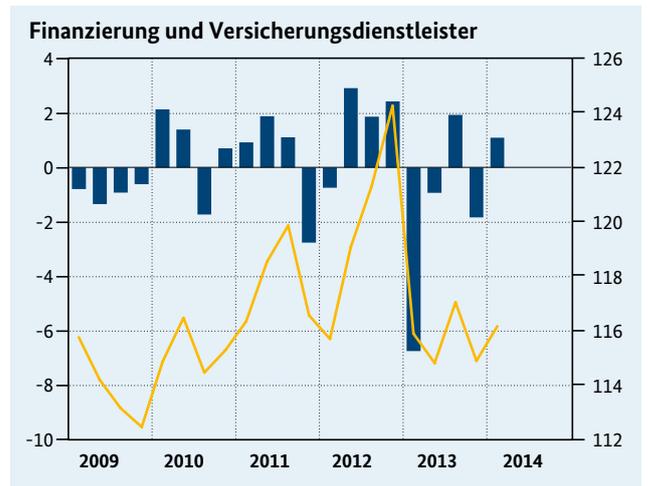
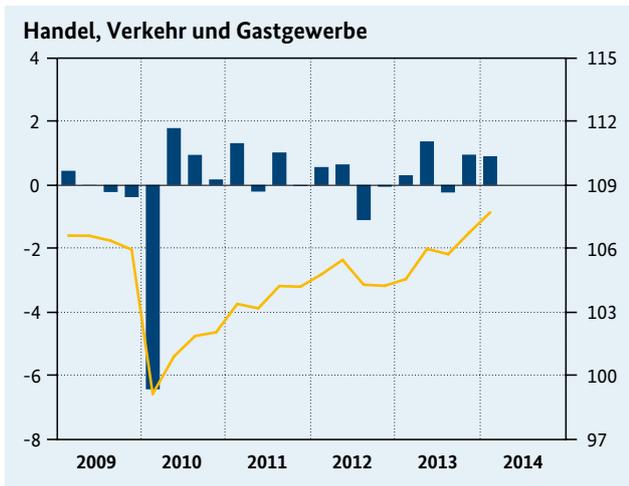
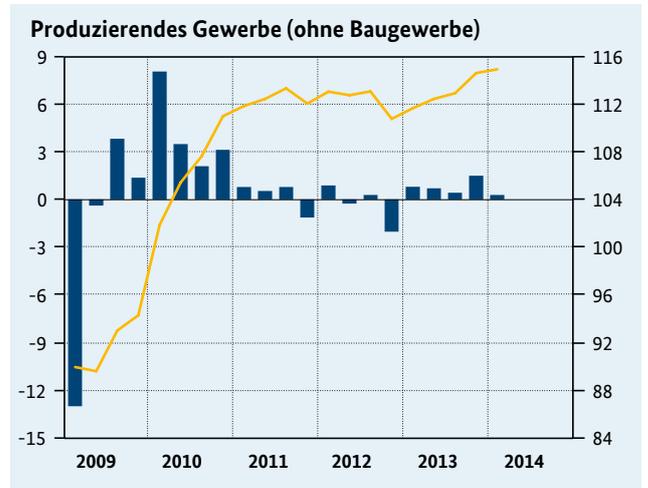
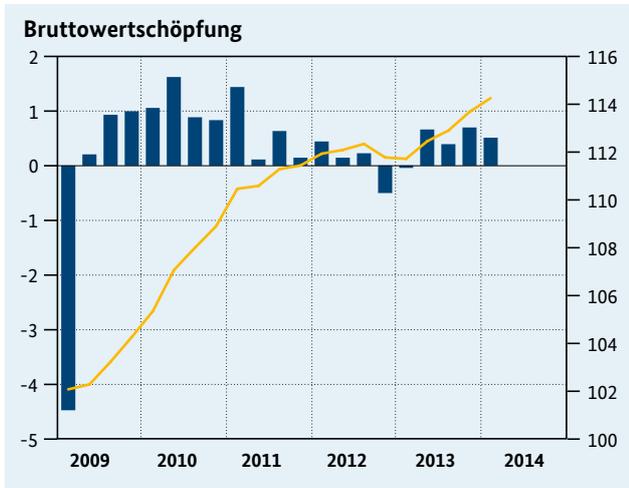
	Veränderungen gegen Vorjahreszeitraum in % ⁶										
	2013						2014				
	2008	2009	2010	2011	2012	2013	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.
Preisentwicklung											
Bruttoinlandsprodukt (BIP)	+ 0,8	+ 1,2	+ 1,0	+ 1,2	+ 1,5	+ 2,2	+ 2,0	+ 2,5	+ 2,2	+ 2,1	+ 1,7
Inländische Verwendung	+ 1,4	- 0,3	+ 1,9	+ 2,2	+ 1,7	+ 1,7	+ 1,8	+ 1,9	+ 1,8	+ 1,6	+ 1,2
Private Konsumausgaben	+ 1,6	0,0	+ 2,0	+ 2,1	+ 1,6	+ 1,6	+ 1,5	+ 1,7	+ 1,7	+ 1,5	+ 1,4
Kennzahlen											
Erwerbstätige ³	+ 1,2	- 2,7	+ 2,2	+ 1,5	+ 1,1	+ 0,6	+ 0,6	+ 0,5	+ 0,6	+ 0,6	+ 0,8
Arbeitsvolumen ⁴	- 0,1	- 5,2	+ 3,5	+ 1,9	+ 0,2	+ 0,2	- 2,3	+ 1,2	+ 1,2	+ 0,6	+ 2,8
Arbeitsproduktivität ⁵	+ 2,1	+ 0,1	+ 2,4	+ 3,0	- 0,4	- 0,1	- 2,2	+ 0,4	+ 0,5	+ 0,7	+ 1,7
Lohnkosten je Arbeitnehmer ⁶	+ 2,3	+ 5,6	- 1,1	+ 1,0	+ 2,6	+ 2,0	+ 2,1	+ 1,8	+ 2,0	+ 1,9	+ 2,5
Lohnstückkosten ⁷	+ 2,6	- 0,5	+ 3,0	+ 3,8	+ 3,1	+ 2,1	+ 4,4	+ 1,4	+ 1,5	+ 1,3	+ 0,8
verfügbares Einkommen ⁸	- 1,5	+ 4,2	- 2,1	- 2,3	+ 2,3	+ 2,2	+ 0,6	+ 2,6	+ 3,3	+ 2,5	+ 2,5
Terms of Trade	0,0	0,0	0,0	0,0	- 0,4	+ 1,4	+ 0,8	+ 1,6	+ 1,4	+ 1,6	+ 1,4

Prognose Bruttoinlandsprodukt ⁹		Veränderung in % gegen Vorjahr		
Institution		Stand	2014	2015
DIW	Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung	06/2014	+ 1,8	+ 2,0
HWWI	Hamburgisches WeltWirtschaftsinstitut	06/2014	+ 2,2	+ 2,4
ifo	ifo-Institut für Wirtschaftsforschung	06/2014	+ 2,0	+ 2,2
IfW	Institut für Weltwirtschaft	06/2014	+ 2,0	+ 2,5
IWH	Institut für Wirtschaftsforschung Halle	06/2014	+ 2,0	+ 2,0
RWI	Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung	06/2014	+ 2,0	+ 2,2
EU	Europäische Union	05/2014	+ 1,8	+ 2,0
OECD	Organisation for Economic Cooperation and Development ¹⁰	05/2014	+ 1,9	+ 2,3
Bundesregierung	Frühjahrsprojektion	04/2014	+ 1,8	+ 2,0
Institute	Gemeinschaftsdiagnose (Institute)	04/2014	+ 1,9	+ 2,0
IWF	Internationaler Währungsfonds	04/2014	+ 1,7	+ 1,6

Quellen: Statistisches Bundesamt, Institute, internationale Organisationen.

- 1 Preisbereinigt, Kettenindex 2005 = 100, kalender- und saisonbereinigt, Verfahren Census X-12-ARIMA; 2 Ohne Nettogütersteuern; 3 Inlandskonzept; 4 Geleistete Arbeitsstunden der Erwerbstätigen (IAB der Bundesagentur für Arbeit, Nürnberg); 5 BIP je Erwerbstätigen; 6 Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmer im Inland; 7 Lohnkosten (Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmer) in Relation zur Arbeitsproduktivität (BIP bzw. Bruttowertschöpfung preisbereinigt je Erwerbstätigen); 8 Der privaten Haushalte; 9 Ursprungszahlen; 10 Eigene Berechnung kalenderbereinigte Werte in Ursprungswerte.

1.4 Bruttowertschöpfung nach Wirtschaftsbereichen¹

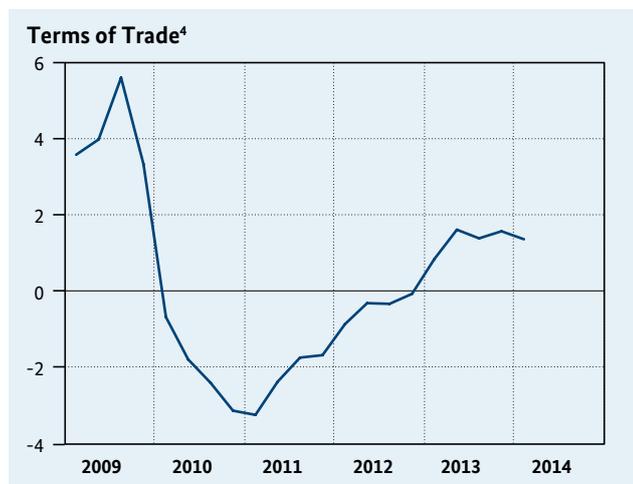
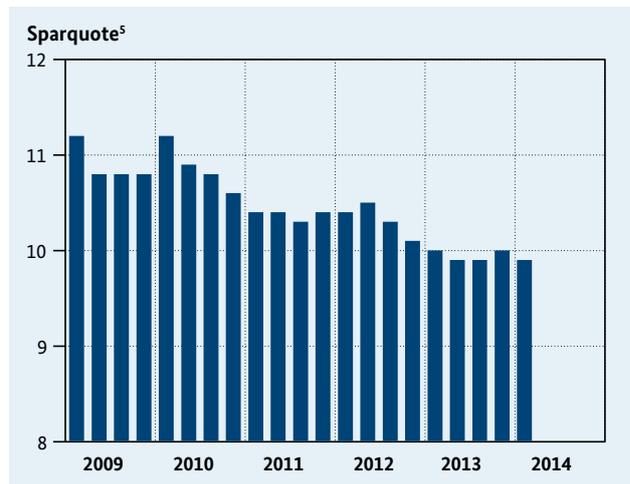
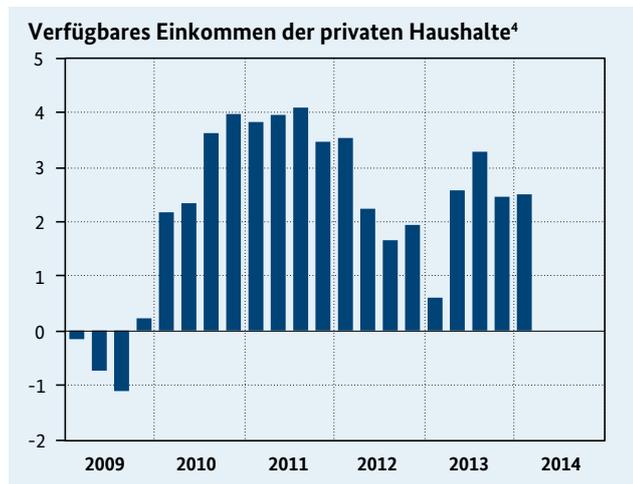


— Kettenindex (rechte Skala)
 ■ Veränderung gegen Vorquartal in % (linke Skala)

Quelle: Statistisches Bundesamt.

1 Preisbereinigt, Kettenindex 2005 = 100, kalender- und saisonbereinigte Werte, Verfahren Census X-12-ARIMA.

1.5 Entwicklung wichtiger gesamtwirtschaftlicher Kennzahlen¹



■ Veränderung gegen Vorjahr in %

■ Vorratsveränderungen ■ Außenbeitrag
■ Inländische Verwendung (ohne Vorratsveränderungen)
— reales BIP gegen Vorquartal in %

Quelle: Statistisches Bundesamt.

1 Preisbereinigt, Kettenindex 2005 = 100; 2 Reales BIP je Erwerbstätigen, Ursprungszahlen;

3 Lohnkosten zur Arbeitsproduktivität, Ursprungszahlen; 4 Ursprungszahlen; 5 Saisonbereinigt, Verfahren Census X-12-ARIMA;

6 Wachstumsbeiträge, Verfahren Census X-12-ARIMA.

1.6 Internationaler Vergleich

					2011		2012			2013				2014		
	2010	2011	2012	2013	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.
Bruttoinlandsprodukt¹	Veränderungen gegen Vorperiode in %															
Deutschland	+ 4,0	+ 3,3	+ 0,7	+ 0,4	+ 0,4	+ 0,1	+ 0,7	- 0,1	+ 0,2	- 0,5	0,0	+ 0,7	+ 0,3	+ 0,4	+ 0,8	-
Eurozone (EZ 18) ²	+ 1,9	+ 1,6	- 0,7	- 0,4	0,0	- 0,2	- 0,1	- 0,3	- 0,2	- 0,5	- 0,2	+ 0,3	+ 0,1	+ 0,3	+ 0,2	-
Europäische Union (EU 28) ³	+ 2,0	+ 1,6	- 0,4	+ 0,1	+ 0,2	- 0,2	0,0	- 0,2	0,0	- 0,4	0,0	+ 0,4	+ 0,3	+ 0,4	+ 0,3	-
Japan	+ 4,7	- 0,5	+ 1,4	+ 1,5	+ 2,6	+ 0,2	+ 1,0	- 0,6	- 0,8	0,0	+ 1,3	+ 0,7	+ 0,3	+ 0,1	+ 1,6	-
USA	+ 2,5	+ 1,8	+ 2,8	+ 1,9	+ 0,3	+ 1,2	+ 0,9	+ 0,3	+ 0,7	0,0	+ 0,3	+ 0,6	+ 1,0	+ 0,7	- 0,7	-
China	+10,4	+ 9,3	+ 7,7	+ 7,7	+ 2,2	+ 1,8	+ 1,4	+ 2,1	+ 2,0	+ 1,9	+ 1,6	+ 1,8	+ 2,3	+ 1,7	+ 1,5	+ 2,0
Leistungsbilanzsaldo	in % des BIP⁴															
Deutschland	+ 5,7	+ 6,2	+ 7,5	+ 7,1	+ 6,5	+ 6,5	+ 7,0	+ 7,4	+ 8,2	+ 7,2	+ 7,1	+ 7,2	+ 6,6	+ 7,4	+ 7,3	-
Eurozone (EZ 18) ²	0,0	+ 0,1	+ 1,5	+ 2,4	+ 0,2	+ 0,5	+ 0,9	+ 1,4	+ 1,8	+ 1,8	+ 2,2	+ 2,6	+ 2,1	+ 2,8	+ 2,3	-
Europäische Union (EU 28) ³	- 0,5	- 0,3	+ 0,6	+ 1,1	- 0,4	+ 0,2	+ 0,1	+ 0,4	+ 1,1	+ 0,7	+ 1,0	+ 1,4	+ 0,9	+ 1,0	+ 0,8	-
Japan	+ 4,0	+ 2,1	+ 1,1	+ 0,7	+ 0,5	+ 0,4	+ 0,3	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,3	+ 0,2	+ 0,4	+ 0,1	0,0	- 0,3	-
USA	- 2,9	- 2,9	- 2,8	- 2,3	- 0,7	- 0,7	- 0,8	- 0,7	- 0,7	- 0,6	- 0,6	- 0,6	- 0,6	- 0,5	- 0,7	-
China	+ 4,0	+ 1,9	+ 2,6	+ 2,0	+ 0,4	+ 0,3	+ 0,3	+ 0,5	+ 0,6	+ 0,3	+ 0,4	+ 0,4	+ 0,3	+ 0,2	+ 0,1	-
				2013								2014				
	2011	2012	2013	Juni	Juli	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.	Feb.	März	April	Mai	Juni
Arbeitslosenquoten⁵	in %															
Deutschland	6,0	5,5	5,3	5,3	5,3	5,3	5,3	5,2	5,2	5,2	5,2	5,2	5,2	5,2	5,2	-
Eurozone (EZ 18) ²	10,1	11,3	12,0	12,0	11,9	12,0	12,0	11,9	11,9	11,8	11,8	11,7	11,7	11,6	11,6	-
Europäische Union (EU 28) ³	9,6	10,5	10,8	10,9	10,8	10,8	10,8	10,7	10,7	10,6	10,6	10,5	10,4	10,4	10,3	-
Japan	4,6	4,3	4,0	3,9	3,9	4,1	4,0	4,0	3,9	3,7	3,7	3,6	3,6	3,6	3,5	-
USA	8,9	8,1	7,4	7,5	7,3	7,2	7,2	7,2	7,0	6,7	6,6	6,7	6,7	6,3	6,3	6,1
China	4,1	4,1	4,1	4,1	4,0	4,0	4,0	4,1	4,1	4,1	4,1	4,1	4,1	-	-	-
Verbraucherpreise	Veränderungen gegen Vorjahreszeitraum in %															
Deutschland	+ 2,5	+ 2,1	+ 1,6	+ 1,9	+ 1,9	+ 1,6	+ 1,6	+ 1,2	+ 1,6	+ 1,2	+ 1,2	+ 1,0	+ 0,9	+ 1,1	+ 0,6	+ 1,0
Eurozone (EZ 18) ²	+ 2,7	+ 2,5	+ 1,4	+ 1,6	+ 1,6	+ 1,3	+ 1,1	+ 0,7	+ 0,9	+ 0,8	+ 0,8	+ 0,7	+ 0,5	+ 0,7	+ 0,5	+ 0,5
Europäische Union (EU 28) ³	+ 3,1	+ 2,6	+ 1,5	+ 1,7	+ 1,7	+ 1,5	+ 1,3	+ 0,9	+ 1,0	+ 1,0	+ 0,9	+ 0,8	+ 0,6	+ 0,8	+ 0,6	+ 0,7
Japan	- 0,3	0,0	+ 0,4	+ 0,2	+ 0,7	+ 0,9	+ 1,0	+ 1,1	+ 1,6	+ 1,6	+ 1,4	+ 1,5	+ 1,6	+ 3,4	+ 3,7	-
USA	+ 3,2	+ 2,1	+ 1,5	+ 1,8	+ 2,0	+ 1,5	+ 1,2	+ 1,0	+ 1,2	+ 1,5	+ 1,6	+ 1,1	+ 1,5	+ 2,0	+ 2,1	-
China	+ 5,4	+ 2,6	+ 2,6	+ 2,7	+ 2,7	+ 2,6	+ 3,1	+ 3,2	+ 3,0	+ 2,5	+ 2,5	+ 2,0	+ 2,4	+ 1,8	+ 2,5	+ 2,3

Quellen: Statistisches Bundesamt, OECD, Eurostat, National Bureau of Statistics of China.

1 Preisbereinigt, Jahresangaben auf Basis von Ursprungszahlen, Quartalsangaben auf Basis von saisonbereinigten Werten;

2 Eurozone 18 Mitgliedstaaten (Stand 01.01.2014);

3 Europäische Union 28 Mitgliedstaaten (Stand 01.07.2013);

4 Jeweilige Preise, saisonbereinigte Angaben;

5 Abgrenzung nach ILO, saisonbereinigte Angaben.

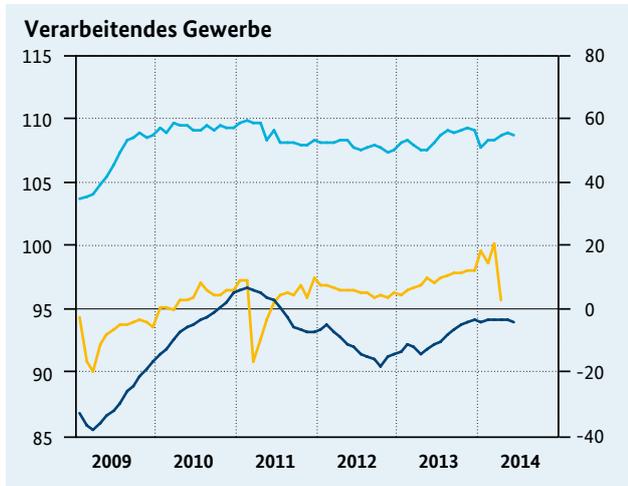
1.7 Internationaler Vergleich – Konjunkturindikatoren

				2013		2014		2014					
	2011	2012	2013	3.Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	Feb.	März	Apr.	Mai	Juni	Juli
Welt													
OECD & major six CLI ¹	100,5	99,8	99,9	99,9	100,0	100,0	-	100,0	100,0	100,0	100,0	-	-
CPB Welt Industrieproduktion ²	116,1	119,4	122,4	122,9	124,3	125,3	-	125,4	125,5	125,8	-	-	-
CPB Welthandel ²	126,0	128,4	131,8	132,3	134,4	133,4	-	133,1	132,9	134,7	-	-	-
S&P GSCI Rohstoff Index	5090	4938	4837	4904	4797	4848	5039	4965	4972	5008	5000	5105	-
Eurozone													
Vertrauensindikator für die Industrie ³	0,2	-11,7	-9,3	-8,3	-4,1	-3,5	-3,6	-3,5	-3,3	-3,5	-3,1	-4,3	-
Industrieproduktion ⁴	104,8	102,0	101,2	101,4	102,2	103,1	-	103,4	102,8	103,5	101,8	-	-
Langfristige Renditen, 10-jährige Staatsanleihen	4,4	4,0	3,0	3,1	3,0	2,7	2,2	2,7	2,5	2,4	2,2	2,1	-
Konsumentenvertrauen ⁵	-14,3	-22,1	-18,6	-15,9	-14,4	-11,2	-7,7	-12,7	-9,3	-8,6	-7,1	-7,5	-
USA													
Einkaufsmanagerindex Verarbeitendes Gewerbe ⁶	55,2	51,8	53,9	55,7	56,7	52,7	55,2	53,2	53,7	54,9	55,4	55,3	-
Industrieproduktion ⁷	93,6	97,1	99,9	100,1	101,3	102,2	103,6	102,2	103,2	103,2	103,7	103,9	-
Langfristige Renditen, 10-jährige Staatsanleihen	2,8	1,8	2,3	2,7	2,7	2,8	2,6	2,7	2,7	2,7	2,6	2,6	-
Konsumentenvertrauen ⁸	58,1	67,1	73,2	81,0	74,0	80,5	83,0	78,3	83,9	81,7	82,2	85,2	-
Japan													
All-Industry-Activity-Index ⁹	95,6	96,4	97,3	97,6	97,9	99,5	-	98,6	100,1	95,8	-	-	-
Industrieproduktion ¹⁰	97,4	97,6	97,0	97,8	99,6	102,5	-	101,5	102,2	99,3	100,0	-	-
Langfristige Renditen, 10-jährige Staatsanleihen	1,1	0,8	0,7	0,7	0,7	0,6	0,6	0,6	0,6	0,6	0,6	0,6	0,5
Konsumentenvertrauen ¹¹	37,7	40,0	43,6	44,0	41,7	38,8	39,1	38,5	37,5	37,0	39,3	41,1	-
China													
Vertrauensindikator für die Industrie ¹²	51,4	50,8	50,8	50,8	51,3	50,3	50,7	50,2	50,3	50,4	50,8	51,0	-
Industrieproduktion ¹³	+13,7	+10,8	+9,7	+10,1	+10,0	+8,8	+8,9	-	+8,8	+8,7	+8,8	+9,2	-
Langfristige Renditen, 10-jährige Staatsanleihen	3,9	3,5	3,9	3,9	4,4	4,6	4,2	4,5	4,6	4,4	4,1	4,1	-
Konsumentenvertrauen ¹⁴	103,3	102,4	101,2	98,3	101,4	104,0	-	103,1	107,9	104,8	102,3	-	-

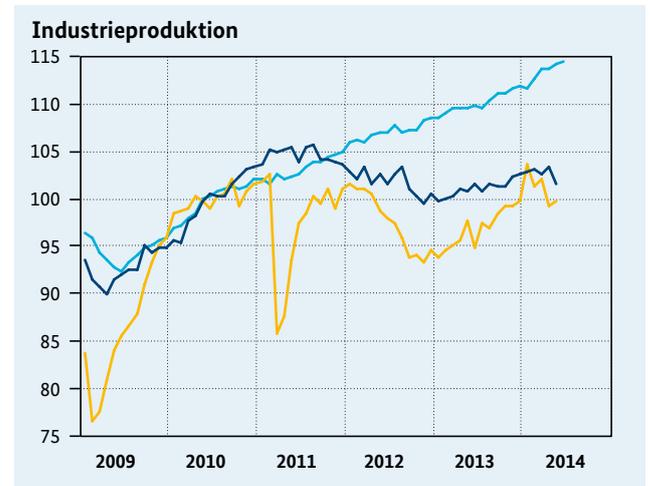
Quellen: OECD, CPB, Standard & Poor's, Eurostat, EU-Kommission, ISM, FED, University of Michigan, Japanese MITI, Japanese Cabinet Office, National Bureau of Statistics of China, China Federation of Logistics and Purchasing, Macrobond.

- 1 OECD Composite Leading Indicator, amplitude & seasonal adjusted;
- 2 Index 2005 = 100, preis- und saisonbereinigt;
- 3 DG ECFIN Business Climate Indicator, Salden, saisonbereinigt;
- 4 Index 2010 = 100, preis-, kalender- und saisonbereinigt;
- 5 DG ECFIN Consumer Confidence Indicator, Salden, saisonbereinigt;
- 6 Zusammengesetzter Diffusionsindex, Salden positiver und negativer Antworten, Mittelwert = 50, saisonbereinigt;
- 7 Index 2007 = 100, preis-, kalender- und saisonbereinigt;
- 8 Conference Board, Index 1985 = 100, saisonbereinigt;
- 9 Index 2005 = 100, saisonbereinigt;
- 10 Index 2010 = 100, preis- und saisonbereinigt;
- 11 Gesamtindex, saisonbereinigt;
- 12 Manufacturing PMI, Index, Wachstumsschwelle = 50, saisonbereinigt;
- 13 Jahresraten auf Basis von Ursprungszahlen;
- 14 Consumer Confidence Index, Wachstumsschwelle = 100.

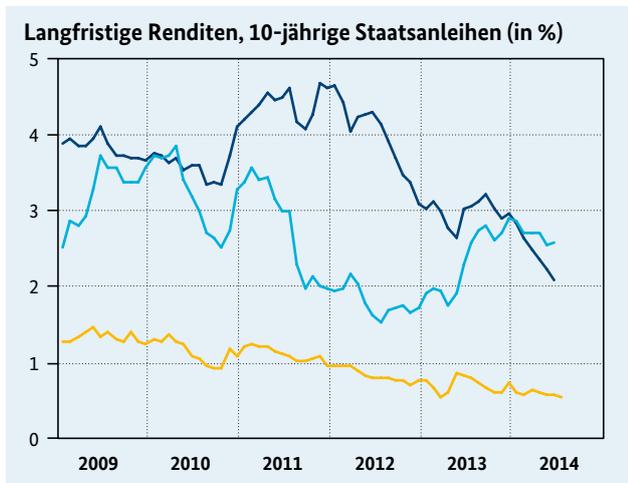
1.8 Internationaler Vergleich – Entwicklung der Konjunkturindikatoren



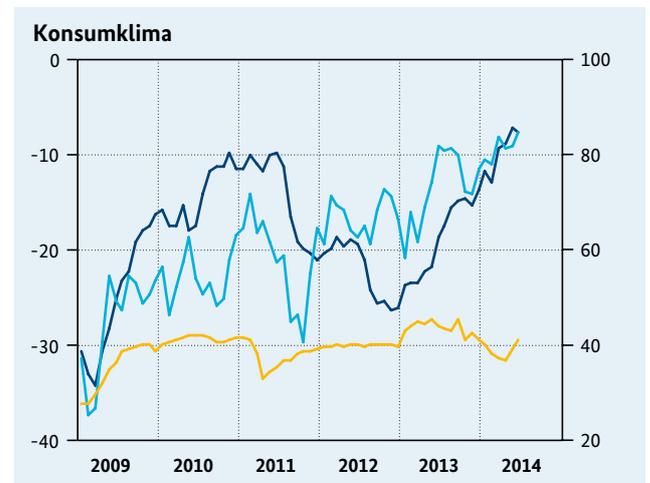
— USA-Einkaufsmanagerindex Verarbeitendes Gewerbe (rechte Skala)¹
 — Japan-All-Industry-Activity-Index (linke Skala)²
 — Vertrauensindikator für die Industrie in der Eurozone (rechte Skala)³



— Eurozone⁶
 — USA⁴
 — Japan⁵



— Eurozone
 — USA
 — Japan



— Eurozone (linke Skala)⁹
 — USA (rechte Skala)⁷
 — Japan (rechte Skala)⁸
 Zeitreihen nicht direkt miteinander vergleichbar.

Quellen: ISM, Japanese MITI, EU-Kommission, FED, Eurostat, University of Michigan.

- 1 Zusammengesetzter Diffusionsindex, Salden positiver und negativer Antworten, Mittelwert = 50, saisonbereinigt;
- 2 Index 2005 = 100, saisonbereinigt;
- 3 DG ECFIN Business Climate Indicator, Salden, saisonbereinigt;
- 4 Index 2010 = 100 (eigene Berechnung), preis-, kalender- und saisonbereinigt;
- 5 Index 2010 = 100, preis- und saisonbereinigt;
- 6 Index 2010 = 100, preis-, kalender- und saisonbereinigt;
- 7 Conference Board, Index 1985 = 100, saisonbereinigt;
- 8 Gesamtindex, saisonbereinigt;
- 9 DG ECFIN Consumer Confidence Indicator, Salden, saisonbereinigt.

2. Produzierendes Gewerbe

2.1 Produktion, Umsätze, Kapazitätsauslastung

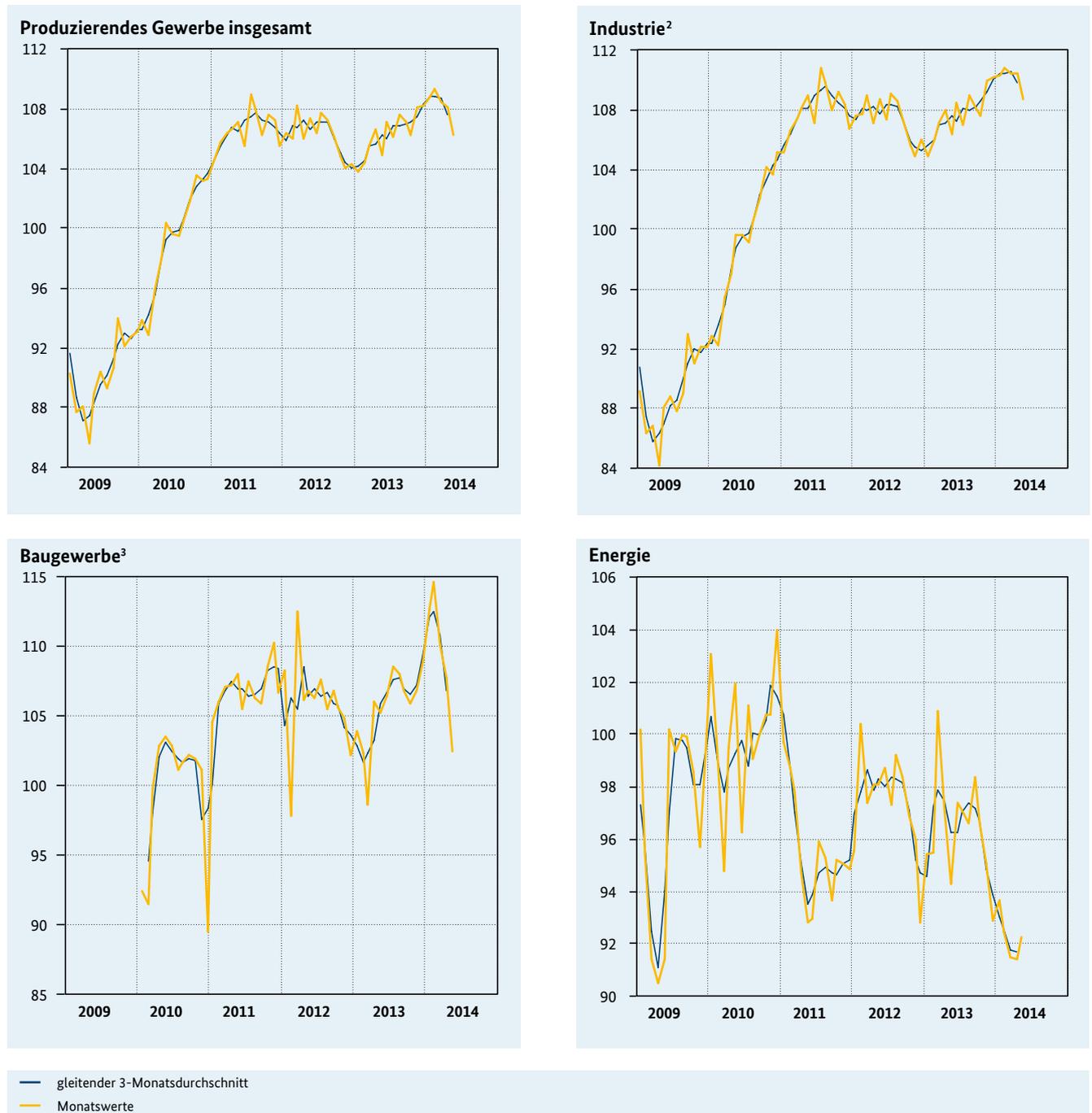
Bundesrepublik Deutschland

		2013			2014			2013	2014					
		2011	2012	2013	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	Dez.	Jan.	Feb.	März	April	Mai
Produktion¹														
Produzierendes Gewerbe	Index	106,7	106,3	106,4	106,3	107,0	107,6	108,9	108,3	108,9	109,4	108,5	108,2	106,3
	gg. Vp. in %	7,3	-0,4	0,1	1,6	0,7	0,6	1,2	0,2	0,6	0,5	-0,8	-0,3	-1,8
	gg. Vj. in %	7,2	-0,5	0,2	-0,3	-0,1	3,0	4,1	3,8	5,0	4,7	2,9	1,3	1,3
Industrie²	Index	108,1	107,4	107,7	107,6	108,1	109,3	110,5	110,2	110,3	110,8	110,5	110,5	108,7
	gg. Vp. in %	8,9	-0,6	0,3	1,5	0,5	1,1	1,1	0,2	0,1	0,5	-0,3	0,0	-1,6
	gg. Vj. in %	8,8	-0,6	0,3	-0,1	-0,1	3,3	4,1	3,8	5,0	4,5	3,2	2,2	2,2
Vorleistungsgüter	Index	106,9	104,6	104,4	104,1	104,3	106,2	107,6	107,0	107,0	108,2	107,5	107,2	104,0
	gg. Vp. in %	7,4	-2,2	-0,2	0,9	0,2	1,8	1,3	0,8	0,0	1,1	-0,6	-0,3	-3,0
	gg. Vj. in %	7,5	-2,2	-0,2	-1,4	-0,5	3,5	4,1	4,5	3,9	5,4	3,2	3,6	0,0
Investitionsgüter	Index	111,8	113,4	113,9	114,1	114,9	115,4	116,7	116,4	116,8	116,8	116,6	116,3	116,6
	gg. Vp. in %	12,8	1,4	0,4	2,6	0,7	0,4	1,1	-0,7	0,3	0,0	-0,2	-0,3	0,3
	gg. Vj. in %	12,7	1,3	0,6	0,6	0,1	4,0	4,7	4,0	7,2	4,2	3,3	0,4	4,8
Konsumgüter	Index	101,8	99,9	100,6	100,1	100,5	101,7	102,5	102,9	102,2	102,3	102,9	104,0	100,4
	gg. Vp. in %	2,3	-1,9	0,7	0,3	0,4	1,2	0,8	1,1	-0,7	0,1	0,6	1,1	-3,5
	gg. Vj. in %	2,3	-1,9	0,7	0,8	0,1	1,8	2,8	2,0	2,1	3,2	2,8	4,0	0,4
Baugewerbe	Index	107,0	105,9	105,7	105,9	107,8	107,2	112,5	109,0	112,7	114,6	110,2	107,8	102,5
	gg. Vp. in %	7,9	-1,0	-0,2	4,1	1,8	-0,6	4,9	2,1	3,4	1,7	-3,8	-2,2	-4,9
	gg. Vj. in %	7,9	-1,0	-0,3	-0,5	1,0	2,4	14,2	5,8	13,8	16,5	12,6	1,8	-2,5
Bauhauptgewerbe ³	Index	112,7	111,5	113,8	116,2	117,8	117,3	123,3	119,4	123,4	125,8	120,6	116,2	112,0
	gg. Vp. in %	13,5	-1,1	2,1	11,8	1,4	-0,4	5,1	1,9	3,4	1,9	-4,1	-3,6	-3,6
	gg. Vj. in %	13,6	-1,2	2,1	3,4	4,1	5,6	24,9	15,3	27,0	27,9	21,2	0,9	-2,6
Ausbaugewerbe	Index	101,8	100,8	98,2	96,5	98,7	98,1	102,7	99,6	103,0	104,4	100,7	100,2	93,8
	gg. Vp. in %	2,6	-1,0	-2,6	-3,1	2,3	-0,6	4,7	2,4	3,4	1,4	-3,5	-0,5	-6,4
	gg. Vj. in %	2,5	-0,9	-2,6	-4,9	-2,3	-0,2	4,4	0,7	2,0	6,8	4,1	3,1	-2,5
Energie⁴	Index	95,6	97,4	96,5	96,3	97,4	94,9	92,6	92,9	93,7	92,5	91,5	91,4	92,3
	gg. Vp. in %	-4,5	1,9	-0,9	-1,0	1,1	-2,6	-2,4	-2,3	0,9	-1,3	-1,1	-0,1	1,0
	gg. Vj. in %	-4,5	1,8	-0,9	-2,1	-0,8	-0,4	-4,9	-0,1	-1,9	-3,1	-9,3	-5,8	-2,4
Umsätze in der Industrie¹														
Industrie insgesamt	Index	106,5	105,9	105,7	105,5	105,7	107,5	109,1	108,0	110,2	109,0	108,2	108,9	106,9
	gg. Vp. in %	7,3	-0,6	-0,2	1,2	0,2	1,7	1,5	-0,4	2,0	-1,1	-0,7	0,6	-1,8
	gg. Vj. in %	7,1	-0,7	0,0	-0,8	-0,6	3,7	4,5	3,8	6,6	4,9	2,5	2,6	1,6
Inland	Index	106,5	104,8	103,2	102,6	103,7	104,1	105,9	104,3	106,5	105,7	105,4	106,3	103,0
	gg. Vp. in %	7,3	-1,6	-1,5	0,2	1,1	0,4	1,7	-0,6	2,1	-0,8	-0,3	0,9	-3,1
	gg. Vj. in %	7,1	-1,7	-1,4	-2,7	-1,2	1,9	3,3	2,5	4,2	3,7	2,3	3,9	0,4
darunter: Investitionsgüter	Index	108,7	109,5	107,6	106,5	108,0	109,0	111,1	109,5	111,9	110,4	111,1	109,9	108,7
	gg. Vp. in %	9,8	0,7	-1,7	-0,2	1,4	0,9	1,9	-1,4	2,2	-1,3	0,6	-1,1	-1,1
	gg. Vj. in %	9,7	0,6	-1,6	-2,9	-2,0	2,8	4,0	2,4	6,5	4,3	1,9	3,2	2,9
Ausland	Index	106,5	107,0	108,4	108,6	107,9	111,2	112,6	111,9	114,1	112,5	111,2	111,7	111,1
	gg. Vp. in %	7,3	0,5	1,3	2,4	-0,6	3,1	1,3	-0,3	2,0	-1,4	-1,2	0,4	-0,5
	gg. Vj. in %	7,1	0,5	1,4	1,1	0,2	5,3	5,8	5,0	9,1	6,0	2,9	1,2	2,9
darunter: Eurozone	Index	104,5	98,9	97,1	96,3	96,6	99,5	99,8	101,5	99,0	100,1	100,3	102,2	99,4
	gg. Vp. in %	5,1	-5,4	-1,8	0,2	0,3	3,0	0,3	1,6	-2,5	1,1	0,2	1,9	-2,7
	gg. Vj. in %	5,0	-5,5	-1,7	-3,6	-2,2	3,7	3,9	6,6	3,4	4,5	3,7	6,3	2,9
		2011	2012			2013			2014					
Kapazitäts- und Geräteauslastung⁵		2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.
Verarbeitendes Gewerbe	in %	85,8	86,0	84,8	84,5	84,4	83,1	81,5	82,5	82,1	83,2	83,2	83,4	84,3

Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank, ifo Institut für Wirtschaftsforschung.

1 Volumenangaben; kalender- und saisonbereinigt (Verfahren Census X-12-ARIMA); Index 2010 = 100; Vorjahresveränderungen auf Basis kalenderbereinigter Daten; 2 Verarbeitendes Gewerbe, soweit nicht der Energie zugeordnet zuzüglich Erzbergbau, Gewinnung von Steinen und Erden; 3 Tiefbau und Hochbau ohne Ausbaugewerbe; 4 Energieversorgung, Kohlenbergbau, Gewinnung von Erdöl und Erdgas, Mineralölverarbeitung; 5 Laut ifo Konjunkturtest; Saisonbereinigung des ifo Instituts; Verarbeitendes Gewerbe ohne Energie.

2.2 Entwicklung der Produktion¹



Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank.

1 Saisonbereinigt, Verfahren Census X-12-ARIMA; preisbereinigt, Index 2010 = 100;

2 Produzierendes Gewerbe (ohne Energie und Bauleistungen);

3 Für das Baugewerbe liegen keine Daten vor Januar 2010 vor.

2.3 Auftragseingang im Verarbeitenden Gewerbe

Bundesrepublik Deutschland

		2013			2014				2013					2014	
		2011	2012	2013	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	Dez.	Jan.	Feb.	März	April	Mai	
Auftragseingang¹															
Industrie insgesamt	Index	107,3	103,2	106,0	104,9	106,5	108,9	108,9	109,2	109,3	110,3	107,2	110,8	108,9	
	gg. Vp. in %	7,7	-3,8	2,7	1,1	1,5	2,3	0,0	0,1	0,1	0,9	-2,8	3,4	-1,7	
	gg. Vj. in %	7,7	-3,7	2,8	1,4	4,5	5,8	4,9	6,4	7,0	6,5	1,5	6,6	5,5	
Inland	Index	106,9	100,8	101,8	100,1	102,8	102,9	104,9	102,2	104,2	105,5	104,9	106,1	103,5	
	gg. Vp. in %	7,4	-5,7	1,0	-1,3	2,7	0,1	1,9	-2,2	2,0	1,2	-0,6	1,1	-2,5	
	gg. Vj. in %	7,3	-5,6	1,0	-1,7	3,5	4,0	3,6	2,7	4,2	4,3	2,1	5,9	5,4	
Ausland	Index	107,6	105,1	109,4	108,8	109,5	113,7	112,2	114,9	113,4	114,2	109,1	114,6	113,2	
	gg. Vp. in %	7,9	-2,3	4,1	2,8	0,6	3,8	-1,3	1,8	-1,3	0,7	-4,5	5,0	-1,2	
	gg. Vj. in %	8,0	-2,3	4,2	3,8	5,2	7,1	5,9	8,9	9,2	8,2	0,9	7,2	5,6	
Eurozone	Index	106,6	95,6	98,9	97,6	97,9	104,2	99,2	108,6	98,4	104,8	94,4	102,8	108,7	
	gg. Vp. in %	6,9	-10,3	3,5	1,9	0,3	6,4	-4,8	6,7	-9,4	6,5	-9,9	8,9	5,7	
	gg. Vj. in %	7,1	-10,4	3,8	1,5	4,0	10,3	3,5	14,0	4,4	11,5	-4,5	7,4	15,6	
Nicht-Eurozone	Index	108,3	111,7	116,8	116,5	117,5	120,4	121,3	119,3	123,9	120,8	119,3	122,8	116,4	
	gg. Vp. in %	8,7	3,1	4,6	3,3	0,9	2,5	0,7	-1,2	3,9	-2,5	-1,2	2,9	-5,2	
	gg. Vj. in %	8,7	3,2	4,6	5,2	6,0	5,3	7,3	5,9	12,3	6,1	4,2	7,3	0,3	
Vorleistungsgüter	Index	104,6	99,7	100,1	98,7	99,8	102,7	103,0	101,3	102,4	104,1	102,6	103,6	100,1	
	gg. Vp. in %	4,9	-4,7	0,4	-0,4	1,1	2,9	0,3	-1,1	1,1	1,7	-1,4	1,0	-3,4	
	gg. Vj. in %	5,1	-4,7	0,3	-1,4	1,2	4,2	4,0	2,8	4,8	6,4	1,1	4,8	1,6	
Inland	Index	104,8	99,0	99,4	97,6	99,6	101,0	101,9	101,7	101,9	103,1	100,7	102,5	100,4	
	gg. Vp. in %	5,2	-5,5	0,4	-1,6	2,0	1,4	0,9	0,6	0,2	1,2	-2,3	1,8	-2,0	
	gg. Vj. in %	5,3	-5,5	0,3	-2,1	1,5	3,7	2,8	4,7	3,8	5,4	-0,6	5,2	3,2	
Ausland	Index	104,4	100,6	100,9	100,0	100,1	104,6	104,3	100,8	102,9	105,3	104,8	104,9	99,7	
	gg. Vp. in %	4,7	-3,6	0,3	1,0	0,1	4,5	-0,3	-3,0	2,1	2,3	-0,5	0,1	-5,0	
	gg. Vj. in %	4,8	-3,6	0,3	-0,6	0,7	4,7	5,3	0,7	6,1	7,4	2,9	4,6	-0,1	
Investitionsgüter	Index	109,7	105,8	110,5	109,4	111,5	113,6	113,4	115,4	114,2	114,9	111,1	116,0	115,2	
	gg. Vp. in %	10,1	-3,6	4,4	1,6	1,9	1,9	-0,2	1,2	-1,0	0,6	-3,3	4,4	-0,7	
	gg. Vj. in %	10,3	-3,6	4,6	3,3	7,1	7,0	5,1	8,8	8,1	6,3	1,6	8,2	8,3	
Inland	Index	109,7	103,3	104,9	102,7	107,0	105,6	108,5	103,5	106,9	108,7	109,8	110,3	107,3	
	gg. Vp. in %	10,3	-5,8	1,5	-1,4	4,2	-1,3	2,7	-4,8	3,3	1,7	1,0	0,5	-2,7	
	gg. Vj. in %	10,2	-5,7	1,5	-1,8	5,8	4,4	4,1	0,9	4,4	3,4	4,5	7,0	8,2	
Ausland	Index	109,8	107,3	114,0	113,4	114,3	118,6	116,5	122,7	118,7	118,8	111,9	119,5	120,0	
	gg. Vp. in %	10,2	-2,3	6,2	3,3	0,8	3,8	-1,8	4,7	-3,3	0,1	-5,8	6,8	0,4	
	gg. Vj. in %	10,2	-2,3	6,4	6,3	7,9	8,4	5,7	12,9	10,3	8,0	-0,2	9,0	8,2	
Konsumgüter	Index	102,7	101,9	103,5	103,6	104,1	106,5	106,9	105,1	109,4	108,4	102,8	109,7	108,4	
	gg. Vp. in %	3,1	-0,8	1,6	3,8	0,5	2,3	0,4	-3,5	4,1	-0,9	-5,2	6,7	-1,2	
	gg. Vj. in %	3,2	-1,0	1,7	1,8	1,5	4,6	7,0	2,1	10,2	8,1	3,0	4,1	5,3	
Inland	Index	102,2	97,0	97,8	98,4	97,3	98,2	101,3	97,6	102,4	100,3	101,1	102,6	99,8	
	gg. Vp. in %	2,6	-5,1	0,8	1,1	-1,1	0,9	3,2	-1,9	4,9	-2,1	0,8	1,5	-2,7	
	gg. Vj. in %	2,7	-5,1	0,8	1,4	0,8	2,9	4,2	2,9	5,9	2,8	3,8	3,9	2,4	
Ausland	Index	103,2	106,0	108,4	108,1	109,9	113,6	111,6	111,6	115,3	115,3	104,2	115,7	115,8	
	gg. Vp. in %	3,6	2,7	2,3	6,1	1,7	3,4	-1,8	-4,5	3,3	0,0	-9,6	11,0	0,1	
	gg. Vj. in %	3,7	2,6	2,2	2,3	2,0	6,0	9,4	1,5	13,8	12,4	2,3	4,3	7,6	
Industrie ohne Großaufträge²	Index	106,4	103,5	105,0	104,2	105,4	107,0	108,8	106,7	109,4	109,3	107,6	109,1	105,1	
	gg. Vp. in %	6,8	-2,7	1,4	0,9	1,2	1,5	1,7	-0,7	2,5	-0,1	-1,6	1,4	-3,7	
	gg. Vj. in %	6,7	-2,6	1,4	0,2	2,8	4,2	5,3	3,4	6,9	6,0	3,3	4,5	1,8	

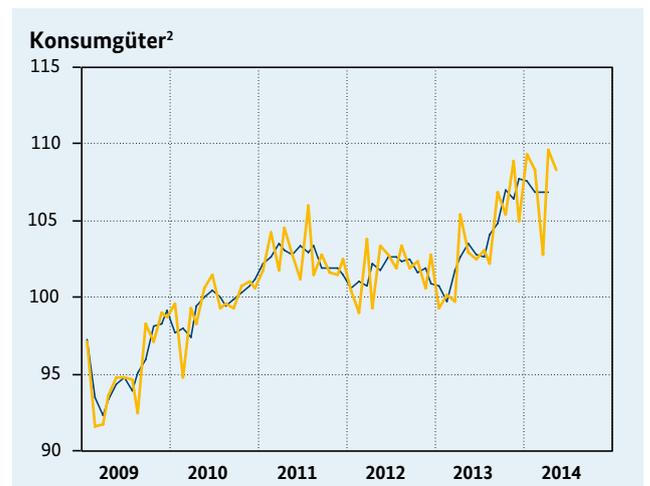
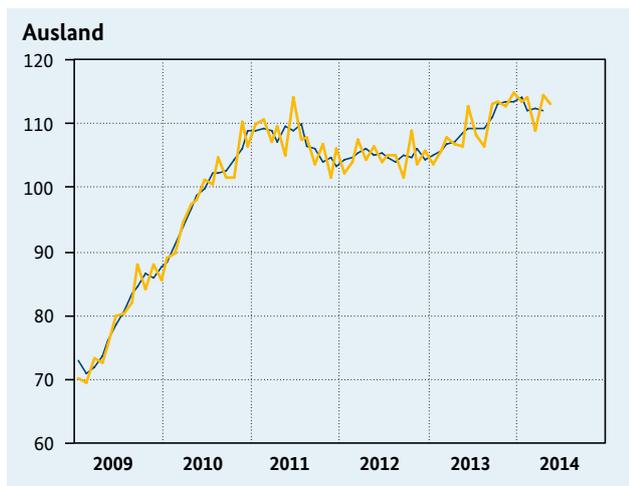
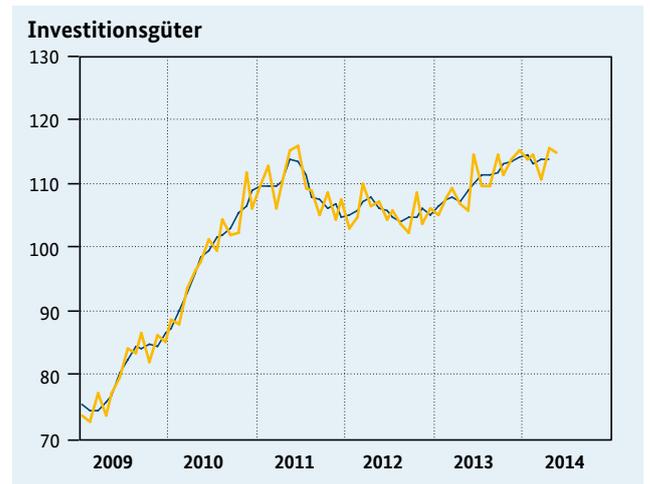
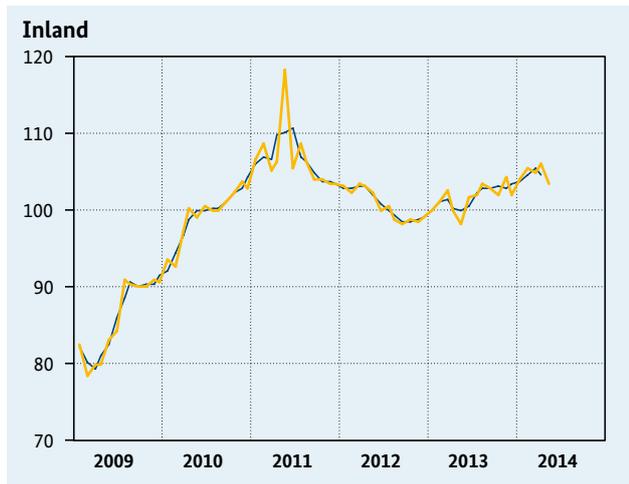
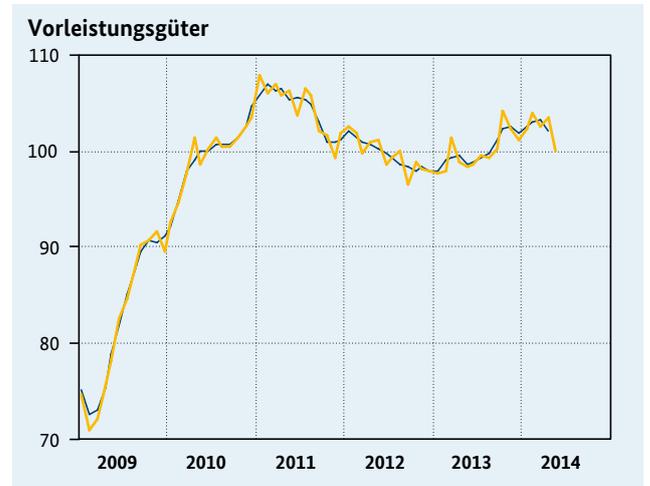
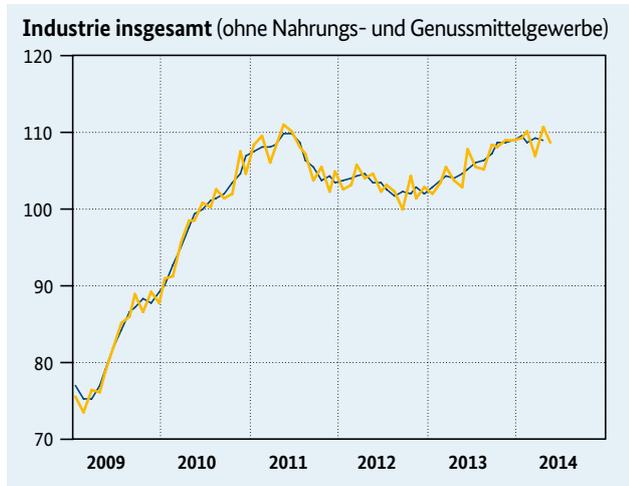
Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank.

1 Volumenangaben; kalender- und saisonbereinigt; Index 2010 = 100; Vorjahresveränderungen auf Basis kalenderbereinigter Daten;

2 Auftragseingänge ohne Großaufträge über 50 Mio. Euro auf Basis freiwilliger Angaben.

2.4 Entwicklung des Auftragseingangs der Industrie¹

Bundesrepublik Deutschland



— gleitender 3-Monatsdurchschnitt
— Monatswerte

Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank.

¹ Preisbereinigt, Index 2010 = 100; saisonbereinigt, Verfahren Census X-12-ARIMA;

² Gebrauchs- und Verbrauchsgüter.

2.5 Auftragseingang im Bauhauptgewerbe, Baugenehmigungen

Bundesrepublik Deutschland

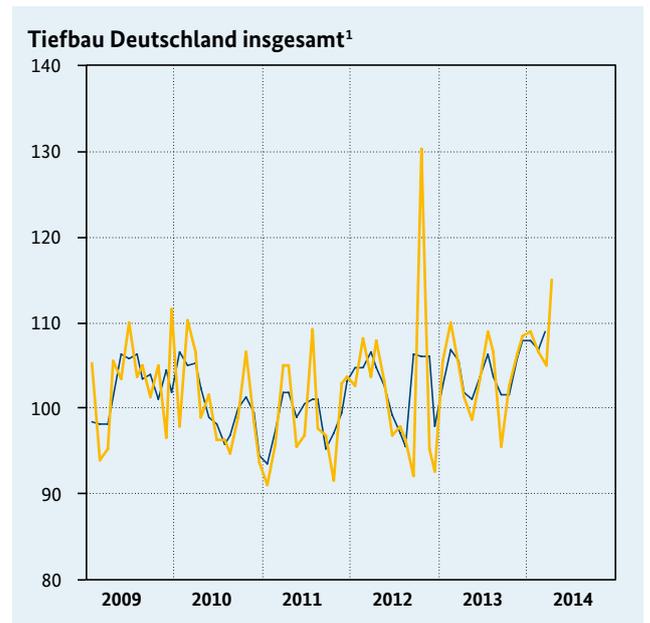
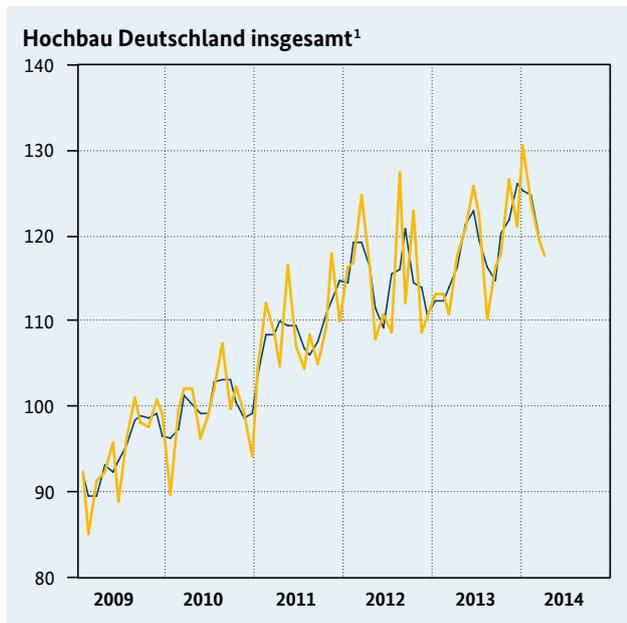
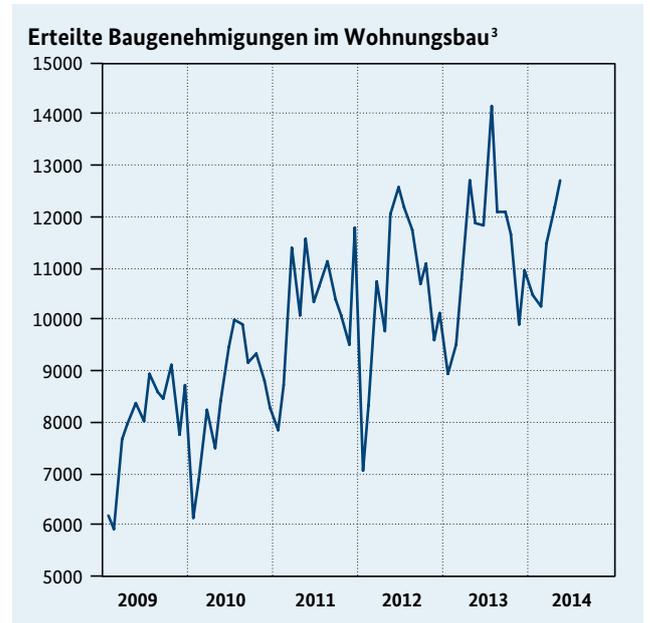
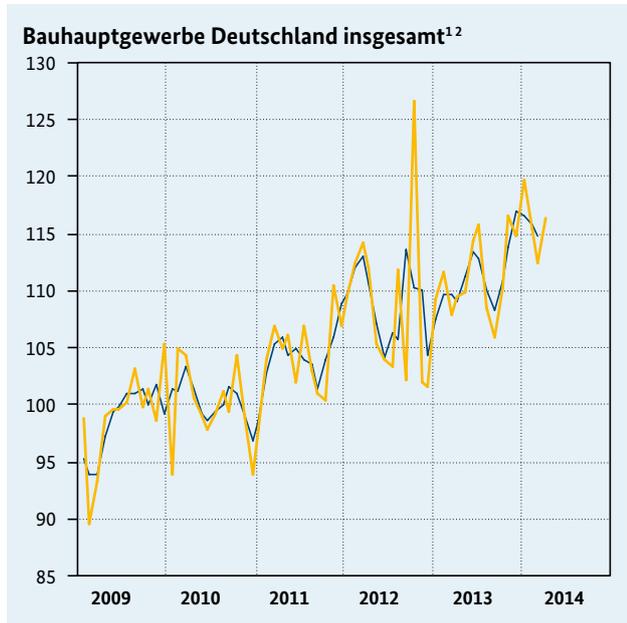
					2013			2014		2014					
		2011	2012	2013	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	Dez.	Jan.	Feb.	März	April	Mai	
Auftragseingang¹															
Bauhauptgewerbe		Index	104,3	108,9	111,3	111,4	110,2	113,9	115,9	114,8	119,8	115,5	112,5	116,4	-
	gg. Vp. in %	4,4	4,4	2,2	1,5	-1,1	3,4	1,8	-1,5	4,4	-3,6	-2,6	3,5	-	
	gg. Vj. in %	4,4	4,2	2,2	3,9	4,4	2,5	5,5	12,0	11,6	2,2	4,2	6,6	-	
Hochbau		Index	109,2	115,4	118,1	121,5	116,5	122,0	124,8	121,2	130,6	124,1	119,7	117,7	-
	gg. Vp. in %	9,6	5,7	2,3	8,0	-4,1	4,7	2,3	-4,3	7,8	-5,0	-3,5	-1,7	-	
	gg. Vj. in %	9,3	5,8	2,3	8,9	0,3	6,2	10,7	9,1	15,9	9,8	7,9	0,4	-	
Wohnungsbau		Index	117,4	126,2	131,1	132,9	131,9	132,2	142,1	137,7	143,4	147,7	135,2	142,8	-
	gg. Vp. in %	18,6	7,5	3,9	4,4	-0,8	0,2	7,5	7,8	4,1	3,0	-8,5	5,6	-	
	gg. Vj. in %	17,9	7,2	4,3	6,0	8,1	3,4	11,6	9,6	8,7	20,9	6,7	14,6	-	
Hochbau ohne Wohnungsbau		Index	105,1	110,0	111,7	115,9	108,8	116,9	116,2	113,0	124,2	112,4	112,0	105,3	-
	gg. Vp. in %	5,2	4,7	1,5	10,3	-6,1	7,4	-0,6	-10,5	9,9	-9,5	-0,4	-6,0	-	
	gg. Vj. in %	5,0	5,1	1,4	10,7	-3,7	7,8	10,2	8,8	20,3	3,6	8,7	-7,8	-	
Tiefbau		Index	99,3	102,3	104,5	101,2	103,8	105,9	107,0	108,4	109,1	106,8	105,2	115,2	-
	gg. Vp. in %	-0,8	3,0	2,2	-5,4	2,6	2,0	1,0	1,8	0,6	-2,1	-1,5	9,5	-	
	gg. Vj. in %	-0,3	2,5	2,0	-1,3	8,8	-1,8	-0,2	15,8	6,2	-5,8	0,4	13,5	-	
Straßenbau		Index	96,4	98,3	103,4	102,2	98,1	104,0	110,7	105,9	93,4	132,5	106,1	106,7	-
	gg. Vp. in %	-3,7	2,0	5,2	-6,6	-4,0	6,0	6,4	7,0	-11,8	41,9	-19,9	0,6	-	
	gg. Vj. in %	-2,8	2,1	3,7	-3,0	6,7	4,9	1,9	14,1	-19,2	29,2	-2,6	4,9	-	
Tiefbau ohne Straßenbau		Index	101,1	104,7	105,1	100,6	107,3	107,0	104,9	109,9	118,6	91,3	104,7	120,3	-
	gg. Vp. in %	1,0	3,6	0,4	-4,6	6,7	-0,3	-2,0	-1,0	7,9	-23,0	14,7	14,9	-	
	gg. Vj. in %	1,2	2,9	1,0	-0,1	10,2	-4,9	-1,2	16,7	19,2	-19,9	2,4	19,7	-	
gewerbliche Auftraggeber (Hoch- und Tiefbau ohne Wohnungsbau)		Index	109,9	112,7	114,2	115,4	111,8	119,8	121,7	115,5	133,2	115,6	116,3	115,9	-
	gg. Vp. in %	10,2	2,5	1,3	5,1	-3,1	7,2	1,6	-11,0	15,3	-13,2	0,6	-0,3	-	
	gg. Vj. in %	9,7	2,8	1,2	5,6	-1,2	5,8	10,0	6,4	26,0	0,4	7,0	4,9	-	
öffentliche Auftraggeber (Hoch- und Tiefbau ohne Wohnungsbau)		Index	93,2	98,0	100,4	98,7	99,8	100,6	99,5	104,7	96,7	102,4	99,4	106,5	-
	gg. Vp. in %	-7,3	5,2	2,4	-3,7	1,1	0,8	-1,1	6,1	-7,6	5,9	-2,9	7,1	-	
	gg. Vj. in %	-6,2	4,4	2,2	1,1	8,8	-2,1	-2,7	22,3	-5,2	-4,7	-0,1	4,5	-	
Baugenehmigungen (Neubau)²															
Hochbau (veranschlagte Kosten)		Mio. €	68220	70395	76490	19365	21801	18697	17832	6228	5640	5879	6312	6890	6921
	gg. Vj. in %	15,8	3,2	8,7	2,6	14,2	5,6	7,2	6,6	5,4	9,2	7,1	2,7	10,0	
Wohngebäude		Mio. €	37290	39266	43680	11467	12364	10656	10414	3538	3357	3307	3750	3959	4186
	gg. Vj. in %	22,3	5,3	11,2	8,1	14,7	10,1	13,3	10,8	16,7	12,5	11,0	-0,1	12,4	
Nichtwohngebäude		Mio. €	30930	31129	32809	7897	9437	8041	7418	2690	2283	2573	2563	2931	2735
	gg. Vj. in %	8,8	0,6	5,4	-4,4	13,5	0,3	-0,2	1,5	-7,7	5,2	1,8	6,7	6,5	
gewerbliche Auftraggeber		Mio. €	22956	23531	23624	5850	6802	5964	5688	2090	1658	2007	2023	2093	2128
	gg. Vj. in %	22,7	2,5	0,4	-9,2	8,9	2,7	13,6	18,2	-4,5	36,7	12,2	3,9	14,5	
öffentliche Auftraggeber		Mio. €	7975	7598	9185	2047	2635	2077	1731	600	626	566	539	838	607
	gg. Vj. in %	-17,9	-4,7	20,9	12,3	27,7	-6,1	-28,7	-32,0	-15,1	-42,1	-24,3	14,5	-14,4	
Wohngebäude (Rauminhalt) ³		Mio. m ³	124	126	137	36,5	38,4	32,6	32,3	11,0	10,5	10,3	11,5	12,2	12,7
	gg. Vj. in %	20,8	2,0	8,5	5,9	10,7	5,8	10,2	8,4	16,9	8,0	6,5	-4,2	6,9	
	gg. Vp. in %	21,0	2,4	8,9	5,7	3,5	-6,2	7,4	0,6	14,1	-6,6	-4,1	4,1	-1,3	
ifo Konjunkturtest⁴															
Kapazitäts- und Geräteauslastung		Salden	71,5	71,7	71,8	79,5	78,0	63,7	75,0	65,9	60,1	65,2	71,6	75,8	77,6
witterungsbedingte Baubehinderungen		Salden	19,9	18,1	28,4	2,7	7,7	24,7	2,7	18,0	40,0	16,0	3,0	3,0	2,0

Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank, ifo Institut für Wirtschaftsforschung, eigene Berechnungen.

- 1 Volumenangaben; kalender- und saisonbereinigt; Index 2010=100; Vorjahresveränderungen auf Basis kalenderbereinigter Daten;
- 2 Ursprungszahlen;
- 3 Ursprungszahlen; Veränderungen gegenüber der Vorperiode auf Basis kalender- und saisonbereinigter Daten;
- 4 Saldo der positiven und negativen Antworten.

2.6 Entwicklung des Auftragseingangs im Bauhauptgewerbe

Bundesrepublik Deutschland



— gleitender 3-Monatsdurchschnitt
 — Monatswerte

Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank.

1 Preis- und saisonbereinigt, Verfahren Census X-12-ARIMA, Index 2010 = 100;

2 Hoch- und Tiefbau einschließlich vorbereitende Baustellenarbeiten;

3 Kubikmeter umbauter Raum; Ursprungszahlen.

2.7 ifo Konjunkturtest, ZEW-Geschäftserwartungen

Bundesrepublik Deutschland

					2013		2014		2014					
		2011	2012	2013	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	Jan.	Feb.	März	April	Mai	Juni
ifo Konjunkturtest¹														
Gewerbliche Wirtschaft														
Geschäftsklima	Salden	15,0	2,8	6,3	7,0	10,1	14,1	13,3	13,6	14,9	13,7	14,8	13,2	11,8
Geschäftslage	Salden	26,4	13,6	9,3	10,9	12,1	16,4	18,2	13,4	17,1	18,7	18,9	17,9	17,9
Geschäftserwartungen	Salden	4,2	-7,5	3,4	3,1	8,2	11,8	8,4	13,9	12,6	8,9	10,7	8,6	6,0
Verarbeitendes Gewerbe														
Geschäftsklima	Salden	20,6	4,0	9,3	10,4	14,0	18,8	18,3	17,7	19,7	19,1	20,2	19,0	15,7
Geschäftslage	Salden	36,7	17,8	12,3	14,3	15,5	22,0	23,9	18,3	22,6	25,0	24,7	24,7	22,3
Geschäftserwartungen	Salden	5,8	-9,0	6,4	6,4	12,7	15,8	12,8	17,2	16,9	13,3	15,8	13,4	9,3
Vorleistungsgüter														
Geschäftsklima	Salden	20,7	2,9	8,1	8,0	14,2	19,1	17,3	17,8	20,1	19,5	19,5	17,2	15,1
Geschäftslage	Salden	38,0	15,2	7,8	9,0	12,9	22,1	23,8	17,1	20,8	28,5	26,9	22,5	21,9
Geschäftserwartungen	Salden	4,7	-8,8	8,5	7,0	15,5	16,3	10,9	18,6	19,5	10,8	12,4	11,9	8,5
Investitionsgüter														
Geschäftsklima	Salden	26,6	4,4	10,5	12,9	15,3	21,5	24,7	20,3	20,7	23,5	27,9	26,1	20,0
Geschäftslage	Salden	46,3	23,2	14,8	17,2	18,5	24,4	28,9	22,6	23,8	26,7	29,4	30,0	27,4
Geschäftserwartungen	Salden	8,8	-12,7	6,3	8,7	12,2	18,7	20,5	18,0	17,6	20,4	26,4	22,3	12,9
Konsumgüter														
Geschäftsklima	Salden	8,7	5,7	8,7	10,3	11,9	13,1	9,0	12,7	15,6	10,9	8,7	9,0	9,3
Geschäftslage	Salden	15,6	13,6	16,2	18,7	16,4	18,0	16,6	16,4	22,9	14,8	14,3	18,8	16,7
Geschäftserwartungen	Salden	1,9	-1,9	1,5	2,2	7,5	8,2	1,6	9,0	8,6	7,0	3,1	-0,3	2,1
Bauhauptgewerbe														
Geschäftsklima	Salden	-6,2	-5,1	-0,1	-3,8	-2,5	-0,2	-3,7	2,4	0,5	-3,6	-3,5	-4,0	-3,7
Geschäftslage	Salden	-6,6	-3,9	0,8	1,2	0,7	-3,3	-2,4	-2,3	-3,9	-3,8	-2,0	-2,5	-2,6
Geschäftserwartungen	Salden	-5,8	-6,2	-1,0	-8,7	-5,6	3,0	-5,1	7,1	5,1	-3,3	-5,0	-5,6	-4,7
Dienstleistungen														
Geschäftsklima	Salden	23,0	17,1	17,0	18,6	19,5	21,8	22,9	25,4	20,9	19,2	22,1	21,5	25,2
Geschäftslage	Salden	32,7	28,4	23,1	24,2	25,7	31,9	33,5	32,8	30,4	32,4	33,2	30,8	36,6
Geschäftserwartungen	Salden	13,8	6,3	11,2	13,2	13,3	12,3	12,8	18,2	11,9	6,7	11,5	12,6	14,4
ZEW-Konjunkturerwartungen²														
konjunkturelle Lage	Salden	67,2	24,8	16,9	19,8	30,3	47,5	63,1	41,2	50,0	51,3	59,5	62,1	67,7
Konjunkturerwartungen	Salden	-17,2	-5,0	44,7	42,6	56,5	54,7	35,4	61,7	55,7	46,6	43,2	33,1	29,8

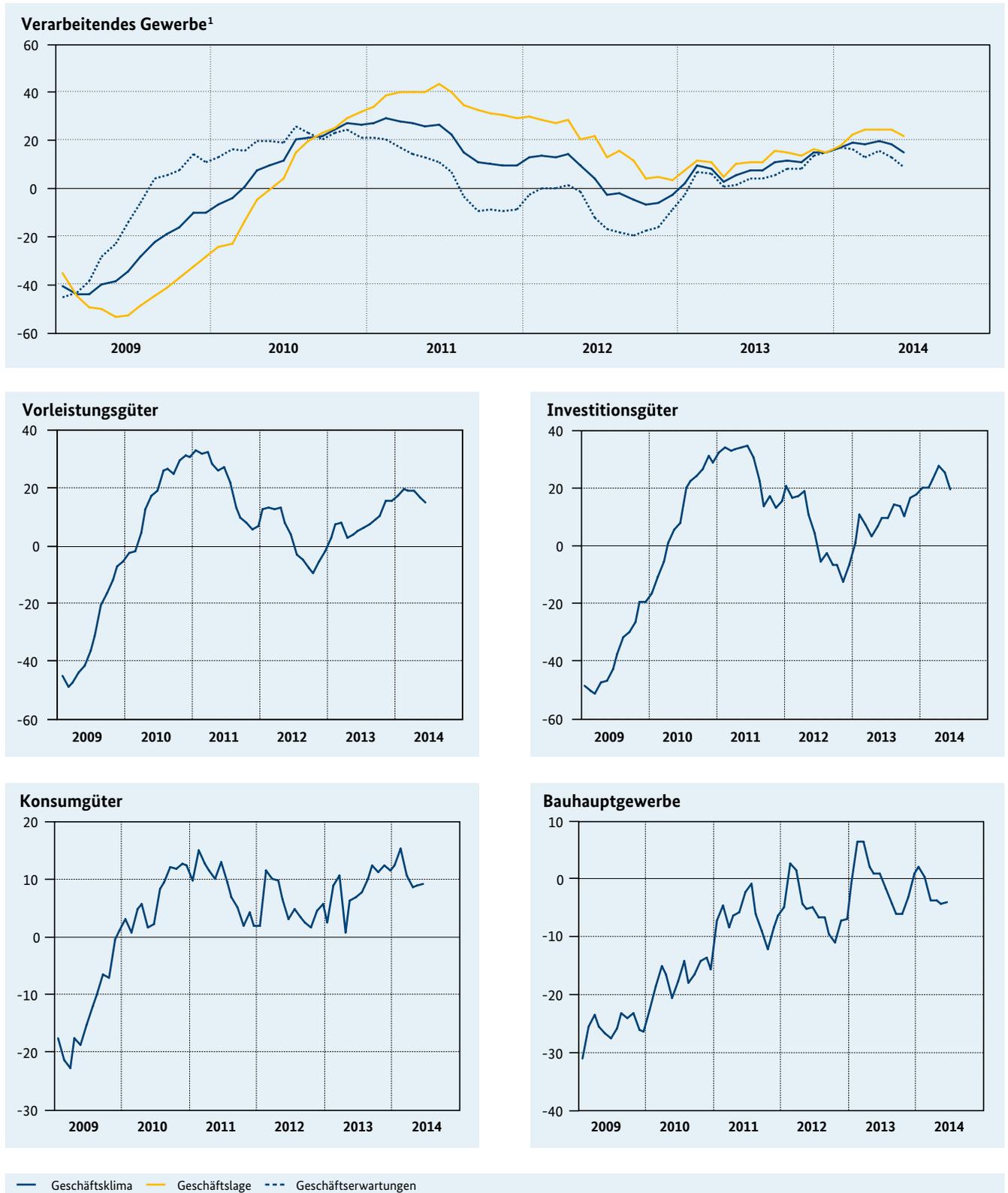
Quellen: ifo Institut für Wirtschaftsforschung, Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung, eigene Berechnungen.

1 Saldo der positiven und negativen Antworten; Saisonbereinigung des ifo Instituts;

2 Saldo der positiven und negativen Antworten.

2.8 Entwicklung des ifo Geschäftsklimas¹

Bundesrepublik Deutschland



Quelle: ifo Institut für Wirtschaftsforschung.

¹ Saisonbereinigte Salden, Saisonbereinigungsverfahren des ifo Instituts.

3. Privater Konsum

3.1 Konsumausgaben, Einzelhandelsumsätze, Preise, Geschäfts- und Konsumklima

Bundesrepublik Deutschland

					2011	2012			2013				2014	
		2011	2012	2013	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.
Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung¹														
Private Konsumausgaben ¹	Index	105,7	106,5	107,5	106,3	106,3	106,3	106,6	106,6	106,9	107,6	108,0	107,7	108,4
(in konstanten Preisen)	gg. Vp. in %	2,3	0,8	0,9	0,1	0,0	0,0	0,3	0,1	0,3	0,7	0,3	-0,3	0,7
	gg. Vj. in %	2,3	0,8	0,9	1,6	1,7	0,8	0,0	0,5	-0,4	1,3	1,8	0,9	1,1
Verfügbare Einkommen	in Mrd. €	1642	1680	1717	415	417	418	421	422	424	429	432	433	436
(in jeweiligen Preisen)	gg. Vp. in %	3,8	2,3	2,2	0,7	0,5	0,2	0,6	0,4	0,4	1,0	0,8	0,1	0,7
	gg. Vj. in %	3,8	2,3	2,2	3,5	3,5	2,2	1,7	1,9	0,6	2,6	3,3	2,5	2,5
Einzelhandelsumsätze¹														
		2011	2012	2013	2013			2014		2014				
		2011	2012	2013	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	Feb.	März	April	Mai	Juni	Juli
Einzelhandel	Index	101,1	101,0	101,5	101,5	101,2	103,0	-	103,1	103,6	102,0	101,4	-	-
(ohne Handel mit Kfz)	gg. Vp. In %	1,0	-0,1	0,5	-0,3	-0,3	1,8	-	0,7	0,5	-1,5	-0,6	-	-
	gg. Vj. in %	1,1	-0,2	0,6	0,6	0,3	1,6	-	2,0	2,0	0,5	-0,7	-	-
Lebensmittel, Getränke, Tabakwaren	Index	100,4	100,3	101,3	101,6	101,1	102,1	-	102,0	103,7	103,6	101,0	-	-
	gg. Vp. In %	0,1	-0,1	1,0	0,8	-0,5	1,0	-	1,3	1,7	-0,1	-2,5	-	-
	gg. Vj. in %	0,1	-0,1	1,0	0,9	0,8	0,7	-	0,5	2,1	3,4	0,1	-	-
Textilien, Bekleidung, Schuhe, Lederwaren	Index	100,6	99,2	99,3	100,3	99,1	102,1	-	103,4	101,5	96,8	100,6	-	-
	gg. Vp. In %	0,6	-1,4	0,1	-0,7	-1,2	3,0	-	1,9	-1,8	-4,6	3,9	-	-
	gg. Vj. in %	0,5	-1,4	0,2	1,2	0,6	6,4	-	5,9	11,0	-6,1	0,8	-	-
Geräte der Informations- und Kommunikationstechnik	Index	108,8	115,7	117,7	119,3	116,9	116,5	-	116,7	116,1	120,4	124,1	-	-
	gg. Vp. In %	8,8	6,3	1,7	2,5	-2,0	-0,3	-	0,0	-0,5	3,7	3,1	-	-
	gg. Vj. in %	9,3	5,9	1,7	4,3	0,5	-1,3	-	1,1	-5,5	3,3	6,0	-	-
Möbel, Raumausstattung, Haushaltsgeräte, Baubedarf	Index	103,0	102,7	99,9	99,1	98,8	101,4	-	103,3	101,9	99,1	97,2	-	-
	gg. Vp. In %	3,0	-0,3	-2,7	-2,0	-0,3	2,6	-	4,2	-1,4	-2,7	-1,9	-	-
	gg. Vj. in %	3,0	-0,3	-2,7	-3,8	-3,0	0,8	-	1,7	2,3	-1,5	-4,0	-	-
Handel mit Kfz einschl.	Index	105,5	103,3	102,5	102,7	104,7	106,8	-	106,7	106,1	105,4	-	-	-
Instandhaltung und Reparatur	gg. Vp. In %	6,5	-2,1	-0,8	0,4	1,9	2,0	-	-0,8	-0,6	-0,7	-	-	-
	gg. Vj. in %	6,2	-2,1	-0,8	-0,3	3,9	6,4	-	6,5	5,3	3,4	-	-	-
Umsätze im Gastgewerbe¹														
Insgesamt	Index	102,3	102,2	101,2	101,8	101,5	101,6	-	102,2	101,1	99,6	102,4	-	-
	gg. Vp. In %	2,4	-0,1	-1,0	1,1	-0,3	0,1	-	0,6	-1,1	-1,5	2,8	-	-
	gg. Vj. in %	2,3	0,0	-1,1	-0,4	-0,3	0,7	-	1,9	-0,1	-1,5	2,9	-	-
Pkw-Neuzulassungen²														
Insgesamt	in Tsd.	3174	3083	2952	714	735	712	827	209	296	274	275	278	-
	gg. Vj. in %	8,8	-2,9	-4,2	-1,4	1,6	5,6	-0,3	4,3	5,4	-3,6	5,2	-1,9	-
private Neuzulassungen	in Tsd.	1274	1176	1120	280	264	259	313	76	110	105	102	106	-
	gg. Vj. in %	2,4	-7,7	-4,8	0,0	0,5	7,4	-6,6	11,1	2,5	-7,5	-5,0	-7,3	-
Verbraucherpreise³														
Insgesamt	Index	102,1	104,1	105,7	106,1	106,2	106,3	106,5	106,4	106,7	106,5	106,4	106,7	-
	gg. Vj. in %	2,1	2,0	1,5	1,6	1,3	1,2	1,1	1,2	1,0	1,3	0,9	1,0	-
Nahrungsmittel	gg. Vj. in %	2,2	3,4	4,4	5,1	3,7	3,1	0,8	3,5	2,2	1,8	0,5	0,0	-
Wohnungsmieten	gg. Vj. in %	1,2	1,2	1,3	1,4	1,4	1,5	1,5	1,5	1,5	1,5	1,5	1,5	-
Haushaltsenergie	gg. Vj. in %	9,4	5,8	4,1	4,0	2,7	-0,6	-0,1	-0,7	-0,8	-0,2	-0,1	0,1	-
Kraftfahrer-Preisindex	gg. Vj. in %	4,5	2,5	-0,5	-0,5	-1,0	-0,9	-0,1	-1,5	-0,5	-0,7	-0,2	0,5	-
Stimmungsindikatoren zum privaten Konsum														
ifo Geschäftsklima⁴	Salden	7,9	0,8	1,7	4,1	4,6	7,1	6,9	8,4	8,5	7,7	4,9	8,1	-
Geschäftslage	Salden	13,5	8,5	5,7	6,4	7,7	11,7	13,7	12,5	16,1	12,8	11,8	16,6	-
Geschäftserwartungen	Salden	2,4	-6,7	-2,2	1,8	1,5	2,6	0,2	4,4	1,2	2,7	-1,8	-0,2	-
GfK – Konsumklima⁵	Punkte	5,6	5,9	6,5	6,9	7,2	8,2	8,5	8,3	8,5	8,5	8,5	8,6	8,9
Anschaffungsneigung	Punkte	34,9	33,6	40,0	41,7	45,0	48,4	50,5	48,6	49,2	49,7	50,6	51,2	-

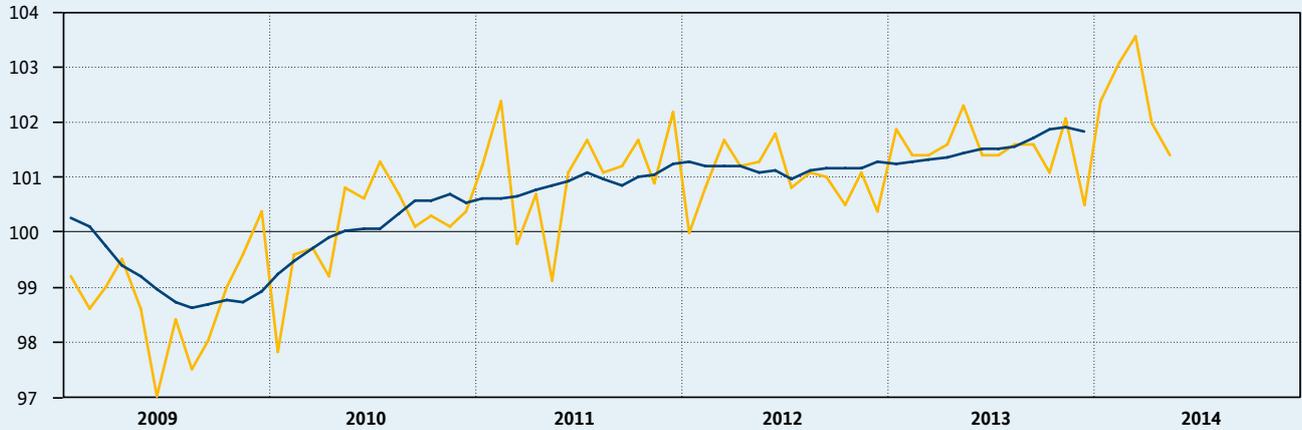
Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank, Kraftfahrt-Bundesamt, ifo Institut, Gesellschaft für Konsumforschung.

1 Preis-, kalender- und saisonbereinigt; Index 2010 = 100; Vorjahresveränderungen auf Basis preis- und kalenderbereinigter Daten;

2 Ursprungszahlen; 3 Ursprungszahlen; Index 2010 = 100; 4 Salden der positiven und negativen Antworten, Saisonbereinigung des ifo Instituts; 5 Durch GfK standardisierte und saisonbereinigte Salden der positiven und negativen Antworten; der letzte Wert ist jeweils prognostiziert.

3.2 Entwicklung des privaten Konsums

Einzelhandelsumsätze insgesamt (ohne Handel mit Kraftfahrzeugen)¹



— gleitender 12-Monatswert — Monatswerte

Geschäftsklima Einzelhandel – Salden (ifo Institut)²



GfK – Indikator Konsumklima (Indikatorpunkte, reale Änderung gegen Vorjahresmonat in %)³



Quellen: Statistisches Bundesamt, ifo Institut für Wirtschaftsforschung, Gesellschaft für Konsumforschung (GfK).

1 Basis: 2010 = 100, preis- und saisonbereinigt, Verfahren Census X-12-ARIMA;

2 Saisonbereinigung des ifo Instituts;

3 Saisonbereinigung der GfK.

4. Außenwirtschaft

4.1 Leistungsbilanz und Außenhandel nach Ländern

		2013			2014				2014					
		2011	2012	2013	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	Dez.	Jan.	Feb.	März	April	Mai
Leistungsbilanz und Komponenten (Saldo)¹														
Leistungsbilanz	in Mrd. €	163	199	193	49	45	51	51	16,2	17,8	16,3	17,1	17,4	18,6
	gg. Vp. in %	14,9	22,3	-2,7	2,9	-8,1	14,0	-0,4	-13,8	10,1	-8,6	4,8	1,7	7,1
Warenhandel	in Mrd. €	161	199	213	54	50	55	53	18,2	18,8	17,0	17,3	18,2	19,7
	gg. Vp. in %	1,6	23,7	7,1	1,4	-8,2	11,0	-3,9	-2,4	3,5	-9,8	1,8	5,3	8,1
Ausfuhr	in Mrd. €	1026	1077	1089	271	272	277	276	91,8	93,8	92,3	90,3	92,6	91,9
	gg. Vp. in %	12,3	5,0	1,1	0,6	0,3	1,8	-0,1	-0,9	2,2	-1,6	-2,2	2,6	-0,8
Einfuhr	in Mrd. €	865	878	876	217	222	221	223	73,6	75,0	75,3	73,0	74,4	72,2
	gg. Vp. in %	14,6	1,5	-0,2	0,5	2,4	-0,3	0,9	-0,6	1,9	0,5	-3,1	1,9	-2,9
Dienstleistungen	in Mrd. €	-34	-36	-47	-12	-11	-12	-8	-3,6	-3,1	-2,5	-2,5	-2,8	-2,6
	gg. Vp. in %	13,6	7,1	32,0	-5,7	-4,3	5,9	-32,3	6,5	-13,6	-20,6	0,8	12,4	-6,4
Ausfuhr	in Mrd. €	178	188	197	49	50	50	51	17,0	16,7	17,1	17,1	16,7	17,1
	gg. Vp. in %	5,0	5,7	4,8	1,6	2,9	0,0	1,7	-1,1	-1,8	2,9	-0,1	-2,2	2,0
Einfuhr	in Mrd. €	211	224	244	60	61	62	59	20,6	19,8	19,6	19,6	19,5	19,7
	gg. Vp. in %	6,3	5,9	9,2	0,1	1,5	1,1	-4,9	0,1	-3,9	-0,8	0,0	-0,4	0,8
Primäreinkommen	in Mrd. €	70	75	72	18	17	19	17	6,5	5,5	5,5	5,9	6,5	5,0
	gg. Vp. in %	33,5	6,1	-4,4	1,6	-7,7	11,4	-9,7	4,3	-15,9	0,4	6,7	10,5	-22,5
Sekundäreinkommen	in Mrd. €	-35	-39	-43	-11	-10	-11	-11	-4,9	-3,4	-3,7	-3,6	-4,5	-3,5
	gg. Vp. in %	-12,1	10,7	11,7	3,1	-11,8	4,2	0,9	81,2	-31,4	10,1	-3,8	26,3	-23,3

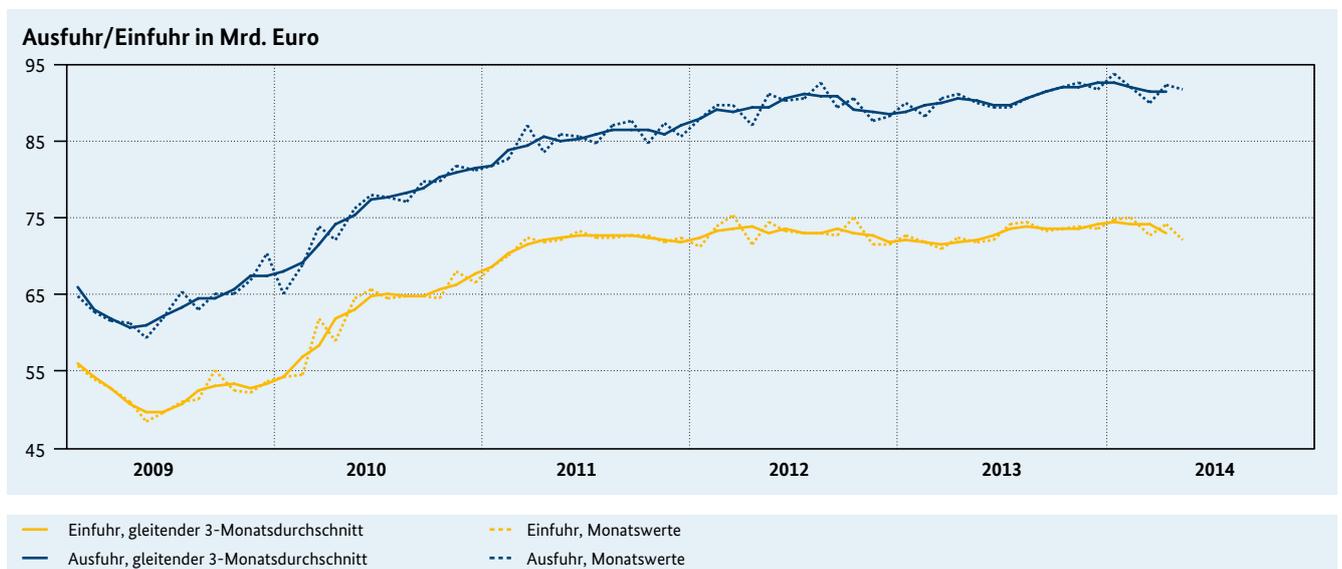
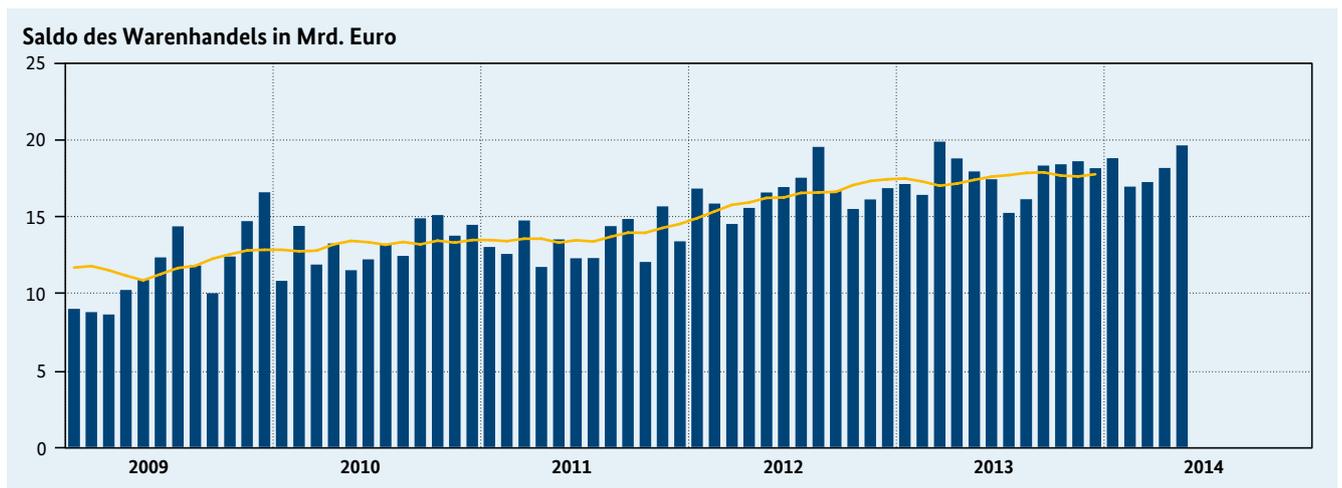
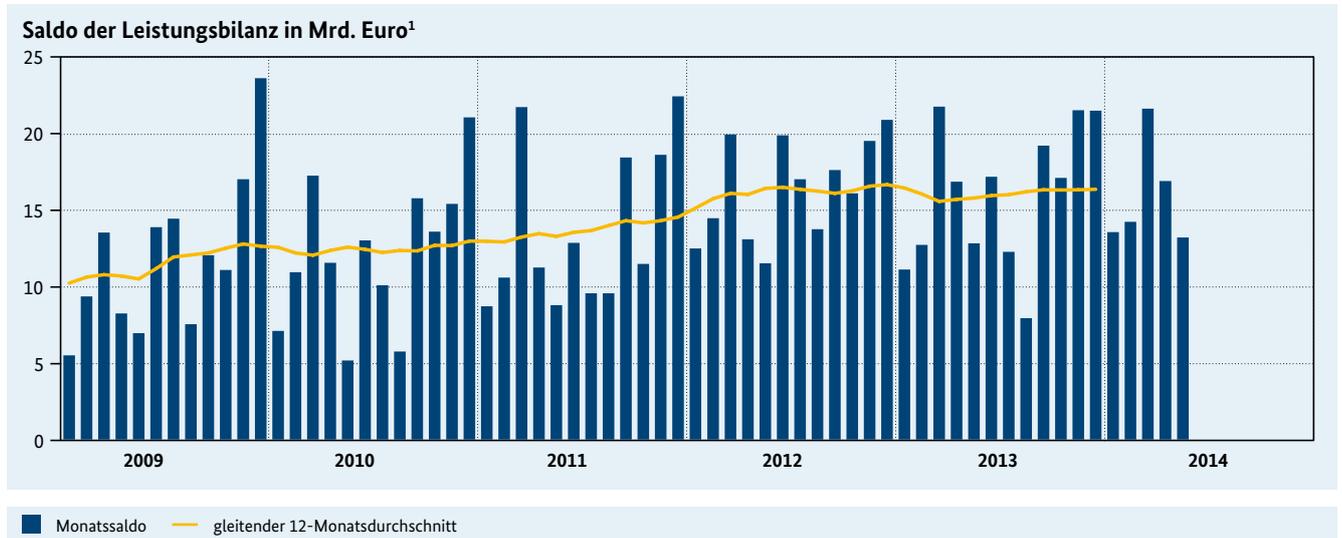
Außenhandel nach Ländern²

Ausfuhr insgesamt	in Mrd. €	1061	1096	1094	275	273	276	279	82,1	90,7	92,4	96,0	93,7	92,0
	gg. Vj. in %	11,5	3,3	-0,2	0,2	-0,8	1,9	3,1	4,5	2,9	4,6	1,9	-0,3	4,3
EU-Länder	in Mrd. €	630	623	623	156	153	157	165	46,4	54,5	54,7	55,5	54,6	-
	gg. Vj. in %	10,0	-1,2	0,1	-0,8	0,9	3,3	5,1	6,4	5,3	6,6	3,6	4,0	-
Eurozone ¹	in Mrd. €	422	408	403	101	98	101	105	30,2	35,1	34,9	35,2	35,1	-
	gg. Vj. in %	8,4	-3,4	-1,1	-1,8	0,1	1,6	2,4	5,4	3,3	3,7	0,2	2,6	-
Nicht-Eurozone	in Mrd. €	208	215	220	55	55	56	60	16,1	19,4	19,8	20,3	19,5	-
	gg. Vj. in %	13,2	3,3	2,2	1,0	2,2	6,4	10,4	8,4	9,1	12,1	10,0	6,7	-
Drittländer	in Mrd. €	431	473	471	119	119	119	114	35,7	36,2	37,7	40,5	39,1	-
	gg. Vj. in %	13,8	9,7	-0,5	1,5	-2,9	0,2	0,3	2,1	-0,5	1,8	-0,4	-5,7	-
Einfuhr insgesamt	in Mrd. €	903	906	896	226	223	226	231	68,2	75,7	76,2	79,4	76,5	74,3
	gg. Vj. in %	13,2	0,4	-1,1	-0,1	-0,5	0,0	4,4	2,4	1,5	6,5	5,3	0,7	-0,4
EU-Länder	in Mrd. €	506	504	515	131	125	132	135	39,9	42,6	45,0	46,9	45,2	-
	gg. Vj. in %	13,7	-0,3	2,0	2,5	1,6	5,2	6,3	9,0	3,6	9,7	5,7	3,9	-
Eurozone	in Mrd. €	339	339	344	88	83	88	89	26,8	28,5	29,8	31,2	29,9	-
	gg. Vj. in %	12,7	0,0	1,3	2,4	0,5	4,1	5,6	8,0	4,2	8,9	4,0	2,5	-
Nicht-Eurozone	in Mrd. €	167	165	171	42	42	45	45	13,2	14,0	15,2	15,7	15,4	-
	gg. Vj. in %	15,8	-1,1	3,4	2,7	3,9	7,4	7,7	11,3	2,6	11,4	9,2	6,8	-
Drittländer	in Mrd. €	396	401	382	95	97	94	97	28,3	33,1	31,1	32,5	31,3	-
	gg. Vj. in %	12,6	1,3	-4,9	-3,4	-3,2	-6,4	1,9	-5,7	-1,1	2,2	4,9	-3,6	-

Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank.

- 1 Kalender- und saisonbereinigt, Verfahren Census X-12-ARIMA, Balance of Payments and International Investment Position Manual des IWF, sechste Ausgabe (BPM 6);
- 2 Ursprungszahlen, Amtliche Außenhandelsstatistik des Statistischen Bundesamtes.

4.2 Entwicklung der Außenwirtschaft



Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank.

1 Kalender- und saisonbereinigt, Verfahren Census X-12-ARIMA, Balance of Payments and International Investment Position Manual des IWF, sechste Ausgabe (BPM 6).

5. Arbeitsmarkt

5.1 Erwerbstätige, Arbeitslose, gemeldete Arbeitsstellen

Bundesrepublik Deutschland

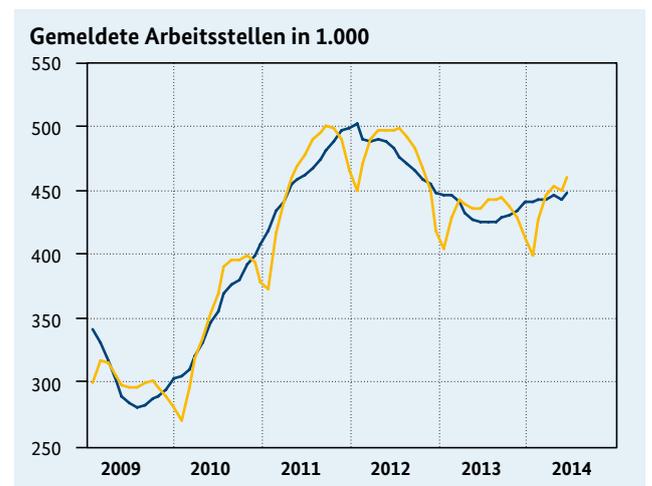
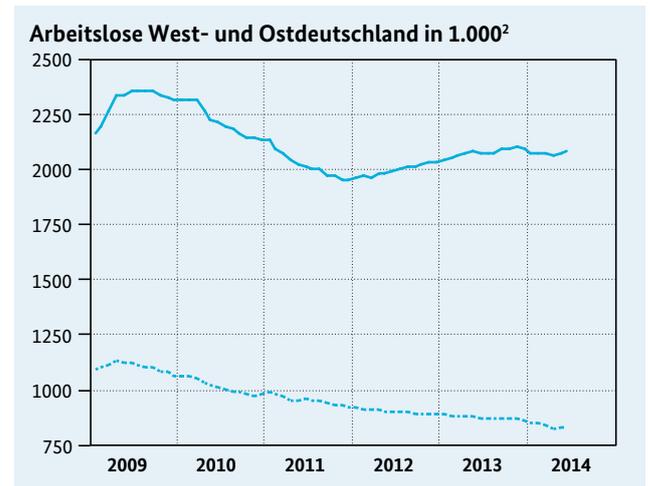
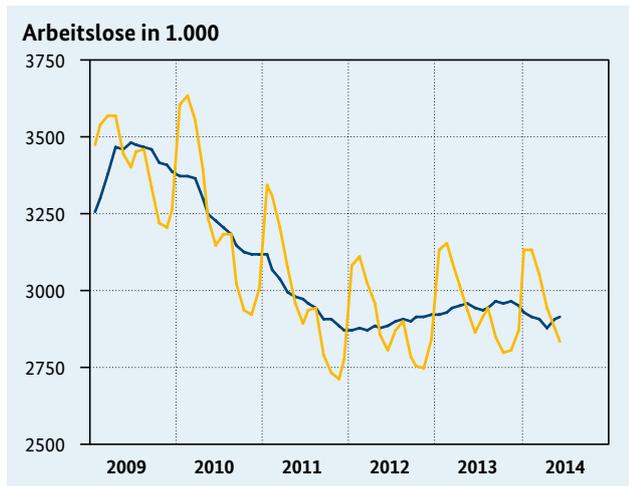
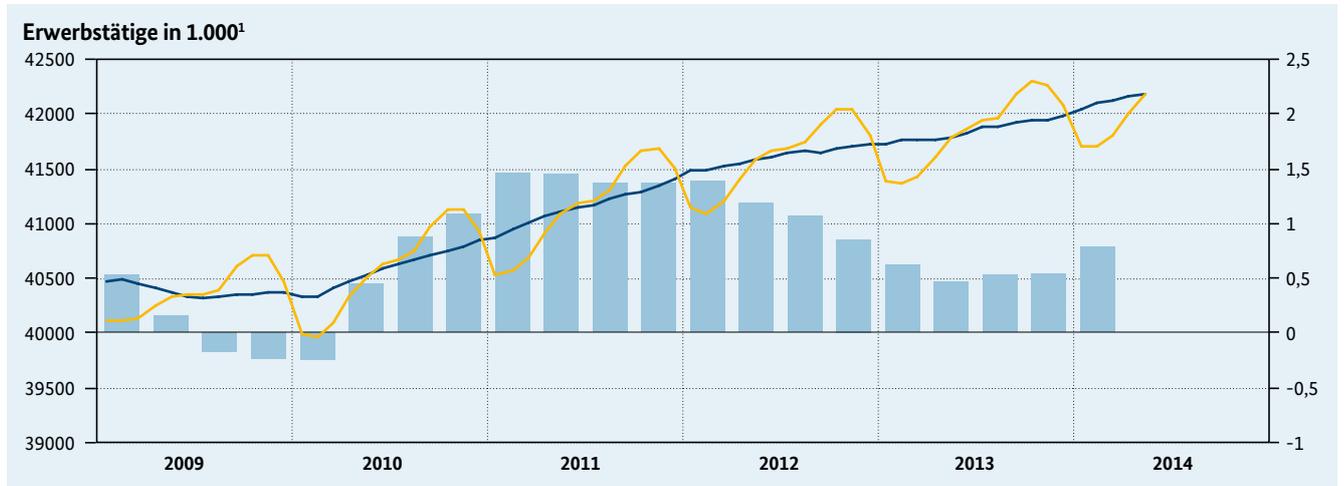
					2013		2014		2014					
		2011	2012	2013	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	Jan.	Feb.	März	April	Mai	Juni
Ursprungszahlen														
Erwerbstätige ¹	in Tsd.	41152	41607	41847	42029	42214	41738	-	41701	41709	41805	41997	42176	-
	gg. Vj. In Tsd.	+565	+456	+239	+250	+253	+345	-	+321	+341	+372	+398	+389	-
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte	in Tsd.	28471	29006	29369	29542	29685	29404	-	29331	29374	29508	29637	-	-
	gg. Vj. In Tsd.	+692	+535	+363	+382	+340	+402	-	+366	+393	+446	+436	-	-
Erwerbslose ²	in Tsd.	2501	2316	2270	2203	2155	2357	-	2400	2351	2321	2262	2119	-
	gg. Vj. in Tsd.	-445	-185	-46	-85	-67	-115	-	-99	-195	-51	+19	-101	-
Erwerbslosenquote	in %	6,0	5,5	5,3	5,1	5,0	5,5	-	5,6	5,5	5,5	5,3	5,0	-
Arbeitslose insgesamt ³	in Tsd.	2976	2897	2950	2903	2827	3109	2886	3136	3138	3055	2943	2882	2833
	gg. Vj. in Tsd.	-263	-79	+53	+46	+45	-21	-55	-2	-18	-43	-77	-55	-32
SGB II	in Tsd.	2084	1995	1981	1969	1935	2031	1986	2032	2033	2029	2005	1989	1964
	gg. Vj. in Tsd.	-79	-89	-14	-2	+32	+9	-10	+15	+10	+3	-14	-13	-3
SGB III	in Tsd.	892	902	970	934	891	1078	900	1104	1105	1026	938	893	869
	gg. Vj. in Tsd.	-184	+10	+67	+49	+13	-30	-45	-17	-28	-46	-63	-42	-29
Westdeutschland	in Tsd.	2026	2000	2080	2074	2009	2192	2063	2207	2210	2160	2094	2061	2034
	gg. Vj. in Tsd.	-201	-26	+80	+75	+66	+22	-5	+36	+22	+9	-14	-7	+5
Ostdeutschland	in Tsd.	950	897	870	829	817	917	823	928	928	895	850	821	799
	gg. Vj. in Tsd.	-62	-53	-27	-29	-21	-43	-49	-38	-40	-52	-63	-48	-37
Arbeitslosenquote	in %	7,1	6,8	6,9	6,7	6,6	7,2	6,6	7,3	7,3	7,1	6,8	6,6	6,5
Westdeutschland	in %	6,0	5,9	6,1	6,0	5,8	6,3	5,9	6,4	6,4	6,2	6,0	5,9	5,8
Ostdeutschland	in %	11,3	10,7	10,3	9,8	9,7	10,9	9,7	11,0	11,0	10,6	10,0	9,7	9,5
Zugänge an Arbeitslosen	in Tsd./M.	685	648	648	668	635	688	587	802	634	628	612	598	549
Abgänge an Arbeitslosen	in Tsd./M.	704	643	645	673	627	628	661	539	632	711	724	660	598
Kurzarbeit ⁴ (konjunkturell bedingt)	in Tsd.	100	67	77	57	61	61	-	63	58	61	56	-	-
	gg. Vj. in Tsd.	-329	-34	+10	+14	-15	-41	-	-40	-46	-37	-44	-	-
Unterbeschäftigung	in Tsd.	4212	3927	3901	3841	3777	4021	3810	4019	4061	3983	3877	3801	3753
	gg. Vj. in Tsd.	-535	-285	-26	-6	-19	-56	-98	-42	-46	-81	-109	-99	-87
Gemeldete Arbeitsstellen	in Tsd.	466	478	434	445	428	426	457	401	429	447	455	452	462
	gg. Vj. in Tsd.	+107	+11	-43	-48	-19	-1	+18	-4	-2	+4	+15	+15	+25
saisonbereinigte Angaben⁵														
Erwerbstätige ¹	gg. Vp. in Tsd.	+565	+456	+239	+106	+66	+128	-	+53	+49	+34	+32	+21	-
	Sozialv.pfl. Beschäftigte	gg. Vp. in Tsd.	+692	+535	+363	+105	+62	+160	-	+65	+61	+50	+35	-
Erwerbslose	gg. Vp. in Tsd.	-441	-193	-49	-25	-24	-18	-	-6	-5	-4	-5	-9	-
	Erwerbslosenquote	in %	6,0	5,5	5,3	5,3	5,2	5,2	-	5,2	5,2	5,2	5,1	5,1
Arbeitslose insgesamt ³	gg. Vp. in Tsd.	-262	-76	+54	-5	+13	-44	-16	-24	-12	-10	-25	+25	+9
	SGB II	gg. Vp. in Tsd.	-201	-23	+80	+13	+17	-23	-14	-13	-8	-5	-16	+10
SGB III	gg. Vp. in Tsd.	-61	-52	-27	-18	-4	-21	-2	-11	-4	-5	-9	+15	
Westdeutschland	gg. Vp. in Tsd.	-201	-23	+80	+6	+13	-22	-2	-15	-6	-1	-12	+16	
	Ostdeutschland	gg. Vp. in Tsd.	-61	-52	-27	-12	-0	-22	-15	-9	-6	-9	-14	+10
Arbeitslosenquote	in %	7,0	6,8	6,9	6,8	6,9	6,8	6,7	6,8	6,8	6,7	6,7	6,7	
Westdeutschland	in %	6,0	5,9	6,0	6,0	6,0	6,0	5,9	6,0	6,0	6,0	5,9	5,9	
Ostdeutschland	in %	11,3	10,6	10,3	10,2	10,2	9,9	9,8	10,0	9,9	9,8	9,7	9,8	
Unterbeschäftigung	gg. Vp. in Tsd.	-535	-282	-25	-21	-24	-25	-28	-6	-7	-19	-16	+3	
Gemeldete Arbeitsstellen	gg. Vp. in Tsd.	+107	+12	-43	-2	+9	+7	+4	0	+2	+1	+2	-2	
Indizes														
ifo Beschäftigungsbarometer	Index	109,4	107,0	106,1	106,3	107,1	107,5	106,8	107,0	108,0	107,4	107,4	106,9	106,1
IAB-Arbeitsmarktbarometer	Index	101,7	98,7	99,7	100,3	100,2	101,8	100,4	101,6	102,2	101,5	101,2	100,5	99,6
BA-X Stellenindex	Index	168,3	166,3	150,3	149,0	151,0	154,3	152,7	156,0	153,0	154,0	155,0	150,0	153,0

Quellen: Bundesagentur für Arbeit, Deutsche Bundesbank, ifo Institut, Institut für Arbeitsmarkt und Berufsforschung, Statistisches Bundesamt.

- 1 Inlandskonzept;
- 2 Aus der Arbeitskräfteerhebung; Abgrenzung nach ILO;
- 3 Abgrenzung nach SGB; Quoten auf Basis aller zivilen Erwerbspersonen;
- 4 Konjunkturelle Kurzarbeit nach § 96 SGB III;
- 5 Verfahren Census X-12-ARIMA.

5.2 Entwicklung des Arbeitsmarkts

Bundesrepublik Deutschland



■ Erwerbstätige – vierteljährliche Vorjahresveränderung in % (rechte Skala)
 — Ursprungswerte
 — saisonbereinigt, Verfahren Census X-12-ARIMA
— Arbeitslose Westdeutschland
 ⋯ Arbeitslose Ostdeutschland

Quellen: Bundesagentur für Arbeit, Deutsche Bundesbank, Statistisches Bundesamt.

1 Erwerbstätige nach dem Inlandskonzept;

2 Saisonbereinigt, Verfahren Census X-12-ARIMA.

6. Preise

6.1 Verbraucherpreise, Erzeugerpreise, Baupreise

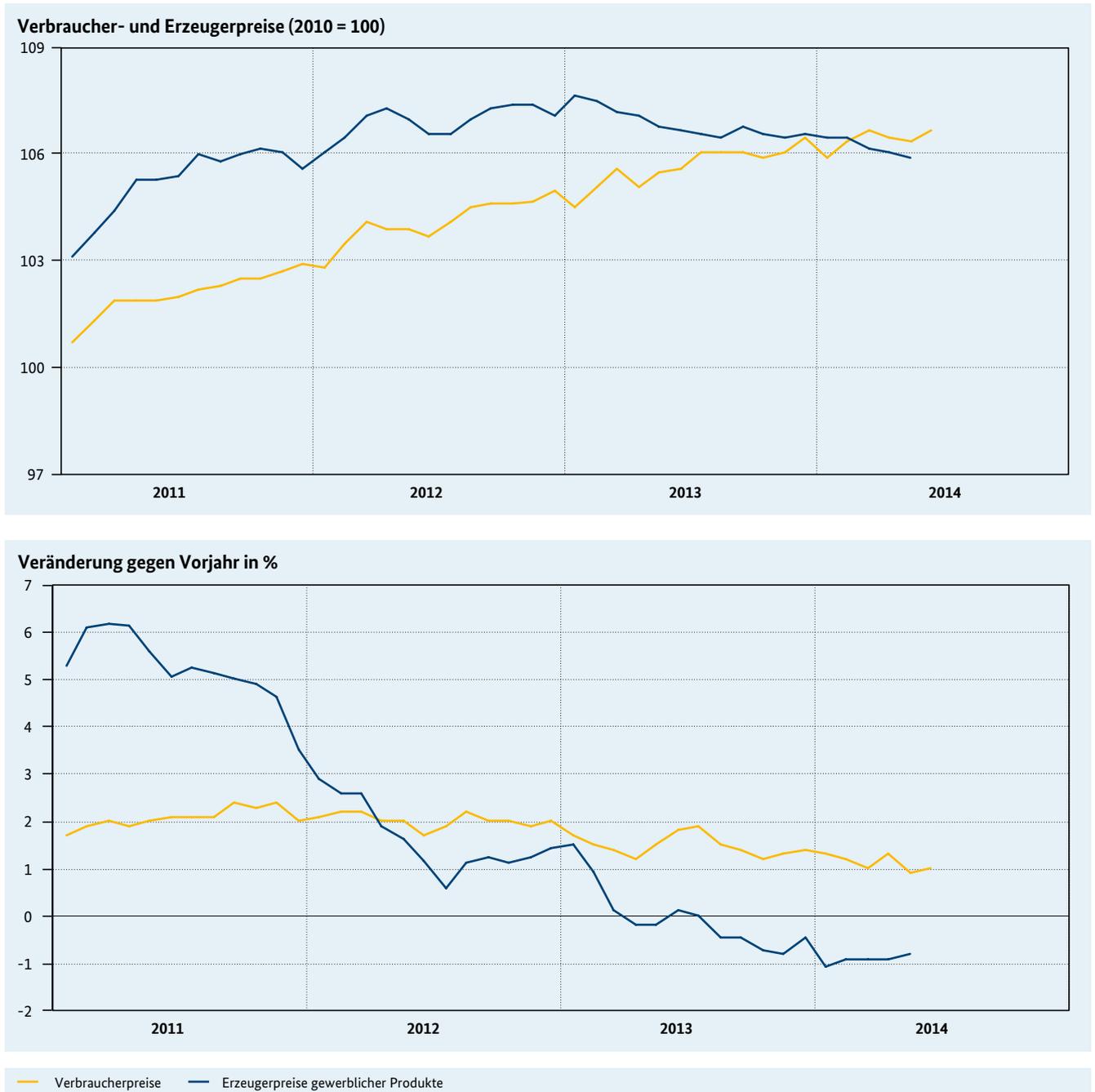
Bundesrepublik Deutschland

					2013		2014		2014					
		2011	2012	2013	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	Jan.	Feb.	März	April	Mai	Juni
Verbraucherpreise¹														
Insgesamt (Ursprungszahlen)	Index	102,1	104,1	105,7	106,1	106,2	106,3	106,5	105,9	106,4	106,7	106,5	106,4	106,7
	gg. Vj. in %	+2,1	+2,0	+1,5	+1,6	+1,3	+1,1	+1,0	+1,3	+1,2	+1,0	+1,3	+0,9	+1,0
Waren	Index	103,1	105,9	107,7	107,8	108,0	107,9	108,2	107,6	107,9	108,3	108,4	108,2	108,1
	gg. Vj. in %	+3,1	+2,7	+1,7	+1,8	+1,2	+0,7	+0,3	+0,8	+0,6	+0,6	+0,5	+0,3	+0,3
Verbrauchsgüter	Index	104,9	109,0	111,5	111,9	111,6	112,0	112,1	112,0	112,1	111,9	112,1	112,0	112,2
	gg. Vj. in %	+4,9	+3,9	+2,3	+2,5	+1,8	+0,9	+0,6	+1,1	+0,7	+0,8	+0,7	+0,5	+0,5
darunter:	Index	102,2	105,7	110,4	110,5	110,9	112,6	111,7	112,9	112,7	112,3	112,0	111,6	111,5
Nahrungsmittel	gg. Vj. in %	+2,2	+3,4	+4,4	+5,1	+3,7	+3,0	+0,7	+3,6	+3,5	+2,2	+1,8	+0,5	0,0
darunter:	Index	109,4	115,8	120,6	120,9	120,3	120,2	120,1	120,2	120,4	119,9	120,1	120,0	120,1
Haushaltsenergie ²	gg. Vj. in %	+9,4	+5,9	+4,1	+4,0	+2,6	-0,6	-0,1	-0,3	-0,7	-0,8	-0,2	-0,1	+0,1
Gebrauchsgüter, mittlere Lebensdauer	Index	100,9	102,7	104,1	103,1	105,6	104,0	105,3	102,3	103,6	106,2	106,1	105,4	104,4
	gg. Vj. in %	+0,9	+1,8	+1,4	+1,4	+0,8	+1,1	+0,5	+1,3	+1,3	+0,9	+0,7	+0,5	+0,3
Gebrauchsgüter, langlebig	Index	98,8	98,0	97,4	97,3	97,2	97,0	96,9	97,1	97,0	96,9	96,8	96,9	97,1
	gg. Vj. in %	-1,2	-0,8	-0,6	-0,9	-0,5	-0,7	-0,7	-0,3	-0,7	-1,0	-0,9	-0,8	-0,3
Dienstleistungen	Index	101,1	102,4	103,8	104,5	104,4	104,8	105,0	104,3	105,0	105,2	104,9	104,7	105,4
	gg. Vj. in %	+1,1	+1,3	+1,4	+1,6	+1,4	+1,7	+1,7	+1,9	+1,8	+1,5	+2,3	+1,4	+1,6
darunter:	Index	101,3	102,5	103,8	104,0	104,3	104,8	105,2	104,7	104,8	104,9	105,1	105,2	105,3
Wohnungsmieten	gg. Vj. in %	+1,3	+1,2	+1,3	+1,4	+1,4	+1,5	+1,5	+1,5	+1,5	+1,5	+1,5	+1,5	+1,5
Insgesamt ohne Energie	Index	101,1	102,6	104,2	104,5	104,9	105,2	105,3	104,7	105,2	105,6	105,3	105,2	105,4
	gg. Vj. in %	+1,1	+1,5	+1,6	+1,7	+1,5	+1,7	+1,3	+1,8	+1,7	+1,4	+1,7	+1,1	+1,2
Energie	Index	110,1	116,4	118,0	118,8	116,9	116,1	116,9	116,0	116,3	115,9	116,7	116,7	117,3
	gg. Vj. in %	+10,1	+5,7	+1,4	+1,0	+0,1	-2,0	-0,8	-1,8	-2,7	-1,6	-1,3	-0,8	-0,3
Insgesamt (saisonbereinigt³)	Index	102,1	104,1	105,7	106,1	106,0	106,4	106,6	106,3	106,4	106,4	106,7	106,5	106,6
	gg. Vj. in %	+2,1	+2,0	+1,5	+1,7	+1,2	+1,2	+1,0	+1,3	+1,1	+1,1	+1,3	+0,9	+0,9
HVPI⁴	Index	111,1	113,5	115,3	115,7	115,7	115,9	116,1	115,4	116,0	116,4	116,1	115,8	116,3
	gg. Vj. in %	+2,5	+2,2	+1,6	+1,7	+1,3	+1,0	+1,0	+1,2	+1,0	+0,9	+1,1	+0,6	+1,0
Erzeugerpreise gewerblicher Produkte⁵														
Insgesamt	Index	105,3	107,0	106,9	106,6	106,6	106,4	-	106,5	106,5	106,2	106,1	105,9	-
	gg. Vj. in %	+5,3	+1,6	-0,1	-0,4	-0,7	-1,0	-	-1,1	-0,9	-0,9	-0,9	-0,8	-
Vorleistungsgüter	Index	105,6	105,8	104,6	104,0	103,8	103,7	-	103,8	103,7	103,6	103,5	103,5	-
	gg. Vj. in %	+5,6	+0,2	-1,1	-1,6	-1,9	-1,9	-	-1,8	-1,9	-1,9	-1,6	-1,3	-
Investitionsgüter	Index	101,2	102,2	103,0	103,0	103,1	103,3	-	103,3	103,3	103,3	103,3	103,4	-
	gg. Vj. in %	+1,2	+1,0	+0,8	+0,7	+0,7	+0,5	-	+0,5	+0,5	+0,5	+0,4	+0,5	-
Konsumgüter	Index	103,5	106,3	108,4	108,8	109,0	109,2	-	109,1	109,2	109,2	109,4	109,3	-
	gg. Vj. in %	+3,5	+2,7	+2,0	+2,4	+1,5	+1,3	-	+1,3	+1,3	+1,3	+1,4	+1,1	-
Gebrauchsgüter	Index	101,7	103,3	104,3	104,4	104,6	105,4	-	105,2	105,4	105,5	105,5	105,6	-
	gg. Vj. in %	+1,7	+1,6	+1,0	+1,0	+1,1	+1,2	-	+1,2	+1,2	+1,3	+1,2	+1,1	-
Verbrauchsgüter	Index	103,8	106,8	109,0	109,5	109,6	109,7	-	109,6	109,7	109,8	109,9	109,9	-
	gg. Vj. in %	+3,8	+2,9	+2,1	+2,6	+1,6	+1,3	-	+1,2	+1,3	+1,3	+1,4	+1,2	-
Energie	Index	109,7	113,0	112,0	111,6	111,3	110,4	-	110,8	110,6	109,7	109,2	108,6	-
	gg. Vj. in %	+9,7	+3,0	-0,9	-1,3	-1,7	-2,7	-	-3,0	-2,6	-2,6	-3,0	-2,6	-
Baupreise⁶														
Wohngebäude	Index	102,8	105,4	107,5	107,8	108,1	108,9	-	-	-	-	-	-	-
	gg. Vj. in %	+2,8	+2,5	+2,0	+2,0	+2,0	+2,0	-	-	-	-	-	-	-
Straßenbau	Index	102,5	106,3	108,9	109,4	109,6	109,7	-	-	-	-	-	-	-
	gg. Vj. in %	+2,5	+3,7	+2,4	+2,5	+2,2	+1,7	-	-	-	-	-	-	-

Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank.

1 Preisindex 2010 = 100; Gliederung nach Waren und Leistungen; Abgrenzung nach der COICOP (Classification of Individual Consumption by Purpose); 2 Strom, Gas und andere Brennstoffe; 3 Saisonbereinigungsverfahren Census X-12-ARIMA; 4 Harmonisierter Verbraucherpreisindex; Ursprungszahlen; Basis 2005 = 100; 5 Ursprungszahlen; Preisindex 2010 = 100; 6 Ursprungszahlen; Preisindex 2010 = 100; Quartalsdaten.

6.2 Entwicklung der Verbraucherpreise, Erzeugerpreise



6.3 Weltmarktpreise für Rohstoffe, Außenhandelspreise, Wechselkurse des Euro

Bundesrepublik Deutschland

					2013		2014		2014					
		2011	2012	2013	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	Jan.	Feb.	Mrz.	Apr.	Mai	Juni
Weltmarktpreise für Rohstoffe¹														
Insgesamt	Index	128,6	125,1	122,5	124,8	122,4	121,6	124,1	120,2	122,6	122,0	122,9	123,7	125,8
	gg. Vj. in %	+28,6	-2,8	-2,0	+1,9	+0,9	-2,8	+5,4	-4,1	-4,1	0,0	+4,6	+4,9	+6,7
Nahrungs- und Genussmittel	Index	129,0	122,5	109,1	104,5	101,2	108,0	116,8	99,8	108,2	116,0	119,1	118,4	112,9
	gg. Vj. in %	+29,2	-5,1	-10,9	-21,2	-17,8	-7,8	+3,0	-15,4	-7,7	-0,3	+6,1	+4,2	-1,1
Industrie-Rohstoffe	Index	114,4	96,3	93,6	91,2	93,0	91,1	90,0	93,0	91,1	89,2	91,3	89,7	88,9
	gg. Vj. in %	+14,4	-15,8	-2,7	+0,3	-0,5	-7,7	-1,6	-6,0	-9,5	-7,7	-2,7	-1,9	-0,3
Energie-Rohstoffe (Rohöl und Kohle)	Index	131,4	130,9	129,1	132,7	129,6	128,5	131,3	126,9	129,8	128,7	129,4	130,7	133,9
	gg. Vj. in %	+31,4	-0,4	-1,4	+3,8	+2,3	-1,7	+6,6	-3,1	-3,1	+1,1	+5,6	+5,9	+8,2
Außenhandelspreise²														
Einfuhrpreise insgesamt	Index	106,4	108,7	105,9	105,5	104,9	104,5	-	104,8	104,7	104,1	103,8	103,8	-
	gg. Vj. in %	+6,4	+2,2	-2,6	-2,9	-2,7	-2,8	-	-2,3	-2,7	-3,3	-2,4	-2,1	-
Güter der Ernährungswirtschaft	Index	107,5	111,6	112,6	111,5	111,6	113,1	-	112,5	113,5	113,2	113,0	112,2	-
	gg. Vj. in %	+7,5	+3,8	+0,9	+0,2	-0,9	-0,6	-	-0,4	-0,1	-1,5	-0,7	-1,7	-
Güter der gewerblichen Wirtschaft	Index	106,3	108,4	105,3	104,9	104,2	103,7	-	104,0	103,8	103,2	102,9	103,0	-
	gg. Vj. in %	+6,3	+2,0	-2,9	-3,2	-2,9	-3,0	-	-2,6	-2,9	-3,4	-2,6	-2,1	-
Rohstoffe und Halbwaren	Index	122,7	126,8	118,1	116,9	115,3	113,7	-	114,7	114,4	112,1	111,2	111,3	-
	gg. Vj. in %	+22,7	+3,3	-6,9	-7,2	-7,0	-7,9	-	-7,0	-8,0	-8,7	-6,2	-4,7	-
Fertigwaren	Index	101,2	102,7	101,3	101,1	100,7	100,6	-	100,7	100,6	100,4	100,3	100,4	-
	gg. Vj. in %	+1,2	+1,5	-1,4	-1,7	-1,4	-1,1	-	-0,9	-0,9	-1,5	-1,4	-1,1	-
Ausfuhrpreise insgesamt	Index	103,3	104,9	104,3	104,2	103,9	103,9	-	104,0	104,0	103,8	103,9	103,9	-
	gg. Vj. in %	+3,3	+1,5	-0,6	-0,9	-1,0	-0,8	-	-0,8	-0,7	-1,0	-0,8	-0,6	-
Terms of Trade	Verhältnis	97,1	96,6	98,5	98,8	99,0	99,4	-	99,2	99,3	99,7	100,1	100,1	-
	gg. Vj. in %	-2,9	-0,5	+2,0	+2,1	+1,7	+1,9	-	+1,5	+2,1	+2,3	+1,7	+1,5	-
Wechselkurs des Euro														
in US-Dollar	Kurs	1,39	1,29	1,33	1,32	1,36	1,37	1,37	1,36	1,37	1,38	1,38	1,37	1,36
	gg. Vj. in %	+4,9	-7,6	+3,3	+5,8	+4,9	+3,7	+4,9	+2,4	+2,2	+6,6	+6,0	+5,8	+3,1
in Yen	Kurs	111,0	102,6	129,7	131,0	136,7	140,8	140,0	141,5	139,4	141,5	141,6	139,7	138,7
	gg. Vj. in %	-4,7	-7,6	+26,3	+33,2	+29,7	+15,5	+8,5	+19,5	+12,0	+15,0	+11,0	+6,6	+8,0
in Pfund-Sterling	Kurs	0,87	0,81	0,85	0,85	0,84	0,83	0,81	0,83	0,83	0,83	0,83	0,82	0,80
	gg. Vj. in %	+1,1	-6,5	+4,7	+7,9	+4,1	-2,8	-4,2	-0,7	-4,3	-3,3	-3,0	-4,0	-5,6
Effektive Wechselkurse des Euro³														
nominal	Index	103,4	97,9	101,7	101,9	103,1	103,9	103,8	103,4	103,6	104,6	104,5	103,8	103,0
	gg. Vj. in %	-0,3	-5,3	+3,8	+6,2	+5,3	+3,1	+2,9	+3,0	+1,9	+4,4	+4,0	+3,3	+1,4
real, auf Basis von Verbraucherpreisen	Index	100,7	95,6	98,9	99,2	100,0	100,7	100,1	100,3	100,4	101,3	101,0	100,1	99,1
	gg. Vj. in %	-0,9	-5,1	+3,5	+5,8	+4,6	+2,4	+1,8	+2,3	+1,4	+3,5	+3,2	+2,0	+0,2
Preisliche Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft⁴														
25 ausgewählte Industrieländer	Index	98,2	96,0	98,3	98,5	99,0	99,1	98,6	99,1	99,0	99,3	99,0	98,6	98,3
	gg. Vj. in %	-0,5	-2,3	+2,4	+3,5	+3,0	+1,4	+0,7	+1,7	+0,9	+1,6	+1,5	+0,6	+0,1
56 Länder	Index	91,7	88,8	90,8	91,1	91,9	92,5	91,9	92,3	92,4	92,8	92,4	91,9	91,4
	gg. Vj. in %	-0,6	-3,1	+2,2	+3,8	+3,5	+2,8	+2,0	+2,7	+2,3	+3,5	+3,3	+2,2	+0,6

Quellen: HWWI, Europäische Zentralbank, Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank.

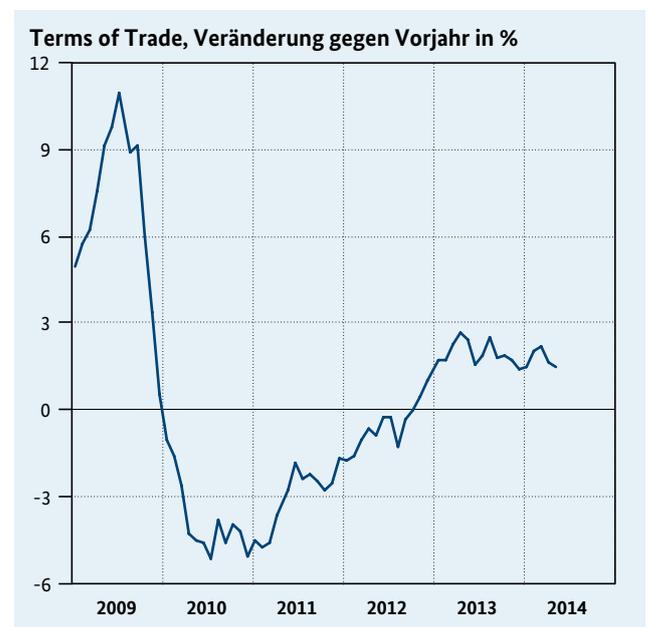
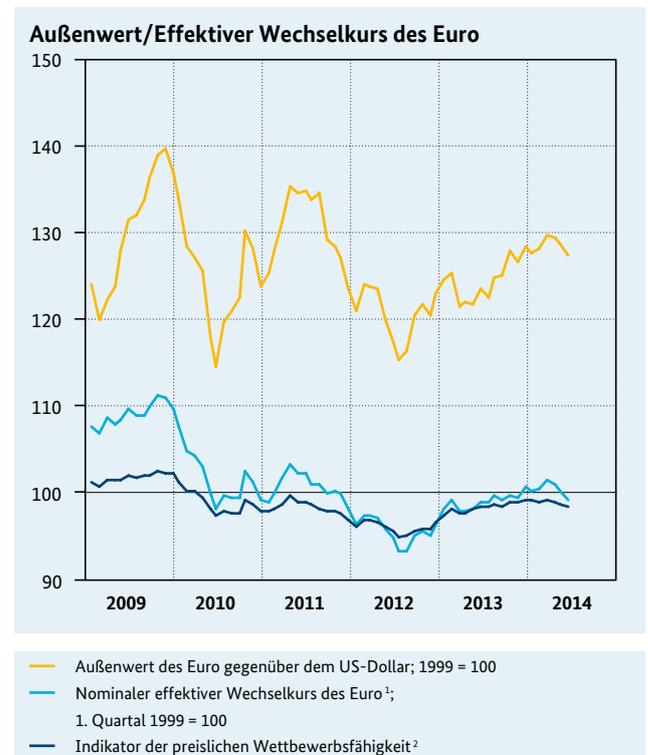
1 HWWI-Index auf US-Dollar-Basis, 2010=100;

2 Index 2010=100;

3 Berechnung der EZB; EWK-20 Gruppe: Die verwendeten Gewichte beruhen auf dem Handel mit gewerblichen Erzeugnissen von 2007 bis 2009 mit den zehn nicht dem Euro-Währungsgebiet angehörenden EU-Mitgliedstaaten sowie Australien, China, Hongkong, Japan, Kanada, Norwegen, Schweiz, Singapur, Südkorea, Vereinigte Staaten;

4 Berechnung der Deutschen Bundesbank; auf Basis der Verbraucherpreise.

6.4 Entwicklung der Weltmarktpreise für Rohstoffe, Außenhandelspreise, Außenwert des Euro



Quellen: HWWI, Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank.

- 1 Erstes Quartal 1999 = 100; Berechnung der EZB; EWK-20-Gruppe: Durchschnitte der Euro Wechselkurse. Die dabei verwendeten Gewichte beruhen auf dem Handel mit gewerblichen Erzeugnissen von 1999 bis 2001 mit den Handelspartnern Australien, Bulgarien, China, Dänemark, Estland, Hongkong, Japan, Kanada, Kroatien, Litauen, Norwegen, Polen, Rumänien, Schweden, Schweiz, Singapur, Südkorea, Tschechische Republik, Ungarn, Vereinigtes Königreich sowie Vereinigte Staaten und spiegeln auch Drittmarkteffekte wider;
- 2 Realer effektiver Wechselkurs Deutschlands auf Basis der Verbraucherpreise (25 Industrieländer).

7. Monetäre Entwicklung

7.1 Zinsen, Geldmenge, Kredite, Aktienindizes

		2013			2014				2014					
		2011	2012	2013	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	Jan.	Feb.	März	April	Mai	Juni
Geldmarktsätze, Umlaufrenditen (Monatsdurchschnitte)														
3-Monats EUREPO	Zinssatz	0,82	0,06	0,04	0,05	0,09	0,14	0,13	0,15	0,13	0,15	0,17	0,15	0,06
3-Monats EURIBOR	Zinssatz	1,39	0,57	0,22	0,22	0,24	0,30	0,30	0,29	0,29	0,31	0,33	0,33	0,24
6-Monats EURIBOR	Zinssatz	1,64	0,83	0,34	0,34	0,35	0,40	0,39	0,40	0,39	0,41	0,43	0,42	0,33
12-Monats EURIBOR	Zinssatz	2,01	1,11	0,54	0,54	0,53	0,56	0,57	0,56	0,55	0,58	0,60	0,59	0,51
Differenz														
3M-EURIBOR ./ 3M-EUREPO	Zinssatz	0,57	0,51	0,18	0,17	0,15	0,15	0,17	0,14	0,16	0,16	0,16	0,18	0,18
Umlaufrendite														
3-5-jähriger Bundesanleihen	Zinssatz	1,60	0,36	0,41	0,54	0,48	0,45	0,29	0,57	0,40	0,39	0,40	0,27	0,20
Umlaufrendite														
5-8-jähriger Bundesanleihen	Zinssatz	2,17	0,93	0,94	1,10	1,06	1,01	0,74	1,18	0,95	0,91	0,88	0,72	0,63
Umlaufrendite														
9-10-jähriger Bundesanleihen	Zinssatz	2,61	1,50	1,57	1,73	1,75	1,61	1,35	1,76	1,56	1,51	1,46	1,33	1,26
Geldmenge														
Wachstum der Geldmenge M1 ¹	gg. Vj. in %	1,9	4,2	7,0	6,9	6,2	6,0	-	6,1	6,2	5,6	5,2	5,0	-
Wachstum der Geldmenge M2 ¹	gg. Vj. in %	2,3	3,3	4,0	4,0	2,9	2,3	-	2,4	2,4	2,2	2,0	2,1	-
Wachstum der Geldmenge M3 ¹	gg. Vj. in %	1,5	3,0	2,3	2,2	1,3	1,1	-	1,1	1,3	1,0	0,7	1,0	-
Wachstum der Geldmenge M3														
3-Monatsdurchschnitt ¹	gg. Vj. in %	1,5	3,0	2,3	2,1	1,4	1,1	-	1,1	1,1	1,0	0,9	-	-
Kredite														
an den privaten Sektor im Euroraum ¹	gg. Vj. in %	+1,8	-0,4	-0,9	-1,0	-1,5	-2,4	-	-2,3	-2,4	-2,5	-2,6	-2,7	-
Buchkredite im Euroraum	gg. Vj. in %	+2,4	0,0	-1,2	-1,8	-1,9	-2,3	-	-2,3	-2,3	-2,2	-1,8	-2,2	-
an den privaten Sektor in Deutschland ¹	gg. Vj. in %	+1,1	+1,0	+0,6	-0,1	+0,2	+0,1	-	-	0,0	+0,3	+0,5	+0,7	-
Buchkredite in Deutschland	gg. Vj. in %	+1,6	+2,1	+0,6	-0,2	0,0	0,0	-	-	0,0	+0,3	+0,6	+0,6	-
Buchkredite an nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften in D. ²	gg. Vj. in %	+0,4	+1,6	-0,7	-1,5	-1,1	-0,8	-	-	-0,9	-1,2	-0,3	0,0	-
Laufzeit bis 1 Jahr	gg. Vj. in %	-0,2	+1,3	-4,5	-5,8	-5,3	-5,2	-	-	-5,3	-5,6	-3,8	-3,1	-
Laufzeit über 1 Jahr bis 5 Jahre	gg. Vj. in %	-4,6	-0,6	-1,2	-1,1	-1,8	-0,9	-	-	-1,0	-0,6	+2,8	+2,0	-
Laufzeit über 5 Jahre	gg. Vj. in %	+1,7	+2,1	+0,3	-0,4	+0,1	+0,3	-	-	+0,2	-0,2	0,0	+0,3	-
Buchkredite an private Haushalte in Deutschland ²	gg. Vj. in %	+0,7	+1,2	+1,0	+1,1	+1,0	+1,1	-	-	+1,1	+1,1	+1,1	+1,1	-
darunter:														
Wohnungsbaukredite	gg. Vj. in %	+1,0	+1,4	+2,3	+2,5	+2,2	+2,0	-	-	+2,0	+2,0	+2,0	+2,1	-
Aktienmärkte (Monatsdurchschnitte)														
Deutscher Aktienindex (DAX 30) ³	Index	6599	6857	8307	8331	9085	9455	9705	9518	9508	9340	9483	9705	9927
	gg. Vp. in %	+6,7	+3,9	+21,1	+3,6	+9,1	+4,1	+2,6	+2,5	-0,1	-1,8	+1,5	+2,3	+2,3
Dow Jones Euro Stoxx (50) ⁴	Index	2617	2415	2793	2785	3020	3091	3213	3093	3086	3094	3170	3197	3272
	gg. Vp. in %	-5,9	-7,7	+15,6	+3,4	+8,4	+2,3	+3,9	+2,6	-0,2	+0,3	+2,5	+0,9	+2,3
Standard & Poor's 500 ⁴	Index	1269	1379	1642	1674	1771	1835	1901	1824	1818	1864	1864	1890	1947
	gg. Vp. in %	+11,4	+8,7	+19,1	+4,0	+5,8	+3,6	+3,6	+0,8	-0,3	+2,5	0,0	+1,4	+3,0
Nikkei 225 ⁴	Index	9440	9114	13540	14148	14974	14994	14651	15686	14623	14672	14467	14354	15132
	gg. Vp. in %	-5,8	-3,5	+48,6	+4,0	+5,8	+0,1	-2,3	-0,1	-6,8	+0,3	-1,4	-0,8	+5,4

Quellen: Europäische Zentralbank, Deutsche Bundesbank, Deutsche Börse AG, Dow Jones & Company.

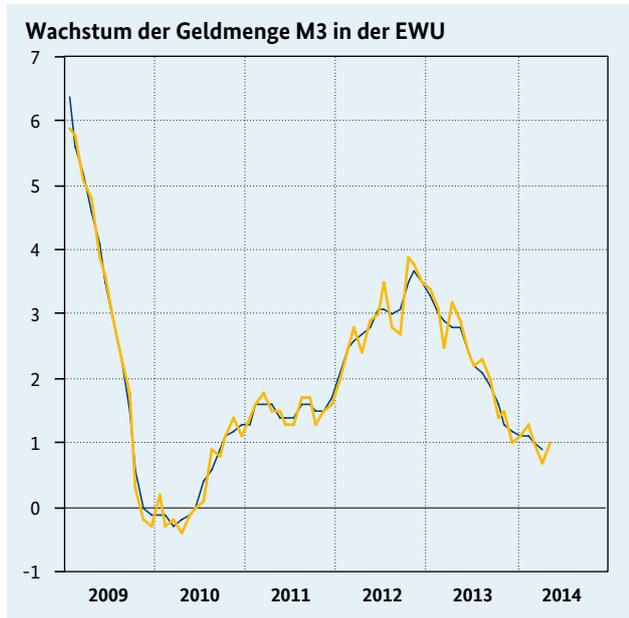
1 Saisonbereinigt, Verfahren Census X-12-ARIMA;

2 Ursprungszahlen;

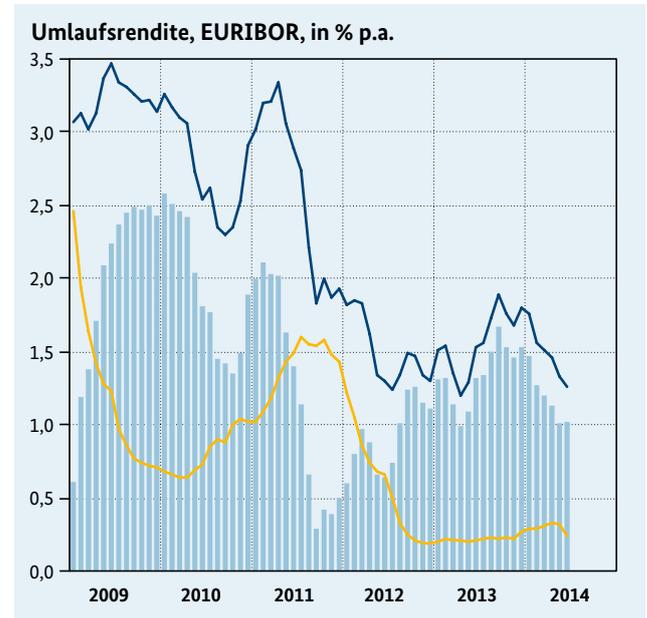
3 Performanceindex (mit Bereinigung um Dividendenzahlungen und Kapitalveränderungen);

4 Kurs- bzw. Preisindex.

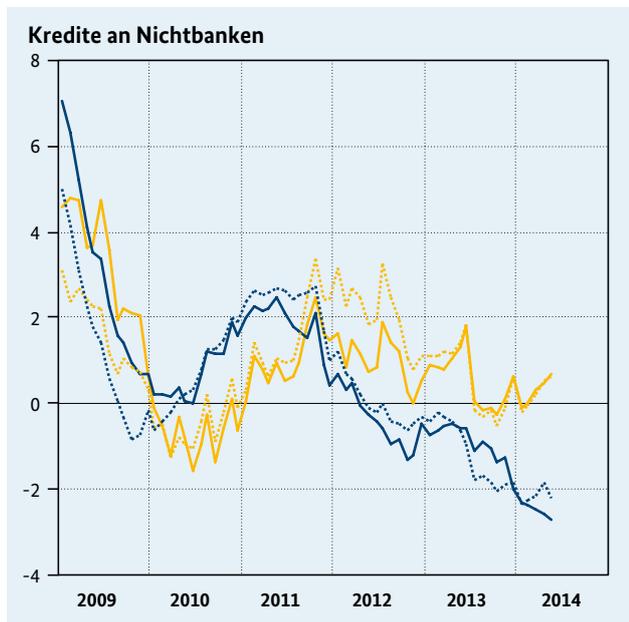
7.2 Monetäre Entwicklung und Zinsstruktur



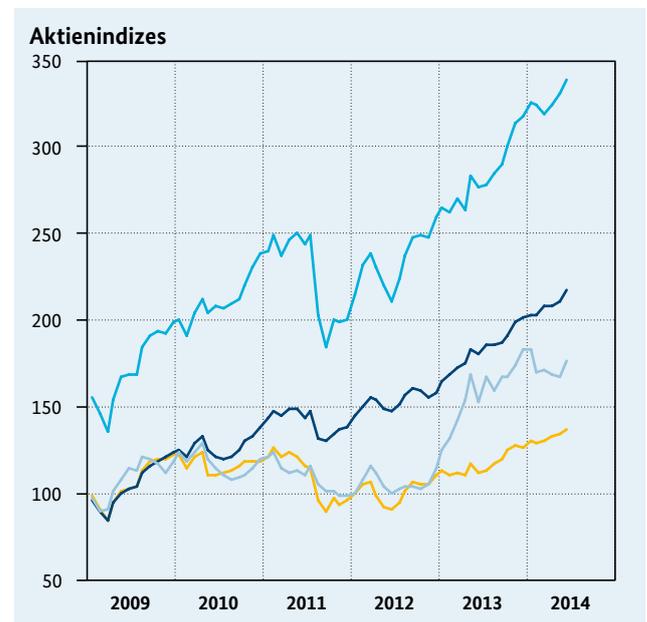
saisonbereinigt, Veränderung gegen Vorjahr in %¹
 — monatlich
 — gleitender 3-Monatsdurchschnitt



— EURIBOR 3-Monatsgeld²
 — Bundesanleihen mit 10-jähriger Restlaufzeit²
 ■ Differenz: Bundesanleihen – EURIBOR



Veränderung gegen Vorjahr in %
 — Deutschland
 — EWU
 - - - Buchkredite Deutschland
 - - - Buchkredite EWU



Monatsdurchschnitte, Januar 2003 = 100
 — DAX 30³
 — Dow Jones Euro Stoxx (50)⁴
 — Standard & Poor's 500⁴
 — Nikkei 225⁴

Quelle: Deutsche Bundesbank.

1 Saisonbereinigungsverfahren Census X-12-ARIMA;

2 Monatsdurchschnitte;

3 Performanceindex (mit Bereinigung um Dividendenzahlungen und Kapitalveränderungen);

4 Kurs- bzw. Preisindex.

Erläuterungen zur Konjunkturanalyse

Die Resultate der gesamtwirtschaftlichen Aktivitäten einer Volkswirtschaft finden ihren zusammenfassenden Ausdruck in den Ergebnissen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR). Die konjunkturelle Entwicklung wird daher am umfassendsten in den makroökonomischen Aggregaten der VGR widergespiegelt. Ein wesentlicher Nachteil der VGR-Daten ist es jedoch, dass sie erst vergleichsweise spät vorliegen. In der Regel sind vorläufige Daten aus dem abgelaufenen Quartal erst 6–8 Wochen, endgültige Daten oft erst Jahre später verfügbar. Daher kann auf die VGR-Ergebnisse für die Beobachtung und Analyse der Konjunktur am aktuellen Rand nur in sehr beschränktem Maße zurückgegriffen werden.

Ziel der Konjunkturanalyse ist es, auf Basis der aktuellen Konjunkturindikatoren Aussagen über die tatsächlichen konjunkturellen Bewegungen der Wirtschaft zu machen. Aus der Konjunkturanalyse sollen außerdem soweit wie möglich auch fundierte Aussagen über künftige Entwicklungen abgeleitet werden. Diese Untersuchungen können nur auf der Grundlage möglichst aktueller statistischer Daten und hierauf basierender Indikatoren erfolgen. Deshalb greift die Konjunkturbeobachtung auf bestimmte Indikatoren als Näherungsgrößen für später zu erwartende VGR-Ergebnisse zurück. Die beobachteten Indikatoren decken dabei für die konjunkturelle Entwicklung wichtige Einzelatbestände und Teilbereiche der Gesamtwirtschaft ab und lassen sich wie folgt kategorisieren:

- ▶ Indikatoren, deren statistische Datenbasis Wertgrößen sind (Produktion, Auftragseingang, Außenhandel, Einzelhandelsumsätze, Geldmenge, usw.)
- ▶ Indikatoren auf Basis von Personenzahlen und physischer Größen (Baugenehmigungen, Erwerbstätige, offene Stellen, usw.)
- ▶ Indikatoren auf der Grundlage von Umfrageergebnissen (ifo Konjunkturtest, GfK-Konsumklima, usw.)

Obleich weniger aktuell, sind die Ergebnisse der VGR für die Konjunkturbeobachtung unentbehrlich, da nur sie einen exakten quantitativen Einblick in die Entwicklung der Gesamtwirtschaft erlauben. Neben der Beobachtung der

konjunkturellen Entwicklung am aktuellen Rand auf der Grundlage von Einzelindikatoren werden im Quartals- und Halbjahresturnus daher auch die jeweils neuesten Ergebnisse der VGR in die Betrachtung einbezogen.

In Bezug auf ihre Aktualität lassen sich die Indikatoren in so genannte vorlaufende Indikatoren (z. B. ifo Konjunkturtest, GfK-Konsumklima, Auftragseingänge, Baugenehmigungen), gleichlaufende (Produktion, Umsätze) und nachlaufende Indikatoren (Erwerbstätige, Arbeitslose) einteilen.

Konjunkturelle Bewegungen unterscheiden sich sowohl in ihrer zeitlichen Abfolge als auch in ihrer Intensität in den einzelnen Bereichen und Zweigen der Wirtschaft. Die einzelnen Indikatoren werden daher nach ökonomischen Teilbereichen der Gesamtwirtschaft (z. B. Gewerbliche Wirtschaft, Produzierendes Gewerbe, Handel) bis auf die Ebene einzelner Wirtschaftszweige disaggregiert und gesondert betrachtet.

Der sich in den Indikatoren auf der Grundlage der Ursprungswerte (= originäre statistische Daten) ausdrückende konjunkturelle Verlauf wird von saisonalen Schwankungen und irregulären bzw. kalendarischen Einflüssen (Arbeitstage, Ferien, u. ä.) überlagert. Indikatoren, die auf Wertgrößen basieren, können bei Veränderungen des Preisniveaus die Analyse der realwirtschaftlichen Aktivitäten zusätzlich erschweren. Durch verschiedene Bereinigungsverfahren können die genannten Einflüsse aber quantifiziert und weitgehend neutralisiert werden. Dies ermöglicht eine Betrachtung der durch realwirtschaftliche Aktivitäten bedingten konjunkturellen Entwicklung im engeren Sinne.

Der überwiegende Teil der im Monatsbericht des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie zur wirtschaftlichen Lage beobachteten Konjunkturindikatoren wird auf Basis der Ursprungswerte arbeitstäglich bereinigt und saisonbereinigt analysiert. Die auf Wertgrößen basierenden Indikatoren werden dabei so weit als möglich in nominaler (d. h. nicht preisbereinigter) und realer (d. h. preisbereinigter) Form zugrunde gelegt. Die Saisonbereinigung der aktuellen Konjunkturindikatoren einschließlich der VGR und der Erwerbstätigenreihen erfolgt in der Regel nach dem Verfahren Census X-12-ARIMA.

Die Berichterstattung zur wirtschaftlichen Lage in Deutschland umfasst die üblichen Konjunkturindikatoren aus der VGR, Produzierendem Gewerbe, Binnen- und Außenhandel, Arbeitsmarkt, Preisentwicklung und einige wichtige monetäre Indikatoren. Daneben werden Ergebnisse aus dem ifo Konjunkturtest (Geschäftsklima) und einige weitere wichtige, aus Umfragen gewonnene Indikatoren berücksichtigt. Im internationalen Vergleich werden die Entwicklung des Bruttoinlandsproduktes, der Leistungsbilanz, der Arbeitslosigkeit und der Verbraucherpreise ausgewiesen.

Ansprechpartner im Bundesministerium für Wirtschaft und Energie:

Dr. Hans-Christoph Wirth
(Wasserstoff auf die Mühlen der Energiewende)

Wolfgang Crasemann
(Neue Technologien gehen uns alle an)

Dr. Ute Hörrmann
(Fördercontrolling – Planung und Steuerung von Fördermaßnahmen vor dem Hintergrund internationaler Entwicklungen)

Jens Lukas
(Start des EEG-Anlagenregisters)

Sören Enkelmann, Jenny Hildebrandt,
Joachim Kaiser, Mathias Kesting, Miriam Mey
(Wirtschaftliche Lage)

Fragen und Anregungen können Sie gerne an sdw@bmwi.bund.de richten.

Verzeichnis der Fachartikel der letzten 12 Ausgaben

Ausgabe	Fachartikel
August 2013	Die Wirkung wirtschaftspolitischer Unsicherheit auf das Investitionsverhalten in Deutschland Innovationen für die Energiewende Bundestag beschließt Stärkung der Aktionärsrechte bei der Festlegung der Vorstandsvergütung Der „Investitionszuschuss Wagniskapital“ Strategie Intelligente Netze
September 2013	Der Stabilitätsrat aus gesamtwirtschaftlicher Sicht Die Energiewende gelingt nur mit den energieintensiven Industrien Neue Chancen für kluge Köpfe Elektromobilität – Längst keine Utopie mehr Mit Recht in der Cloud
Oktober 2013	Exportinitiative Erneuerbare Energien – Auf in neue Märkte! Weniger Formulare, bessere Gesetze Kommission legt Grünbuch zum Kunststoffrecycling vor
November 2013	Die Herbstprojektion 2013 der Bundesregierung Smart Metering in Deutschland Internationale FuE-Kooperationen im Zentralen Innovationsprogramm Mittelstand Im Geschäftsverkehr das richtige Maß Erdbeobachtung in Zeiten der Globalisierung
Dezember 2013	Investitionsschwäche in Deutschland? Wirtschaftspolitische Koordinierung in Europa – ein Fundament für den Euro Ökonomischer Zugewinn durch Zuwanderung Nebenerwerbsgründer haben große Chancen
Januar 2014	Das Wunder von Bali: die multilaterale Handelspolitik ist zurück EU-Financen im Zeichen der Zeit Versteckte Talente entdecken
Februar 2014	Wettbewerbsaufsicht in Deutschland: das Bundeskartellamt Mehr Licht! COSME: Große Hilfe für kleine Unternehmen Sukuk Murabaha und Sukuk Musharaka Innovationsförderung in der EU – auf zu neuen Horizonten Ökonomische Bedeutung des Wintersports in Deutschland
März 2014	Der Jahreswirtschaftsbericht 2014 Ohne Energieeffizienz keine Energiewende Die EU-Ökodesign-Richtlinie: weniger ist oft mehr Demografiestrategie und Fachkräftesicherung für die deutsche Wirtschaft
April 2014	Bioökonomie: Mit erneuerbaren Ressourcen wirtschaften

Ausgabe	Fachartikel
Mai 2014	Frühjahrsprojektion der Bundesregierung: deutsche Wirtschaft – Aufschwung auf breitem Fundament Hintergründe zum deutschen Leistungsbilanzüberschuss Regionale Wirtschaftspolitik Bundeskabinett hat Monitoring-Bericht „Energie der Zukunft“ verabschiedet KMU im Fokus der europäischen Forschungsförderung
Juni 2014	Das Transatlantische Handels- und Investitionsabkommen (TTIP) – eine Vernunftpartnerschaft des 21. Jahrhunderts Internationale Forschungsk Kooperationen unterstützen Die unterschätzte Lücke: In Deutschland fehlen zunehmend nicht-akademische Fachkräfte
Juli 2014	Mehr Transparenz in der Rüstungsexportpolitik Außenwirtschaftsförderung im deutschen Interesse Energieeffiziente Informations- und Kommunikationstechnologien



Alle Ausgaben der Schlaglichter der Wirtschaftspolitik
finden Sie im Internet unter
<http://www.bmwi.de/DE/Mediathek/monatsbericht>
